



MITTEILUNGSBLATT NR 6
JUNI 1953
5. JAHRGANG

WESTFALENHÜTTE AG DORTMUND



Unsere Bilder:

Titelbild:

Unsere Thomasbirnen
gehören zu den größten Europas

Nebenstehend:

Freie Fahrt für die Kohle

Dritte Umschlagseite:

Abfüllen von Stahl
aus einer Thomasbirne

Aus dem Inhalt:

Der deutsche Stahl in der Montanunion

Wir kommentieren und glossieren

Alte Kameraden

Werkzeitschriften:

beliebt — geglaubt — gelesen

Die Steigerung der Produktivität

Ein westlicher Nachbar: Belgien (Forts.)

Der neue Betriebsrat

Nicht Verstaatlichung —
sondern demokratische Kontrolle

Im Freibad

Unsere Beilagen:

Ein Blumenstrauß

für unsere Geburtstagskinder

Unsere neuen Bücher

Herausgeber: Westfalenhütte AG.,
Dortmund, Eberhardstraße 12.

Verantwortlich für den Gesamttext:

Arbeitsdirektor Alfred Berndsen,
Dortmund, Eberhardstraße 12;

für „Betriebsvertretung“:

Betriebsratsvorsitzender Gustav Schwentke,
Dortmund, Eberhardstraße 2;

Redaktion: Johannes Hoischen,

Dortmund, Stahlwerkstraße 119;

Expedition: Pressestelle,

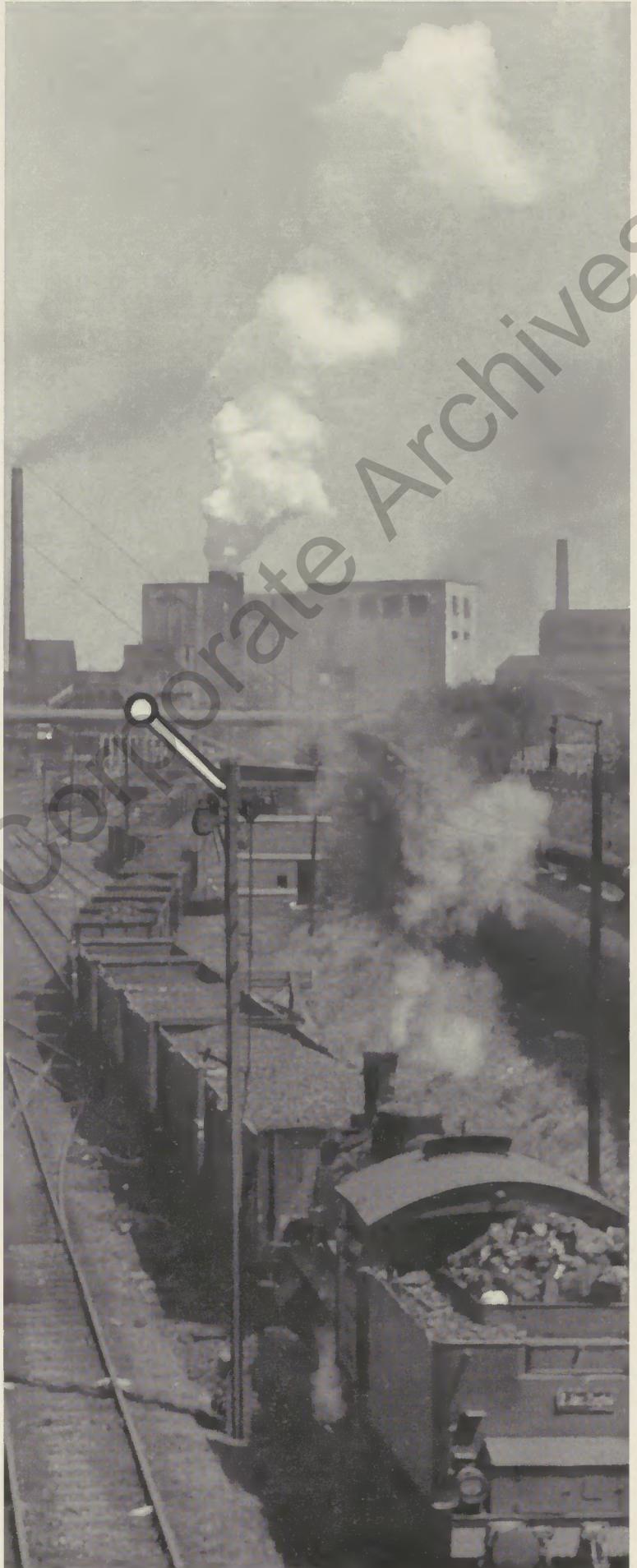
Dortmund, Stahlwerkstraße 119.

Gen. v. Wi.-Min. NRW. 7100/III 775 v. 18. 2. 1949

Druck: Westfalendruck, Dortmund.

Auflage: 15 000.

Nachdruck gern erlaubt, doch bitten wir,
vor dem Abdruck die Redaktion zu verständigen.



Der deutsche Stahl in der Montanunion

In der Mitgliederversammlung der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie erklärte deren Vorsitzender, Hüttendirektor Karl Barig, u. a.:

Der Gemeinsame Markt für Stahl ist eröffnet. Daß es sich jedoch bei diesem historischen Akt nicht um eine formelle Maßnahme gehandelt hat, die durch einen über die Grenze fahrenden Güterzug und den Abstich eines Hochofens symbolisiert wird, sondern um tiefgreifende Beschlüsse, deren Folgen und Auswirkungen noch gar nicht zu übersehen sind, dürfte jedem von Ihnen bewußt sein. Die Unterstellung der wichtigsten nationalen Industrien unter eine supranationale Kontrolle und Befehlsgewalt, die völlig veränderte Wettbewerbslage im europäischen Raum, die unterschiedliche Produktions- und Absatzverhältnisse, Verkaufspraktiken und viele andere Dinge mehr sind Tatsachen, die zweifellos zu tiefgreifenden Änderungen der Produktion und des Absatzes von Eisen und Stahl in allen Ländern der Montanunion führen können.

Ich darf im Namen der deutschen Eisenindustrie an dieser Stelle zusagen, daß wir weiterhin mit allen Mitteln bestrebt sein werden, zusammen mit der Hohen Behörde und den übrigen Ländern nach Wegen zu suchen, um auf dem Steuergebiet Dauerlösungen zu schaffen, die die europäische Integration weiter vorwärtstreiben.

Wir müssen die Verkaufsmethoden ändern

Durch die Bestimmungen des Unionsvertrages und die Entscheidungen über die Errichtung des gemeinsamen Marktes für Stahl werden auch die Verkaufsmethoden grundlegend geändert. Diese Änderung bringt sehr erhebliche Gefahren mit sich. Die deutschen Abnehmer für Stahl sind vielfältiger gegliedert als in irgendeinem anderen Land der Montanunion. Etwa 40 000 Eisenverbraucher in Deutschland, die sich zum größten Teil aus kleinsten Unternehmungen zusammensetzen, hängen in ihrem wirtschaftlichen Schicksal von dem System des Eisenabsatzes ab, das sich in Jahrzehnten in Deutschland entwickelt und bewährt hat. Es wird entscheidend darauf ankommen, jede Umgestaltung auf diesem Gebiet mit größter Vorsicht durchzuführen, um nicht den industriellen und handwerklichen Mittelstand — wenn ich es einmal so nennen darf —, der das Rückgrat der deutschen Wirtschaft ist, zu schädigen. Materialversorgung und Beschäftigung dieser Unternehmen, die zum Teil weniger krisenempfindlich sind als mancher Großverbraucher, hängen z. B. von der Beibehaltung des bisherigen Absatzsystems ab, um das unsere Vertreter im Beratenden Ausschuß und in den übrigen Gremien der Montanunion in den jüngsten Wochen so gerungen haben.

Die Freiheit des Preises, die die Hohe Behörde verkündet hat, ist etwas anderes, als bisher in Theorie und Praxis unter freien Preisen verstanden worden ist. Die Verpflichtung zur Veröffentlichung von Preistafeln mit Angabe der Verkaufsbedingungen mit der Auflage, alle Käufer zu gleichen Bedingungen zu beliefern, stellt etwas völlig Neues dar. Es muß sich noch erweisen, inwieweit diese Bestimmungen durchführbar sind, ohne daß bei der Hohen Behörde ein riesiger Apparat für ihre Durchführung und Prüfung eingesetzt werden muß. Wir würden die Errichtung eines solchen Kontrollapparates nach allen unseren Erfahrungen bedauern. Viel liegt es nun an uns, ob wir durch unser Handeln der Hohen Behörde Anlaß geben, Maßnahmen zu treffen, durch die die uns gewährte Freiheit in das Gegenteil verkehrt werden könnte.

Das hohe Problem der Zölle

Große Bedeutung kommt auch dem Zollproblem zu. Die Aufhebung aller Zölle ab 1. Mai innerhalb der Europäischen Gemeinschaft für Eisen und Stahl — mit zeitlich begrenzter Ausnahme für Italien — und die Schaffung eines einheitlichen Zolles gegenüber dritten Ländern sind der sichtbarste Ausdruck für die beginnende europäische Integration.

Gleichzeitig kommt den Außenzöllen durch die Voll liberalisierung unserer Erzeugnisse eine erhebliche Bedeutung zu. Für Einfuhren aus dritten Ländern werden vorerst für die Dauer von sechs Wochen praktisch die französischen Zölle erhoben (Halbzeug etwa 8 bis 10 %, Massenstahl etwa

12 bis 18 %, Bleche 22 %). Für die nicht zum Schumanplan gehörenden Erzeugnisse sowie für Edelstahl sind sowohl innerhalb des Unionraumes als auch für die Einfuhren aus dritten Ländern vorläufig die autonomen deutschen Zollsätze maßgebend. Auf Grund der schwierigen Verhandlungen in Luxemburg ergab sich die Notwendigkeit, für Mangelserzeugnisse, insbesondere für Coils, Schiffsbleche und bestimmte Elektroleche für eine begrenzte Zeit Ausnahmen zuzulassen, indem hierfür eine Zollfreiheit bzw. der niedrige Benelux-Satz festgesetzt wurde. Ferner wurde zugunsten unserer verarbeitenden Industrie im Grundsatz einer Vereinbarung zugestimmt, die als Zollbasis für Importe aus dritten Ländern die ungerechten spezifischen Zölle als Wertzollsätze vorsieht. Sie machen im Durchschnitt etwa 6 % aus. Zu dieser zunächst deutschen Konzeption muß jedoch das Einverständnis der betreffenden Unionspartner eingeholt werden, und zwar innerhalb von sechs Wochen. Die Verhandlungen hierüber sind vorbereitet. Einfuhren aus dritten Ländern können bei dem niedrigen Zollsatz und erheblichen Preisunterbietungen natürlich eines Tages gefährlich werden. Ich glaube jedoch, daß die Abwendung einer solchen Gefahr eine Angelegenheit der Hohen Behörden sein muß; ich zweifle auch nicht daran, daß sich in einer solchen Lage unsere Freunde aus der eisenverarbeitenden Industrie auf unsere Seite stellen würden. So hoffe ich, daß wir auch hier zu einer Lösung kommen werden, die berechtigten Wünschen Rechnung trägt.

Erhebliche Belastungen unserer Werke

Ich kann und darf es nicht unterlassen, auch die Tatsache hervorzuheben, daß im Zusammenhang mit der Gründung und dem Anlauf der Montanunion die deutsche eisen-schaffende Industrie bisher nicht unerhebliche Belastungen auf sich nehmen mußte. Im Zuge der Eröffnung des gemeinsamen Marktes für Kohle wurde eine Erhöhung der Brennstoffpreise vorgenommen, die außerdem eine Steigerung der Preise für Fremdgas und Fremdstrom sowie für Roh- und Hilfsstoffe zur Folge hatte. Wenn auch auf der anderen Seite durch die Verminderung des US-Kohlebezuges erfreulicherweise Entlastungen eingetreten sind, so belaufen sich trotzdem unter Berücksichtigung dieser Ersparnisse diejenigen Verteuerungen, die durch die Erhöhung der Brennstoffpreise ausgelöst sind, auf jährlich rund 85 Millionen DM, wenn wir von den Erzeugungszahlen des Jahres 1952 ausgehen. Hinzu kommt die Ausgleichsabgabe für Belgienkohle, die, wenn sie in der gegenwärtigen Höhe bestehen bleibt, die deutsche eisen-schaffende Industrie jährlich etwa 12 Millionen DM kostet. Die Umlage für die Montanunion wird, wenn wiederum von den Erzeugungszahlen 1952 ausgegangen wird, ab Mitte 1953 eine Mehrbelastung der deutschen Eisenindustrie von rund 45 Millionen DM im Jahr zur Folge haben. Die Gesamtmehrbelastung für unsere Eisenindustrie bewegt sich also in einer Größenordnung von rund 140 Millionen DM im Jahr, also fast 10 DM pro Tonne Rohstahl. Ob sich aus den Regelungen des einheitlichen Marktes für Schrott und aus den noch ausstehenden Auswirkungen der freien Stahlpreise noch weitere Änderungen ergeben, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen.

Insbesondere macht

die Höhe der Montanunions-Umlage

allen betroffenen Werken große Sorge. Nach den vorläufigen Ermittlungen werden auf Grund der Februarzahlen von den Ländern der Gemeinschaft (also nicht nur von den Stahlindustrien) folgende Anteile an der Umlage aufgebracht:

Deutschland	46,5 %
Frankreich/Saar	31,0 %
Belgien	11,0 %
Italien	4,5 %
Niederlande	4,0 %
Luxemburg	3,0 %

Es ist selbstverständlich, daß die Hohe Behörde eigene Mittel haben muß, um mit der Bildung des im Vertrag vorgesehenen Garantiefonds zu beginnen. Ob es aber

notwendig ist, die progressiven Sätze der Umlage, die ab Mitte des Jahres 0,9% erreichen sollen, schon so schnell im vollen Umfange einzuziehen, ist eine andere Frage. Da die Hohe Behörde jetzt noch nicht wird übersehen können, wann und für welche Zwecke die hohen Einnahmen, aus denen allein im zweiten Halbjahr 1953 etwa 20 Millionen Dollar Rücklagen entstehen, verwendet werden, muß man sich fragen, ob es vertretbar ist, in diesem Maße den Werken flüssige Mittel zu entziehen, die sie selbst bei der gegenwärtigen schwierigen Lage dringend benötigen. Daher sollte doch sorgfältig überlegt werden, ob hier nicht erhebliche Erleichterungen geboten sind und die starke progressive Steigerung der Umlagesätze nicht abgeschwächt oder zumindest zeitlich hinausgeschoben werden kann.

Und wie ist die Beschäftigungslage?

Vieles wird für das Gelingen des Gemeinsamen Marktes für Stahl davon abhängen, wie sich die Beschäftigungslage der Eisen- und Stahlwerke bei uns und in der ganzen Montanunion entwickelt. Aus einzelnen Ländern kommen bedrohliche Nachrichten, die jedoch zweifellos auch mit der Tatsache in Zusammenhang stehen, daß die Unsicherheit über die Auswirkungen der Errichtung des gemeinsamen Marktes für Stahl eine Zurückhaltung der Käufer förderte. Immerhin wird in diesen Wochen und Monaten oft von einem Ende der Konjunktur, ja sogar von einer beginnenden Depression gesprochen. Man weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich die Welterzeugung an Rohstahl gegenüber 1937/38 um mehr als 70%, in erster Linie aus Rüstungsgründen, erhöht habe, daß sich bei einer anbahnenden Ost-West-Verständigung das Rüstungstempo verlangsame und dadurch der Eisenverbrauch erheblich abnehme; eine Absatzkrise sei darum wahrscheinlich. Ich glaube, daß es, von unserem Gesichtswinkel gesehen, keine ernstlichen Anhaltspunkte gibt, die diese Annahme rechtfertigen. Eine Verlangsamung der Wirtschaftsentwicklung nach dem stürmischen Tempo der letzten drei Jahre ist nur natürlich, so unangenehm sie auch ist. Ich möchte vielmehr den jetzigen Zustand, abgesehen von der Lage bei einzelnen Erzeugnissen, als die Vorstufe des Übergangs zu einer normalen Marktlage ansehen. Denn darüber sollten wir uns keiner Illusion hingeben, daß die im Trend seit 1936 anhaltenden Konjunkturjahre vorbei sind, daß der Verkäufermarkt durch den Käufermarkt, also den Normalmarkt, abgelöst wird. Unsere Verkaufsabteilungen tun gut daran, sich auf diesen Zustand einzustellen. Ich bin weiter jedoch der Ansicht, daß eine Absatzmöglichkeit so lange gegeben ist, solange ein Bedarf besteht. Wir brauchen nicht in tiefgründigen Studien nach bestehenden Bedarfsquellen zu suchen. Liegen nicht noch große Teile der Städte in Schutt und Asche? Fehlen nicht noch Hunderttausende oder sogar Millionen Wohnungen? Zwingt der zunehmende Kraftwagenverkehr nicht zum großzügigen Bau neuer Straßen? Werden nicht große Mengen an Eisen und Stahl für die Modernisierung, Mechanisierung und Rationalisierung im Bergbau, der Energiewirtschaft, im Verkehr, bei der Bundesbahn, der Bundespost und nicht zuletzt in unserer eigenen Industrie gebraucht? Wird sich nicht eine erhebliche und dauernde Absatzquelle in den deutschen Ostgebieten ergeben, wenn die Wiedervereinigung Deutschlands erfolgt, die eines Tages eintreten muß? Ist es nicht gerade ein Hauptziel des Schumanplans, in den von 155 Millionen Menschen bewohnten Raum neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen? Ist nicht der Stahlverbrauch in Deutschland und Europa wesentlich niedriger als in Amerika, gerechnet auf den Kopf der Bevölkerung? Müs-sen nicht die heute als Luxusgegenstände angesehenen Waren, wie Kraftwagen, Kühlschränke, Waschmaschinen usw., morgen Konsumtionsgüter der breiten Masse sein, wie sie sie in Amerika längst geworden sind? Ich glaube also, daß genügender Bedarf vorhanden ist, es fragt sich nur, ob die Verbraucher auch in der Lage sind, ihren Bedarf zu befriedigen.

Die Entwicklung des Sozialproduktes

In dieser Hinsicht spielt die Entwicklung und Verteilung des Sozialproduktes eine entscheidende Rolle. Mit Befriedigung kann festgestellt werden, daß seit 1949 in Deutschland das Brutto-Sozialprodukt von etwa 80 Milliarden DM auf fast 126 Milliarden DM angewachsen ist; der nominale Zuwachs betrug somit 60%. Schaltet man die Preissteigerungen aus, die namentlich nach dem Koreakrieg ein-

setzen, so errechnet sich ein realer Zuwachs von 45%. Da der Lohn nicht nur ein Anspruch auf das Sozialprodukt darstellt, sondern auch ein wichtiger Kostenfaktor ist, der bei der Preisgestaltung und damit der Absatzmöglichkeit, insbesondere bei der Ausfuhr, eine entscheidende Rolle spielt, sind der Lohnhöhe natürliche Grenzen gesetzt. Lohn-erhöhungen müßten z. B. unsere Industrie im Augenblick in eine gefährliche Lage bringen. Entscheidend ist nicht die absolute Höhe der Löhne, sondern die durch die verkörperte Kaufkraft. Es muß das wichtigste Ziel der Investitionen sein, durch höhere Leistungen und Verringerung der Kosten eine Herabsetzung der Preise zu erreichen. Durch solche Preissenkungen werden bei gleichen Löhnen Kauf- und Konsumtionskraft gestärkt, und die Erhöhung der Kaufkraft kann aus Absatzgründen nur im Interesse der Industrie selbst liegen. Große Absatzmöglichkeiten werden sich dadurch ergeben, wie die Verhältnisse in Amerika beweisen. Allerdings sind wir im deutschen Bundesgebiet in dieser Hinsicht in einer äußerst schwierigen und unglücklichen Lage durch die verhältnismäßig hohe Zahl an Unterstützungsempfängern und Unterstützungsbedürftigen, deren Bezüge kaum eine größere Befriedigung des Bedarfs ermöglichen. Das soziale Problem dieser Menschen wird somit auch zu einem wirtschaftlichen.

Wir müssen mechanisieren und modernisieren

Gestatten Sie mir noch ein kurzes Wort zu den Investitionen. Ich kann es mir in diesem Kreis ersparen, auf die dringende Notwendigkeit der Investitionen unserer Betriebe und deren Einrichtungen näher einzugehen. Nur eine kurze Statistik darf ich anführen, die für sich selbst spricht. Im Jahre 1952 betrug die Kopfleistung in der Eisen- und Stahlindustrie in

Amerika	176,0 t Rohstahl
Belgien	116,3 t Rohstahl
Frankreich	70,9 t Rohstahl
Bundesrepublik	59,1 t Rohstahl
England	51,7 t Rohstahl

Wenn auch diese Zahlen mit einem gewissen Vorbehalt zu betrachten sind, können sie für uns doch insofern richtungweisend sein, als es für uns zweifellos im Verhältnis zu den hier genannten Ländern notwendig sein wird, unsere Anlagen schnellstens zu mechanisieren und zu modernisieren, denn die unterschiedlichen Leistungen sind nicht aus den spezifischen Leistungen der Arbeiter, sondern nur aus den unterschiedlichen technischen Einrichtungen zu erklären.

Daraus ergibt sich das dringende Gebot des Einsatzes ausreichender Mittel zur Erreichung dieser Zwecke. Aus den vor kurzem vorgenommenen Erhebungen hat sich ergeben, daß bei uns für die nächsten vier Jahre für Investitionszwecke ein Betrag von fast 5 Milliarden DM notwendig ist. Der weitaus größte Betrag ist für Modernisierungs-, Mechanisierungs- und Rationalisierungszwecke vorgesehen. Die Kapazitätsausweitung dient in erster Linie der Beseitigung der Demontageverluste. Allerdings dürfte zur Deckung des deutschen Bedarfs eine Erzeugung von mindestens 18 Millionen t Rohstahl jährlich notwendig sein, wie es die hohen Einfuhren im letzten Jahr beweisen. Bei der Beurteilung der genannten Investitionsbeträge ist zu berücksichtigen, daß die deutsche Eisen- und Stahlindustrie in den Jahren 1948 bis 1952 nur knapp $\frac{1}{3}$ der Werte investiert hat, die in dem gleichen Zeitraum z. B. in Frankreich ausgegeben worden sind. Die schnellste Durchführung der bereits in großem Umfange in Angriff genommenen Investitionen ist, das sei ausdrücklich betont, eine Lebensfrage unserer Eisen- und Stahlindustrie. Täuschen wir uns nicht, bei dem schon begonnenen echten Wettbewerb ist ein Schrumpfungsprozeß auch unserer volkswirtschaftlich wichtigsten Industrien unvermeidlich, wenn es nicht schnellstens gelingt, unsere Betriebe so einzurichten, daß wir qualitäts- und kostenmäßig den Eisenindustrien der anderen Länder zumindest gleichwertig sind. Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß zur Wiederrichtung der durch die Demontage verlorengegangenen Kapazitäten nur ein Bruchteil der Investitionsbeträge benötigt wird, die bei dem Neubau „auf der grünen Wiese“ ausgegeben werden müßten, und daß wir auch in den spezifischen Kosten niedriger liegen als andere Länder

Während für die Einrichtungen zur Erzeugung einer Jahrestonne Eisen im allgemeinen 1000 bis 1300 DM ausgeben werden, benötigen wir dazu nur 800 bis 1000 DM, bei Beseitigung von Demontageschäden nur 200 bis 250 DM.

Wir brauchen Investitionen

Daß zur Durchführung der Investitionen in großem Umfange langfristige Fremdkredite zu erträglichen Bedingungen erforderlich sind, bedarf keiner besonderen Betonung. In der Zuteilung der öffentlichen bzw. öffentlich gelenkten Kredite ist unsere Industrie bisher sehr stiefmütterlich behandelt worden. Von den zur Verteilung gekommenen ECA- und GARIOA-Geldern haben wir z. B. nur rund 10 Prozent erhalten, während dem Bergbau rund 33 Prozent und der Energiewirtschaft rund 57 Prozent zugeflossen sind. Dankbar anerkennen wir, daß für uns aus der Investitionshilfe insgesamt 278 Millionen DM vorgesehen wurden, die uns allerdings bisher noch nicht in vollem Umfang zugeflossen sind. Wir freuen uns auch, daß uns die Sonderabschreibungen des Investitionshilfegesetzes die Eigenfinanzierung erleichtert haben. Ob wir aber diese Möglichkeit im laufenden und kommenden Geschäftsjahr ausnutzen können, ist zumindest fraglich; denn einmal müssen die Sonderabschreibungen wirklich verdient werden — und das ist bei der jetzigen Lage ungewiß —, und zum anderen entstehen bei uns nach dem Abschluß der Entflechtung erhebliche Liquiditätssorgen. Ich möchte hier z. B. nur auf die zum Teil kurzfristigen Stillhalteschulden hinweisen, die die aus dem Bereich der Vereinigten Stahlwerke ausgegliederten Gesellschaften übernehmen mußten. Dazu kommen die schweren Belastungen durch den Lasten-

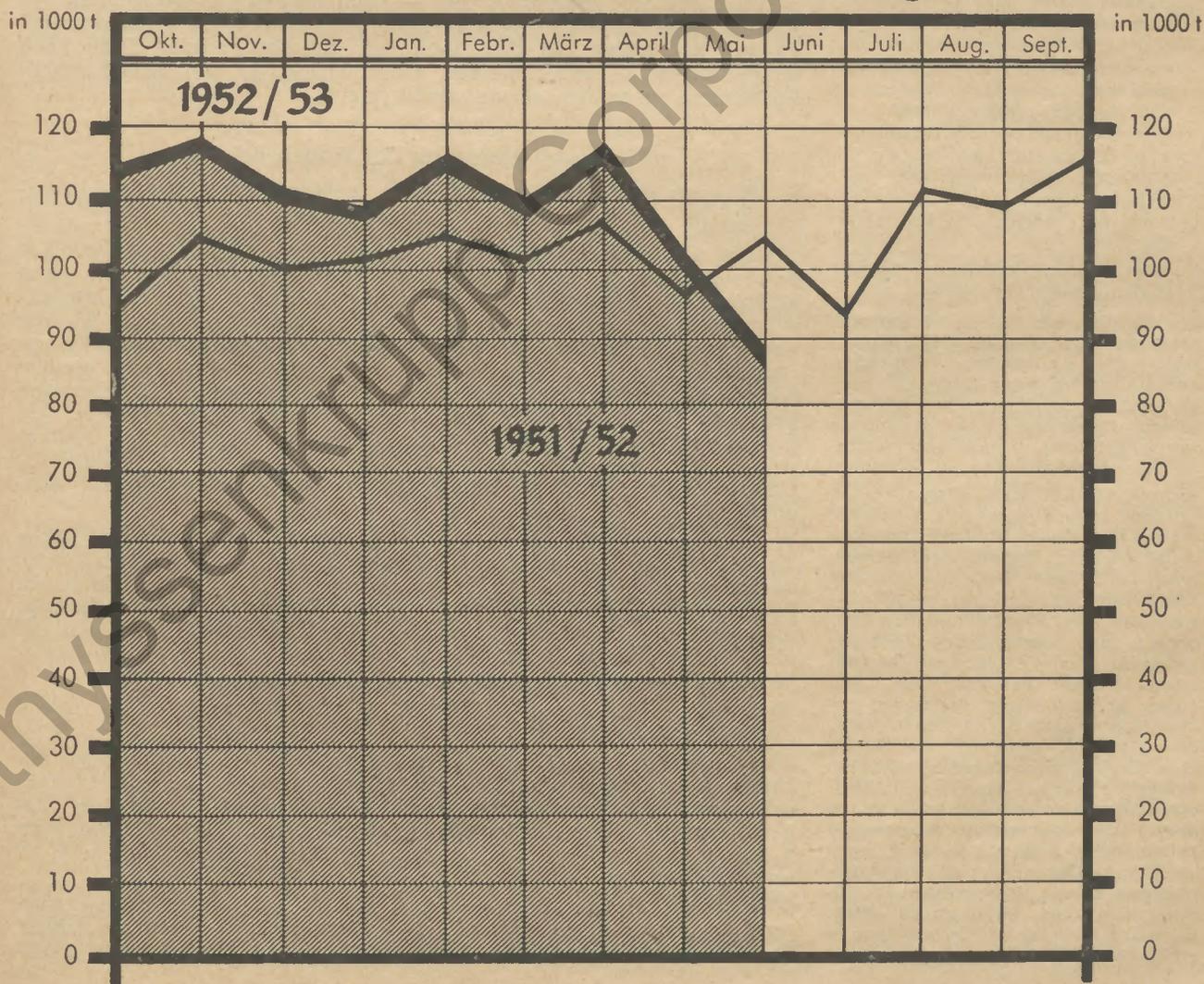
ausgleich, die unsere Konkurrenzwerke in den anderen Ländern nicht zu tragen haben.

In voller Verantwortung für die Erhaltung der Produktionskraft unserer Industrie und für die Sicherung der Arbeitsplätze der Belegschaft richten wir darum an alle in Frage kommenden deutschen Stellen den dringenden Appell, uns schnellstens zur Erlangung langfristiger Investitionskredite zu tragbaren Bedingungen behilflich zu sein. Ich hoffe, daß Herr Abs in seinem anschließenden Vortrag gerade auf die Kapital- und Kreditfrage eingehen wird. Zuversichtlich hoffen wir bei der Durchführung unserer Investitionen auf eine positive Einstellung seitens der Hohen Behörde. Wir gehen dabei aus von dem, was bei den Verhandlungen über den Abschluß des Unionsvertrages in Paris mehrfach zum Ausdruck gekommen ist. Man hat dort den Nachholbedarf der deutschen Eisen- und Stahlindustrie als vorrangig anerkannt im Zusammenhang mit gewissen Vorstellungen, die man damals schon über eine amerikanische Hilfe hegte.

Die Mithilfe aller ist notwendig

Die kurzfristig zu bewältigenden Probleme in unserer Industrie — seien sie technischer, kaufmännischer oder sozialer Art, seien sie durch die Sonderheit der deutschen Verhältnisse, das Inkrafttreten des Schumanplanes oder durch die allgemeine Weltwirtschaft bedingt —, sind so mannigfaltig und so schwer, daß nur bei gutem Willen aller Beteiligten eine befriedigende Lösung zu erwarten ist. Wir betrachten es als unsere Pflicht, die besten Kräfte zur Überwindung aller Schwierigkeiten aufzurufen und einzusetzen und bezweifeln nicht, daß wir allen Widerwärtigkeiten Herr bleiben werden.

Unsere Rohstahlerzeugung



Unter dieser Überschrift schreibt H. D. Heinen in der „Deutschen Studentenzeitung“, herausgegeben vom Verband deutscher Studentenschaften, Bonn:

Warum soll ein Stahlhelm keine Musik machen?

Wo man singt, da laß dich . . .

Wir haben früher alle mal einen Stahlhelm aufgehabt, wir haben auch gesungen („Es zittern die morschen Knochen . . .“), und wo wir uns niederließen, da wächst heute noch kein Grashalmchen. Höchstens ein Birkenkreuz . . .

Nun singen sie wieder.

Von des Soldatenleben Lust und Lustigkeit.

Nun ja, ein schlechtes Gedächtnis ist ein sanftes Ruhekissen . . .

Nun spielen sie wieder. Sie spielen wieder „gute, alte Zeit“.

„Ihre“ gute, alte Zeit. Mit „Wünsche wohl geruht zu haben, Frau Oberzahlmeister!“ Sie spielen wieder mit Ordensband und Schärpe, mit Uniform und Hackenschlag. Die Zeiten ändern sich . . .

Nun dichten sie wieder, in trutzig deutscher Sprache, mit dem tierisch deutschen Ernst des uniformierten Geistes.

„Hat man uns auch verraten,
trieb mit uns Schindluderei,
Wir wissen, was wir taten,
wir bleiben dem Vaterland treu!
Bald werd't auch ihr erkennen,
daß wir noch nicht verloren!
Kam'rad, reich mir die Hände,
was wir uns einst geschworen:
Frontgeist im Herzen darf
nicht untergehn,
Bund der Frontsoldaten wird einst
stark dastehn!“

Vergeßt es nie, Deutschland ist das Volk der Dichter und Denker.

Die Zweitausend in Kölns Sartory-Saal, die zum Stahlhelm-Militärkonzert („mit historischen Feldzeichen und Uniformen“) des Gaues Köln -- Vorverkauf der Karten bei den einzelnen Ortsgruppen -- gekommen waren, vergaßen es nicht und klatschten tosend Beifall.

Wo alle verrückt sind, müssen wenige Normale notgedrungen als Verrückte gelten. Nun stehen Studenten sowieso meist in dem Geruch, eine eigene, sonderbare Klasse Mensch zu sein. Am „Stahlhelm-Samstag“ gab es die Bestätigung. Die Studenten hatten vergessen, daß Deutschlands Dichtung die größte der Welt ist. Und Deutschlands Musik, versteht sich. Wir haben ja auch einen Beethoven gehabt (in welchem Regiment hatte der eigentlich gedient?). Sie hatten also alles vergessen und versäumt demzufolge, diesem neuesten Gedichtopus (oder war es doch schon etwas älter?) die notwendige Achtung zu zollen. Wie sollten sie auch; wer ständig in Dekadenz und Internationalismus macht, ist zu keiner Würdigung deutschen Geistesgutes fähig. Kurz und klein, der Saalschutz (wie in alten Zeiten gut organisiert) sah die

Waffenstillstand und sonstige Sorgen

Trotz der nunmehr gesetzlichen Möglichkeit zur Erhöhung der Importausgleichsabgabe, wie sie in Verfolg des Steuerstreites von der Bundesregierung geschaffen wurde, und trotz der Stahlpreiserhöhung um 3 Prozent von seiten der französischen Stahlindustrie ist infolge des Festhaltens an dem Grundsatz der Steuerbefreiung bei Lieferung von Montanerzeugnissen in andere Schumanplanländer und der Steuerbelastung bei Bezügen aus anderen Partnerstaaten der Wettbewerb zugunsten der französischen Stahlindustrie verzerrt. Bei allem Wohlwollen und Optimismus: man soll Verträge, Wirtschaftsabkommen usw. nicht allzu schnell abschließen. Man soll rechnen, immer wieder und rechtzeitig rechnen. Gefühle sind schön -- aber entscheidend ist der Rechenstift. Und haben wir rechtzeitig gerechnet?

Nun erhofft man auf deutscher Seite einen „Waffenstillstand“, der die Möglichkeit bieten soll, daß jeder der am Schumanplan bzw. an der Montanunion beteiligten Staaten auf weitere staatliche Förderungsmaßnahmen verzichtet, daß allmählich die Subsidienwirtschaft auf dem Exportgebiet abgebaut wird. Das ist noch ein frommer Wunsch, so notwendig auch dessen Realisierung wäre. Jedenfalls kündigt jetzt die belgische Industrie an, daß sie umgehend exportfördernde Maßnahmen einleiten und ergreifen werde -- und sie habe hierfür bereits erhebliche Fonds gesammelt --, wenn es nicht baldigst zu einer allgemeinverbindlichen Regelung zwischen den westeuropäischen Staaten kommen werde.

Auch in dieser Richtung wurden auf der kürzlich abgehaltenen Tagung der deutschen industriellen Spitzenverbände erhebliche Sorgen geäußert. Sorgen haben sie nebenbei auch hinsichtlich der europäischen Integration und -- hinsichtlich des jetzt anlaufenden Wahlkampfes bzw. hinsichtlich des Wahlergebnisses. Aber: wenn die Industrie „ihren“ Parteien den Sieg erkämpfen will -- kann sie den Gewerkschaften das Recht bestreiten, sich für „ihre“ Leute einzusetzen? Es sieht wahrlich so aus, als stände auf der einen und auf der anderen Seite noch einiges bevor. -- Aber bleiben wir zunächst bei den Montanunion-Problemen; sie sind nach wie vor brennend.

Die Diskriminierung der Hohen Behörde

Unter dieser Überschrift schreibt Dr. H. W. Peupelmann in „Bergbau und Wirtschaft“ in einem viel beachteten Artikel u. a.:

„Wenn wir grundsätzlich eine Europäisierung der Wirtschaftspolitik befürworten, so ist es dennoch angesichts der Entwicklung der europäischen Wirtschaftspolitik notwendig, sich kritisch mit den Geschehnissen zu befassen, zumal sie gewisse Gefahren nicht nur für die deutsche Arbeiterschaft, sondern für die Arbeiterschaft der Montanunionländer selbst in sich bergen . . . Wir müssen die Frage stellen, welche Vorteile hat die Montanunion bisher Europa und Deutschland gebracht? Wer diese Frage beantworten will, muß mit konkreten Angaben aufwarten. Soviel wir bisher feststellen konnten, hat kostenmäßig und preislich gesehen die Montanunion bisher sowohl für Deutschland als auch für andere Länder der Montanunion, mit Ausnahme Frankreichs, vorwiegend nur Nachteile gebracht . . .

Weist man die Mitglieder und Beamten der Hohen Behörde auf diese Tatsachen hin, so erhält man die Antwort, daß unsere Einwendungen durchaus richtig seien, man kann also die Tatsachen nicht abstreiten. Es wird aber sogleich weiterargumentiert, daß alle diese Preiserhöhungen und Nachteile sich lediglich nur auf eine kurze Zeit erstrecken, auf eine Übergangszeit, bis sich einmal alles eingespielt hat. Auf die Dauer gesehen jedoch würden die Produktionskosten sinken.

Nun, wir wollen den guten Willen nicht abstreiten, aber die realen Tatsachen sind zur Zeit anders . . .“

Die bisherigen Ergebnisse der Entscheidungen und Anordnungen der Hohen Behörde zeigen eindeutig eine Hegemonie der Interessen Frankreichs in der Montanunion. Ganz deutlich und sichtbar ist das geworden bei der Errichtung des gemeinsamen Marktes für Stahl am 1. Mai 1953 . . .“ In der „Deutschen und Wirtschaftszeitung“ heißt es wörtlich:

„Die Beseitigung der Doppelpreise hat die Hohe Behörde bei der Errichtung des gemeinsamen Kohlenmarktes als wesentliches Ziel bezeichnet. Zweieinhalb Monate später, bei Einführung des gemeinsamen Stahl-

marktes, führt sie selbst Doppelpreise ein, deren Spannen alle früheren Unterschiede übertreffen. Daß dies eine Diskriminierung nicht nur zwischen den Produzenten, sondern auch zwischen den Verbrauchern in den verschiedenen Ländern bedeutet, wird mit Schweigen übergangen. Auch darin bestätigt sich wieder, daß über allen Einzelragen das Hauptziel der Montanunion steht, der französischen Stahlindustrie den größeren deutschen Markt zu öffnen."

„Wirtschaftliche Nachteile hat aber nicht nur die deutsche Wirtschaft durch die Montanunion erlitten, sondern, wie wir in Gesprächen mit belgischen, holländischen und luxemburgischen Wirtschaftsjournalisten anlässlich der Eröffnung des gemeinsamen Stahlmarktes in Luxemburg feststellen und auch in der Presse der Beneluxländer nachlesen konnten, auch die Beneluxstaaten. Sie sind keineswegs von der Praxis der Montanunion begeistert. Sie müssen erhebliche Nachteile einstecken; denn in den Beneluxstaaten bestand bisher weitgehend Zollfreiheit für die Grundstoffindustrie. Durch die Vereinheitlichung in der Montanunion sind aber nunmehr Transportkosten und Zollbelastungen eingeführt worden, die sich nachteilig als Preiserhöhung auf die Grundstoffpreise in den Beneluxstaaten auswirken.“

Krise in Benelux

Zwischen der belgischen und der holländischen Industrie ist es nämlich in den letzten Tagen zu einer scharfen Auseinandersetzung über den Umfang des beiderseitigen Warenverkehrs im Rahmen der vor sechs Jahren gebildeten Wirtschaftsunion Belgien—Niederlande—Luxemburg (Benelux) gekommen.

Belgien forderte, den Benelux-Vertrag einer Revision zu unterziehen und alle holländischen Einfuhren mit einer 15prozentigen Steuer zu belegen, um die belgische Industrie zu schützen. Zur gleichen Zeit war in belgischen Industriekreisen die Forderung erhoben worden, die holländische Industrie solle die Löhne erhöhen, da diese um 40 Prozent unter den belgischen Löhnen lägen.

Dagegen erklärte der Vertreter Hollands, daß Belgien 75 Prozent mehr nach Holland exportiere als Holland nach Belgien. „Die Benelux kann nicht durch Vorteile verwirklicht werden, die nur Belgien zugute kommen“, sagte er wörtlich.

England beugt sich keiner Majorität

Keine englische Regierung werde eine wesentliche Änderung der Haltung Großbritanniens gegenüber der Montanunion herbeiführen, erklärte der frühere britische Schatzkanzler Hugh Gaitskell Ende Mai vor der Presse in Düsseldorf. England sei jedoch an einer engen Verbindung mit der Union interessiert und unterhalte aus diesem Grunde eine sehr starke Delegation in Luxemburg. Eine Mitgliedschaft sei allein schon deswegen nicht möglich, weil sich England niemals einer Majoritätsentscheidung beugen werde. Zur Aufnahme Englands in die Union sei daher eine Strukturänderung die entscheidende Voraussetzung.

Zu der umstrittenen Frage der Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie in Großbritannien erklärte er, daß die Industrie noch niemals so gut gearbeitet habe wie zu der Zeit, als das Damoklesschwert der Nationalisierung über ihr geschwebt habe. Im übrigen habe die konservative Regierung wenig an dem Verstaatlichungsprogramm der Labour Party geändert und sei lediglich bemüht, die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie und des Straßenverkehrs rückgängig zu machen. Bei den anderen nationalisierten Industriezweigen seien im übrigen auch konservative Fachleute für die Verstaatlichung eingetreten. Bei der Kohlenindustrie habe sich die dringende Notwendigkeit dazu ergeben, um die Werke zu größeren leistungsfähigen Einheiten zusammenzuschließen.

Trotz allem: weitgehend gelenkte Wirtschaft

Aus London erhalten wir in den letzten Maitagen folgende Äußerung zum Reprivatisierungsgesetz:

„Die vom Parlament verabschiedeten Regierungsvorlagen über die Reprivatisierung der britischen eisen- und stahlschaffenden Industrie sind nunmehr durch königliche Gegenzeichnung Gesetz geworden, und die Londoner City beschäftigt sich jetzt mit den Fragen, die durch den Verkauf der verschiedenen Unternehmen, die auch in der kurzen Zeit der Rationalisierung als Betriebseinheiten isoliert erhalten geblieben sind, aufgeworfen worden sind.“

Gleichzeitig nehmen zwei Körperschaften ihre Arbeit auf: die Holdinggesellschaft, ein Regierungsunternehmen mit der Bezeichnung 'Iron and

Stunde der nationalen Erhebung gekommen und gebrauchte kernige Soldatenfäuste und -flüche gegen naive Zuschauer, die geglaubt hatten, in den Sternstunden deutscher Geschichte als Zuschauer im Parkett sitzen zu können.

„Ich haue dich in die Fresse, Sie Affenarsch“, um den ersten Vorsitzenden (Schmeißt der Mann Singular und Plural durcheinander! Wie ungebildet. Red.) des Gaues Köln zu Wort kommen zu lassen. Und dann gab es Hiebe und Niederschläge. „Tritt dem Schwein doch ins Gehirn“, war ein wohlgemeinter Rat, der einen, der am Boden lag, wieder aufrichten sollte. Und während dies und Schlimmeres geschah, stand die Polizei daneben, die nur eingesetzt war, um sich für nicht zuständig zu erklären.

So betrachtet, braucht es uns um Deutschlands Zukunft nicht bang zu sein. Wir wissen wahrhaft deutsche Männer, von altem Schrot und Korn, die liebend gern die Führung und Gestaltung künftiger deutscher Armeen in ihre kampfgewohnten Stahlhelmhände nehmen möchten (während in Bonn ernsthafte Männer sich ernsthafte Sorgen machen, wie man solche Leute von einer neuen Armee fernhalten kann). Sie werden schon dekadenten, vaterlandslosen Gesellen von internationalistisch durchseuchten Universitäten Sinn und Segen nationalen deutschen Geistes, deutscher Seele einexerzieren.

Etat der Not

Zum ersten Male wurden in einer Statistik des Bundesarbeitsministeriums alle öffentlichen sozialen Aufwendungen einschließlich der Sozialversicherung zusammengefaßt: Im Haushaltsjahr 1952 waren es fast 19 Milliarden DM. Aus dem Heer der Invaliden, Kriegs- und Unfallbeschädigten, Hinterbliebenen, Flüchtlinge und Arbeitslose beziehen 17,4 Millionen irgendeine Rente, die von 22,6 Millionen Erwerbstätigen aus der Bundesrepublik und West-Berlin aufgebracht werden muß; das heißt, daß vier Erwerbstätige gezwungen sind, für drei Notleidende den Lebensunterhalt mitzuverdienen, oder auch, daß ein Drittel unserer Gesamtbevölkerung (50,7 Millionen) von Unterstützungen leben muß. Damit entfallen auf den einzelnen nicht mehr als durchschnittlich 1086,— DM „Jahreseinkommen“, das sind monatlich 90,50 DM.

33 Milliarden DM wurden im gleichen Jahr aus Steuern aufgebracht, dazu kamen insgesamt 10,8 Milliarden aus den Beiträgen für die Sozialversicherung. Die 19 Milliarden DM für Sozialleistungen machen also 43,2 Prozent des ganzen Steueraufkommens aus. Die Summe der notwendigen Sozialleistungen steigt und fällt entsprechend der Not, die ein Volk zu überwinden hat; erschreckender könnte der Barometerstand kaum noch sein.

Unseren Geburtstagskindern



— es sind allein rund eintausend Mitarbeiter unserer Hütte —, aber auch den Familienangehörigen, Rentnern, Invaliden, die in diesem Monat ihr Wiegenfest feiern können, überreichen wir als unseren Geburtstagsgruß einen Strauß Tulpen, die Walter Jurgons, Dortmund, für sie malte.

Wir wünschen allen: viel Freude und Glück, Gesundheit und Erfolg!

Vorstand und Betriebsvertretung
der Westfalenhütte AG
und die Redaktion

Werkzeitschriften: beliebt - geglaubt - gelesen

„The Iron Age“ vom 16. April 1953: Täuschen Sie sich nicht über Ihre Werkzeitschrift. Die Arbeitnehmer betrachten sie als Informationsquelle Nr. 1 über ihre Gesellschaft. Sie lieben sie, sie vertrauen ihrem Inhalt und — was schließlich das beste Zeugnis für jede Veröffentlichung ist — sie lesen sie . . .

In jedem Falle bezeichnen die Arbeiter mit einer starken Mehrheit die Hauszeitschrift ihrer Gesellschaft als die beste verfügbare Informationsquelle über die Firma oder eine Abteilung der Firma. Die Werkzeitschrift ließ andere Quellen, wie die Lokalblätter, Unterrichtung durch vorgesetzte Stellen und Gewerkschaften, hinter sich.

In einer Aufstellung von 16 Informationsquellen für die Arbeitnehmer standen die Unterrichtungen durch supervisors (Vorarbeiter, vorgesetzte Persönlichkeiten) an vierter Stelle, Lokalblätter an fünfter Stelle, die Gewerkschaftszeitungen an zehnter Stelle, Unterrichtungen durch Gewerkschaftsbeauftragte an elfter Stelle, Gewerkschaftsversammlungen an zwölfter Stelle. Gesellschaftsmittelungen folgten an dreizehnter

Steel Holding and Realization Agency' und der neue 'Iron and Steel Board', der in Regierungsauftrag die weitere Kontrolle über die gesamte englische Eisen- und Stahlindustrie ausüben soll, auch über jene Unternehmen, die seinerzeit von der Nationalisierung nicht erfaßt worden waren. Diese Kommission wird auch weiterhin die Preise festsetzen und damit einen Einfluß auf Investitionen und Gewinne der reprivatisierten Industrie behalten.

Die Bezeichnung 'Holding and Realization Agency' kennzeichnet die doppelte Aufgabe dieser Einrichtung: realisiert, d. h. verkauft werden sollen die in Staatsbesitz befindlichen Unternehmen. Man wird aber damit rechnen müssen, daß ein Teil der Unternehmen wahrscheinlich keine Käufer findet, so daß sie zwangsläufig im Besitz der 'Öffentlichen Hand' verbleiben. Die Verwaltung dieser Betriebe bleibt der Holdinggesellschaft überlassen.

Die Summe der zu verkaufenden Wertpapiere beträgt etwa 300 bis 350 Millionen £, das sind zwischen 3,5 und 4 Milliarden DM. Ein Teil davon, etwa der 5. oder 6. Teil, besteht aus Betriebseinheiten, die früher zu einigen großen Konzernen der stahlverarbeitenden Industrie gehörten, die ihrerseits nicht nationalisiert worden war, ihre Rohstoff-Betriebe aber hatte abgeben müssen. Dies sind die großen, in aller Welt bekannten Konzerne wie Dorman Long, Colvilles, Stewards & Lloyds, United Steel, John Summers & Sons, Vickers usw. Diese dürften ohne weiteres ihren alten Besitz wieder übernehmen. Aber auch dabei besteht durchaus die Möglichkeit, daß dieses oder jenes Objekt zurückbleiben wird — schließlich wurden und wird ja auch in den modernsten Großkonzernen unvermeidlich mancher Ballast mitgeschleppt, den man nun auf diese Weise leicht los wird. Die Regierung hat in den Durchführungsbestimmungen die Anregung verworfen, für den Verkauf attraktive und weniger reizvolle Objekte zu koppeln, so daß also auf diese Weise die sonst schlecht verkäuflichen Betriebe mit übernommen werden müßten, um die attraktiven erwerben zu können. Nach dem Gesetz muß der Verkauf also gesondert, Unternehmen für Unternehmen, durchgeführt werden. Finanziell wird das keine Schwierigkeiten machen. Diese Konzerne haben ja zum großen Teil noch die Entschädigungssummen in Staatspapieren im Tresor auf Kapitalkonten, und wo das nicht ausreicht, werden sie ohne Schwierigkeiten von den Banken und Finanzierungsinstituten der City unterstützt werden. Es wird auch interessant sein, zu sehen, wie sich diese Aktien kursmäßig realisieren werden, denn die „Holding and Realisation Agency“ hat die Aufgabe, bestmögliche Preise zu erzielen, und muß die Betriebe auf dem offenen Kapitalmarkt anbieten. Man wird dabei die Kapitalstruktur der Gesellschaften berücksichtigen, so wie sie vor der Nationalisierung bestanden hatte: zum großen Teil handelt es sich ja nicht einfach um Aktiengesellschaften, die in allgemein gleichwertige Stammaktien aufgeteilt sind. Es gibt vielmehr außer den Stammaktien, die nun einfach auf den Wertpapiermarkt gebracht werden können, Pakete von Vorzugsaktien, die weniger die Zahlung von Vorzugsdividende, sondern vielmehr ein Mehrstimmrecht sichern sollen, das den Inhabern der Vorzugsaktienpakete das Übergewicht in der Geschäftsführung garantiert. Dies ist ein Verfahren, das oft angewandt wurde, wenn eine Gesellschaft neues Kapital benötigte, die bisherigen Unternehmer ihr Unternehmen aber vor Überfremdung schützen wollten. Auch bei den erwähnten Tochtergesellschaften, die jetzt in den Verband der Konzerne zurückkehren, wird Vorsorge getroffen, daß die nötigen Pakete von Vorzugsaktien dieses Übergewicht wiederherstellen. Die normalen Aktien werden zum Teil im freien Markt angeboten werden, genau wie die Aktien der nicht konzernorientierten sonstigen wieder zu reprivatisierenden Betriebseinheiten.

Die Sorge, daß eine künftige Labour-Regierung die Betriebe wieder nationalisieren könnte, was auf Grund ihres Programmes geschehen müßte, dürfte den Rücklauf nicht besonders beeinflussen, nicht nur, weil sich in Kreisen der Gewerkschaften und auch der Partei Bedenken dagegen gemeldet haben, sondern weil innerhalb der Labour-Party überhaupt neue Überlegungen diskutiert werden. An Stelle von Nationalisierungsmaßnahmen soll sich die 'Öffentliche Hand' durch die Übernahme von Aktienpaketen an der Privatwirtschaft beteiligen. Das würde zu einer gemischt-wirtschaftlichen Organisation führen, die die Volkswirtschaft insbesondere in den Grundstoffindustrien in zwei große Sektoren teilt, den privatwirtschaftlichen und den staatswirtschaftlichen. Diese Fragen sind noch völlig in Fluß, das kommende Aktionsprogramm der Labour-Party wird sie bestimmt behandeln. Entscheidungen darüber werden aber erst fallen, wenn eine neue Labour-Regierung gebildet ist."

Aber das sind innerenglische Sorgen. Bei uns in Deutschland kommen die Wahlen ja näher. Und von ihrem Ergebnis wird vieles abhängen.

Man macht deshalb — von wegen publicity und so — mächtig in Volkstümlichkeit und Wunder-Propaganda. Eigentlich paßt gar nicht dazu, daß man „von oben her“ immer noch nicht an die Lösung des Steuerproblems geht. Oder paßt das etwa doch? Dazu kann gesagt werden:

Krise der Einkommensbesteuerung

Jedes Steuersystem, das in seinen Anforderungen über die Grenzen des Zumutbaren oder gar Tragbaren hinausgeht, läuft Gefahr, sich selbst zu zerstören. Die rigorosen Kontrollratstarife, die Westdeutschland im Jahre 1946 auferlegt wurden, liefen nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den wohlverstandenen fiskalischen Interessen des Staates zuwider. Der deutsche Gesetzgeber sah diese Gefahr, hatte aber unter der alliierten Finanzhoheit zunächst keine Möglichkeit, die Situation grundsätzlich zu bereinigen. Er fand ein Ventil, indem er im Laufe der Jahre eine Vielzahl von Steuervergünstigungen einführt. Hiermit konnte die Situation um einiges entschärft werden. Es mußte aber eine bedenkliche Aushöhlung des Steuertarifes in Kauf genommen werden. Überdies reichten auch die großzügig gewährten Vergünstigungen nicht aus, um der Gefahr zu begegnen, daß die Steuerpflichtigen alle erdenklichen Möglichkeiten ausschöpften, um der Besteuerung zu entgehen. Als „legaler“ Ausweg blieb in der Regel nur die Flucht in die Betriebsausgaben.

Wie weit der Verfall des Systems der Einkommensbesteuerung schon fortgeschritten ist, läßt sich zahlenmäßig nachweisen. Aus der veranlagten Einkommen- und Körperschaftsteuer konnte der Fiskus in den Jahren 1949 bis 1952 je Kopf der Bevölkerung nur etwa dasselbe Aufkommen erzielen wie in den letzten drei Vorkriegsjahren. Demgegenüber brachte die Lohnsteuer immerhin 20 v. H. mehr als vor dem Kriege; das Umsatzsteueraufkommen hat sich fast verdoppelt.

Unterstellen wir, daß im Durchschnitt der Jahre 1936 bis 1939 und 1949 bis 1952 das reale Volkseinkommen Westdeutschlands annähernd gleich war, so hätte sich bei verdoppelten Steuertarifen auch ein zweimal so hohes Einkommen- und Körperschaftsteueraufkommen ergeben müssen, als tatsächlich erzielt wurde.

Von dieser Feststellung ausgehend, kommt das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften — vgl. „Mitteilungen“ des WWI Nr. 5, Mai 1953 — zu dem Ergebnis, daß im Durchschnitt der Jahre 1949 bis 1952 die Differenz zwischen den tatsächlichen und den deklarierten Einkommen der Selbständigen und Körperschaften schätzungsweise 10 Mrd. DM betrug. Dieses entspricht einem Steuerausfall von nicht weniger als 4 Mrd. DM. Der Differenzbetrag teilt sich wie folgt auf:

Ausfall durch Steuervergünstigungen . . .	1,4 Mrd. DM
Ausfall durch Steuerfluchtausgaben . . .	2,6 Mrd. DM
zusammen	4,0 Mrd. DM

Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma ist eine nachteilige Senkung der Steuertarife bei radikaler Beseitigung aller Vergünstigungen. Dazu aber scheint man wenig Neigung zu verspüren.

„Lebenswichtige Volksgenußmittel“

Bekanntlich sind ja die Steuern auf Kaffee und Tee dermaßen happig, daß diese Getränke von der breiten Masse nur noch als Luxus betrachtet werden können. Bekanntlich ist unser Bundesfinanzminister außerordentlich hart im Nehmen — und dieser Begriff ist in jedem Falle sogar doppelsinnig. Jedenfalls hat er es verstanden, alle Angriffe, die sich gegen die überhöhten Steuern richteten, abzuschlagen.

Nun hat aber sogar der Bundesgerichtshof sich in den Kaffee und Tee geworfen. Seine Entscheidung (4 StR 864/51 vom 5. März 1953) ist bisher beinahe ganz geheim geblieben. Das ist nicht einmal ein Wunder, denn etwas Juristisches ist ja kein Wahlschlager. Das hohe Gericht stellt also fest: Kaffee und Tee seien „lebenswichtige Volksgenußmittel“, die „auch während der Kriegs- und Nachkriegszeit nie aufgehört haben, lebenswichtig zu sein. Der Begriff ‚lebenswichtig‘ umfaßt weit mehr als das zum Leben Notwendige“. Und als lebenswichtig werden alle Bedarfsgüter bezeichnet, „nach denen breite Massen des Volkes ein besonders dringendes und berechtigtes Bedürfnis haben, so auch Getränke, die — wie gerade Kaffee und Tee — zugleich den Blutkreislauf anregen“.

Fiat justitia, Herr Finanzminister! Die Rechtslage ist klar. Und ist nicht das Lebenswichtige = das Recht auf Leben sogar im Grundgesetz verankert? Na? Wie wäre es wohl, wenn beispielsweise die Kaffeekränzchen eine Steuerklage anstrengen würden?

Stelle, das Schwarze Brett stand an vierzehnter Stelle, und gemeinsame Essen mit Vorgesetzten folgten an sechzehnter Stelle . . .

Die Geschäftsleitung hat eine hervorragende Möglichkeit, ihre Geschichte in den Werkzeitschriften zu erzählen. Sie muß aber sorgfältig darauf bedacht sein, das Vertrauen der Arbeitnehmer zu ihren Veröffentlichungen nicht zu mißbrauchen. Unrichtige oder zu falscher Deutung führende Veröffentlichungen werden ggf. angeprangert. Ein Versehen kann die ganze Arbeit zunichte machen.

Die Werkzeitschriften werden immer wieder gründlich gelesen. In den befragten Werken hatten 90 Prozent aller Arbeitnehmer wenigstens eine oder zwei der letzten Werkzeitschriften durchgelesen. Es gibt wenige Veröffentlichungen irgendeiner Art, die eine so gute Prozentzahl für sich in Anspruch nehmen können.

Die Leserschaft beschränkt sich nicht allein auf die Arbeiter. Die befragten Arbeiter erklärten, daß im allgemeinen wenigstens eine andere Person in ihrer Familie die Gesellschaftsveröffentlichungen liest.

„Schweizerische Metall- und Uhren-Arbeiter-Zeitung“, Bern, 15. 4. 1953: „... Schrittmacher der neuen Werkzeugungen in Deutschland war ein entflochtes Werk in Dortmund, die Westfalenhütte. Der Arbeitsdirektor dieses Werkes, Kollege Berndsen, und der äußerst rührige Betriebsratsvorsitzende, Kollege Schwentke, hatten in dem Kollegen Hoischen einen Mann gefunden, der als Gewerkschafter das wirtschaftspolitische und betriebliche Leben kennt, aber auch die Bedürfnisse, Rechte und Pflichten der Arbeiter geschickt zu vertreten wußte. Die Werkzeugzeitung der Westfalenhütte kann als die beste ihrer Art bezeichnet werden. Erste Männer auf den Gebieten der Wirtschaft, der Technik, der Gewerkschaften, der Belletristik kommen hier zum Wort . . .“

„Welt der Arbeit“, Köln, 6. 3. 1953: „... Eine noch anzahlmäßig kleine, auflagemäßig aber hohe Gruppe von Werkzeitschriften, vor allem in jenen Werken, bei denen die Mitbestimmung angelauten ist, stellt den Typ dar, der nicht mit biedertreuer Freundschaftspredigt, untermalt mit netter Unterhaltungslektüre, die Belegschaften von den eigentlichen Problemen unserer Zeit fortzuhalten nötig hat.“

Das Mitteilungsblatt der Westfalenhütte AG. (Dortmund) zum Beispiel gehört zur letztgenannten Gruppe. Sein Programm könnte man so formulieren: Guter Text über fachliche Fragen des gesamten Hüttenwesens (und nicht nur Einzelfragen des eigenen Werks), gründliche Aufsätze über allgemeinwirtschaftliche Fragen (die in den Tageszeitungen durchweg zu kurz kommen), Aufsätze über wirtschaftspolitische Zusammenhänge der Weltpolitik, Fragen der sozialen und technischen Leistungen im eigenen Betrieb und ein breiter Raum für all jenen Text, der offen und ohne Hintergedanken für die Interessen der Arbeitnehmer eintritt . . .“

Damals,

als wir Lehrlinge waren . . .

In zwei Dingen sind unsere Jubilare einander seltsam ähnlich: Sie erzählen gern aus ihrem arbeitsreichen Leben, und — sie wollen mit dem, was sie erlebt haben, „nicht gedruckt werden“, „nicht in die Werkzeitung kommen“. Beileibe nicht! Das sieht so nach Angeben aus, und Angeben ist etwas, was sie in 40 und 50 Jahren Werkzugehörigkeit nicht geübt haben. Seit sie als Vierzehnjährige eintraten bei Hoesch, haben sie nur eines gelernt: Arbeit, Arbeit und noch einmal Arbeit. Für uns, die wir gleich von der Schule in den Achtstundentag hineinwachsen, fühlen sie eine Art von mitleidigem Wohlwollen. Damals dauerte in den Warmbetrieben der Werktag von sechs bis sechs. Eine Mittagspause war eingerechnet, in der man heimgehen und essen konnte, von zwölf bis zwei. Aber wie oft hieß es am Tage vorher, daß durchgeschafft werden müßte, und dann blieb man da, und die Mutter, die dem Vater sowieso den Henkelmann ans Tor brachte, trug auch einen „Doppeldecker“ für den Jungen in der Tasche.

Der Lehrling ging nach seinem Zehnstundentag zur kaufmännischen Ausbildung in die Prinzenstraße. Wenn es auch sonst noch keine sozialen Zulagen im heutigen Sinne gab, so zahlte doch die Firma zwei Drittel von dem, was diese Abendschule kostete. Die müden Jungen müssen allerlei darin kapiert haben. Wie wäre es sonst möglich, daß während des Krieges ein Lehrling, der noch nicht ausgelernt hatte, die Lohnliste führen durfte? Es gab nicht allzu viel, das seine Gedanken hätte ablenken können: kam er nach der Arbeit oder nach der Berufsschule nach Hause, so aß er und fiel ins Bett, über dem in Brandmalerei der Wahlspruch jener anspruchslose Jahre stand: „Bete und arbeite.“ Und was für Lohn hat unser Lehrling nach sechs Tagen Zehnstundenschicht nach Hause gebracht? Im ersten Jahr 10 Mark im Monat, im zweiten 20, im dritten 30—35 Mark. Das war nicht so wenig, wie es uns heute vorkommen will. „Damals war das Geld noch was wert! Darum mußte ich es ja auch bei Heller und Groschen zu Hause abliefern.“ „Und sonntags?“ — „Da kriegte ich meine 50 Pfennig Taschengeld vom Vater.“ — „50 Pfennig?!“ — „Oh, das war viel Geld. Davon konnte man sich allerlei kaufen. Wo z. B. die Flasche Selterwasser 5 Pfennig kostete, ein Riegel Schokolade — ein großer! — 15 Pfennig. Was heute den Jungens das Geld kostete, das Kino, das gab's ja noch kaum. Als ich Soldat wurde, hatte ich noch kein Kino gesehen. Na, und darum brauchten wir auch nicht soviel Geld. Unser Leben bestand in Arbeit und Schlaf. Wie es geht, wenn man mehr Zeit für sich hat, das sieht man ja an der Jugend heute. Sie müssen ihren Feierabend irgendwie ausfüllen, und das kostet Geld!“ — Einer von unseren „Goldenen“ ist, genau gerechnet, noch länger dabei als 50 Jahre. Denn da sein Vater in der Fabrik war und es mit der Absperrung noch nicht so genau genommen wurde, spielte er schon als Junge

Hans-Günther Patzig:

Die Steigerung der Produktivität

Ein Anliegen aller Europäer

Seit der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) im Sommer 1951 eine fünfundzwanzigprozentige Steigerung der Gesamtproduktion der europäischen Wirtschaft innerhalb von fünf Jahren gefordert hat, ist das Wort „Produktivität“ nicht mehr aus den Zeitungen, Wirtschaftsveröffentlichungen und Reden führender Wirtschaftler und Politiker wegzudenken. Denn alle Fachleute in ganz Europa — gleichgültig, ob sie eine liberale oder eine sozialistische Wirtschaftsauffassung vertreten — sind sich darüber einig, daß die von der OEEC geforderte Produktionssteigerung nur durch „Steigerung der Produktivität“ zu erreichen ist. Wir finden die Produktivitätssteigerung in den Programmen aller politischen Parteien von rechts bis links, wir finden sie in den Gesprächen der Betriebsführer, der Betriebswirtschaftler und in den Veröffentlichungen der Gewerkschaften. Wie erreichen wir eine Erhöhung unseres Lebensstandards? Durch Steigerung der Produktivität. Wie können wir die Ausgaben für die europäische Verteidigung finanzieren? Durch Steigerung der Produktivität. Wie können wir die Beseitigung der Arbeitslosigkeit erreichen? Durch Steigerung der Produktivität. So viel Fragen auch gestellt werden — die Steigerung der Produktivität wird immer eine, wenn nicht die einzige Antwort sein. In Deutschland — wie in allen anderen Ländern, die Mitglieder der OEEC sind — ist ein Produktivitätsrat gegründet worden, dem Vertreter der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Wissenschaften und der Regierung angehören und der sich das Ziel gesetzt hat, eine entscheidende Produktivitätssteigerung der deutschen Wirtschaft zu erreichen. Bei einer so häufigen Begegnung mit dem Produktivitätsbegriff müssen wir uns fragen, ob es sich hier nur um ein Anliegen der Wirtschaftsspezialisten, um eine magische Formel, ein neues Schlagwort — oder um mehr handelt: etwa um einen Weg, der allen Bevölkerungskreisen offensteht und Hoffnungen zuführt, die weit über den wirtschaftlichen Rahmen hinausgreifen.

Produktivität — ein vieldeutiger Begriff

Produktivität ist ein Begriff, der vom Volkswirtschaftler anders als vom Betriebswirtschaftler definiert wird, im Deutschen eine andere Bedeutung hat als im Französischen. Es muß deshalb von vornherein klargestellt werden, daß die OEEC bei ihren Empfehlungen den amerikanischen Produktivitätsbegriff „productivity“ für Europa übernommen hat und daß sich alle Folgerungen aus diesem amerikanischen Produktivitätsbegriff ergeben. Er geht auf dieselbe Bedeutungs Wurzel zurück wie unser deutscher Begriff „Arbeitsproduktivität“, d. h. also ein Maß für die Produktionsleistung einer Arbeitskraft in einer gegebenen Zeit, meist kurz angegeben als „Produktion pro Mann und Arbeitsstunde“. Die Forderung „Produktivitätssteigerung“ sieht also zuerst nüchtern so aus, als ob einfach pro Mann und Arbeitsstunde mehr geschafft werden solle. Daß dem nicht so ist, geht allein schon daraus hervor, daß die Gewerkschaften ebenfalls für Produktivitätssteigerung eintreten, und es dürfte wohl nicht bezweifelt werden, daß die Vertretung der Arbeitnehmerschaft einem Programm der Mehrarbeit heftig entgegengetreten würde. Die Betonung liegt also auf dem „Mehr produzieren“ — nicht auf dem „Mehr arbeiten“.

Wenn also die Produktionsleistung unserer Wirtschaft gesteigert werden soll, ohne Mehrarbeit, ohne größeren Zeitaufwand und auch möglichst ohne Mehraufwand an Kapital, besteht nur noch die Möglichkeit, das Ziel durch Rationalisierung, Ausschaltung von unnötiger Arbeit, Vereinfachung der Arbeitsgänge, Standardisierung der Warenmuster, Arbeitserleichterung durch Mechanisierung zu erreichen — und das ist auch tatsächlich der technische Inhalt des Produktivitätsprogrammes. Dieser Weg ist in Deutschland schon einmal, in den zwanziger Jahren unter dem Einfluß des Taylorismus, versucht worden. Er führte seinerzeit zur Gründung des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, das sich bemühte, die Rationalisierungsbestrebungen der Industrie zu koordinieren. Aber ebenso wie der Taylorismus in seinem amerikanischen Heimatland eine Maximalgrenze seiner Anwendbarkeit fand, zeigte sich auch in Deutschland, daß mit einer immer detaillierteren Aufteilung des Produktionsprozesses in Funktionen und deren Vereinfachung auf die Dauer kein Wirtschaftsaufschwung zu erzielen war. Im Gegenteil, die rein technische Rationalisierung, von vielen Unternehmern einzig und allein als ein Mittel zur Verringerung des Kostenfaktors angesehen,

führte zu schweren Störungen im Sozialgefüge der Industrie. Billigere Maschinenkraft verdrängte menschliche Arbeit und vergrößerte das Heer der Arbeitslosen; der ungelernete oder angelernete — also lohnsparende — Arbeiter schien an die Stelle des Facharbeiters zu treten und den Arbeitnehmer immer mehr zum entrechteten Proletarier zu machen.

Der Mensch: kein Kostenfaktor, sondern Basis der Produktion

Das Land, das den Funktionalismus in die Wirtschaft eingeführt hatte, die Vereinigten Staaten, begann auch die ersten nicht-ideologischen Versuche, ihn abzuschwächen. Das neue Rezept hieß: Taylorismus plus soziale Maßnahmen ergibt Produktivitätssteigerung. Der Mensch als Faktor in der Produktion war damit entdeckt — wenn auch noch immer an der falschen Stelle in der Rechnung eingesetzt. Denn selbst die sozialen Maßnahmen, die in amerikanischen Betrieben teilweise als Ergebnis der „wissenschaftlichen Betriebsführung“, teilweise aber auch auf Druck der Gewerkschaften eingeführt wurden, erwiesen sich auch nicht als Heilmittel. Der Grund war einfach der, daß man das menschliche Element immer noch als Kostenfaktor, nicht aber als Basis der Produktion ansah. Soziale Maßnahmen aber, die nur eingeführt werden, um den Arbeiter quasi „bei der Stange zu halten“, und deren Kosten außerdem den Vorteil haben, von der Steuer abgesetzt werden zu können, können nicht als ehrliches menschliches Bemühen um den Mitmenschen wirken; sie müssen als ein auf Gewinnvergrößerung abgestellter Versuch erscheinen, ganz gleich, aus welchen Motiven heraus sie unternommen werden.

Die Wirtschaft muß dem Menschen dienen

Die Feststellung, daß die Wirtschaft für den Menschen da sei, nicht aber der Mensch für die Wirtschaft, war zwar schon lange angesprochen worden und von Wirtschaftstheoretikern und Politikern in Lehrsysteme gekleidet worden, aber die Praktiker in den Betrieben begannen erst nach der Weltwirtschaftskrise diese Erkenntnis auszuwerten. Diese Umstellung des Denkens und ihre Folgen sind in der amerikanischen Wirtschaft am leichtesten aufzuzeigen, weil sie hier nicht zu politischen Ideologien, Parteiungen und sozialen Auseinandersetzungen, sondern zu praktischen Maßnahmen führten. Das liegt zum Teil wohl schon in der Eigenart des amerikanischen Volkes, das akademische Diskussionen und den Aufbau theoretischer Systeme ebenso ungern sieht, wie es als ein Volk der Individualisten auf die Wahrung seiner individuellen Rechte sorgsam achtet. Bereits in der „Bill of Rights“ wird als unabdingbares Menschenrecht „die Freiheit und das Streben nach Glück“ verbrieft. Es gab für den Amerikaner praktisch nie einen Zweifel darüber, wozu die Wirtschaft diene: zum Streben nach Glück — des einzelnen sowohl als auch der gesamten Menschheit. Wenn also dieses Streben in der Wirtschaft irgendwie eingeengt war, mußte irgend etwas falsch sein, und um es wieder in Ordnung zu bringen, galt es, die Wirtschaft, und damit in erster Linie die Güterproduktion, wieder auf den Menschen abzustellen. James Gilbreth, der Pionier der „human relations“, der menschlichen Beziehungen in der Industrie, analysierte als erster die menschlichen Bedürfnisse des wirtschaftenden Menschen und stellte fest, der Mensch arbeite, um Sicherheit, Anerkennung und Selbstverwirklichung zu erreichen. Er und die ihm folgenden Schulen des „Scientific Management“ folgerten daraus, daß eine harmonische Eingliederung des Menschen in den Wirtschaftsprozess nur möglich sei, wenn diesen drei Bedürfnissen Rechnung getragen werde. Damit begann der Prozeß der „Humanisierung“ der Wirtschaft und Arbeit, der auch in Amerika noch keineswegs abgeschlossen oder in endgültige Formen gebracht ist; wichtig aber ist, daß er, von Arbeitgeber- wie von Arbeitnehmerseite

von 10 und 12 Jahren an den Öfen herum. Er kannte das Handwerk schon, ehe er es brauchte, und er hatte noch gar keinen Berufswunsch geäußert, als der Vater erklärte: „Du kommst zu mir!“ Da ging er eben. Sehr gesund sah sich das Ding ja nicht an, denn es gab noch keine Ventilation, und z. B. „in der Mühle haben wir uns gegenseitig vor Staub nicht gesehen“, aber es war die Zeit, da sich die Jugend für die Ideen des Turnvaters Jahn begeisterte, und dieser Mann schuf sich einen Ausgleich im Turnverein „Jahn“ und „Eintracht“. Den Dreikampfeister im Reck, Barren und Pferd sieht man seinem elastischen Gang und seiner aufrechten Haltung noch heute an. Es widerstrebt ihm, als „altem Turner“, heute mehr oder minder feuchte Abende zu verbringen. Lieber stellt er sich frühmorgens ans offene Fenster und macht Luftgymnastik, die ihm eine „große Lultröhre“ und die bewundernde Anerkennung seines Arztes eingetragen hat. „Ich krieg' bestimmt kein Asthma! Ich mache Ihnen an Übungen vor, was Sie wollen, auch Spagat... Ach nee, will's lieber hier nicht machen, nachher verlier ich die Hose!“

Diese Veteranen der Arbeit, mit dem Werk verwachsen, fast seit sie denken können, verwoben mit seinem Schicksal und dem Auf und Nieder seines Entwicklungsweges innerlich unlösbar verhaftet, sehen dem Alter nur darum sorgenvoll entgegen, weil es ihnen die Kräfte rauben wird, „so wie immer“ weiterzuschaffen. Sie haben das 25jährige gefeiert und das 40jährige, sie sind „Goldene“ geworden und dem Ruhealter nahegekommen und haben dabei doch nur ein Hoffen, ein Streben, das ihnen verständnisvolle Arbeitseinsatzpolitik auch verwirklichen hilft, wo es irgend angeht: „Nur nicht pensioniert werden!!“ I. R.

600 Lohnpfändungen!

600 Lohnpfändungen liegen augenblicklich als Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse bei der Lohnkasse vor. Unter ihnen sind zwar Unterhaltsansprüche usw., die meisten Pfändungen aber resultieren aus Forderungen aus Abzahlungsgeschäften. 600 Pfändungen — das ist eine Zahl, die zu denken geben muß. Sie besagt, daß allzu viele Belegschaftsmitglieder finanzielle Verpflichtungen eingegangen sind, denen sie nicht nachzukommen vermochten und die sie

Teilansicht unseres Hüttenwerkes



jetzt allzu leicht in wirkliche Not bringen.

Pfändungs- u. Überweisungsbeschlüsse bewirken nämlich folgendes: der Lohn des betreffenden Belegschaftsmitgliedes wird, soweit er bestimmte Höchstgrenzen übersteigt, gepfändet. Die Höchstgrenze beträgt monatlich 169 DM und drei Zehntel des Mehrbetrages, für die Ehefrau zwei Zehntel und für jedes Kind ein Zehntel, höchstens aber neun Zehntel des Mehrbetrages. Der „Restbetrag“ — und der schlägt meist ein empfindliches Loch in die Lohntüte — also ist gepfändet.

Unser Werk ist verpflichtet, die gepfändeten Beträge an den Gläubiger zu überweisen. Und da gibt es keine Möglichkeit, dem zu entgehen! Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse sind also sehr hart und unerbittlich. Wer kann schon von dem zugebilligten Mindestsatz seine Familie ernähren! Und diese Beschlüsse sind auch dem Werk unangenehm. Dazu bereiten sie unserer Lohnkasse sehr viel unnütze Arbeit.

Wir bitten unsere Kollegen und ihre Ehefrauen — vor jedem Ratenkauf gewissenhaft zu überlegen, ob der Kauf dringend nötig ist und ob die vereinbarten Ratenzahlungen auch dann eingehalten werden können, wenn irgendwelche Rückschläge (Unfall, Krankheit) eintreten!

Klebekarten verloren?

Die Fälle sind gar nicht so selten, in denen Versicherte den Verlust ihrer Unterlagen beklagen müssen. Viele Vertriebene, auch die Ausgebombten, haben hier die bittersten Erfahrungen machen müssen. Denn gerade bei der Rentenfestsetzung in der Invaliden- oder Angestelltenversicherung kommt es letzten Endes stets auf den lückenlosen Nachweis dieser Unterlagen an. Wenn sich aus bestimmten Gründen Ersatz nicht beschaffen läßt, der Nachweis über Arbeitsverdienst und die Arbeitszeit nicht vorliegt, kann — der Bundesarbeitsminister hat dieses Verfahren am 21. 11. 1952 unter IV a 4 — 6636/52 — genehmigt — die Rente nach Durchschnittswerten berechnet werden. Es wurden zu diesem Zweck genaue Tabellen ausgearbeitet, die den hart Betroffenen den Verlust nicht so schwer spüren lassen. Immerhin bedeutet diese Entscheidung für viele Menschen eine fühlbare Entlastung. Sicherlich bedarf sie noch der gesetzlichen Regelung.



als notwendig anerkannt, zur Grundlage jener „Produktivitätsethik“ geworden ist, deren Adaption an europäische Mentalität und Verhältnisse im Rahmen des Produktivitätsprogrammes von der OEEC befürwortet wird.

Der Mechanismus der Produktivität

Bei der Erörterung des Produktivitätsprogrammes durch die Praktiker der Rationalisierung, der Technik und der Administration kommt in Europa leider die Basis der Humanisierung der Wirtschaft meist noch zu kurz weg. Die „Verbesserung der menschlichen Beziehungen in der Industrie“ erscheint oft genug noch als eine Art technischer Programmpunkt. Man kann nicht oft genug darauf hinweisen, daß die Humanisierung der Wirtschaft die Basis bildet, ohne die der ganze wirtschaftliche Mechanismus nicht funktioniert. Gewinnbeteiligung, Rationalisierung, Massenproduktion sind die an der Oberfläche sichtbaren Merkmale dieser „zweiten industriellen Revolution“, ihr Kern aber ist ethisch: es geht darum, den Menschen nicht länger zum Sklaven seiner Arbeit und seiner Maschinen werden zu lassen, sondern ihn zum freien, selbstbewußten Mitarbeiter im „teamwork“ einer wirtschaftenden Gemeinschaft heranzubilden. Die Wege dazu sind vielfältig; auch hier wird Europa auf umfassende amerikanische Erfahrungen zurückgreifen müssen. Sie zu schildern, soll einer späteren Ausführung überlassen werden.

Der Mechanismus der Produktivität ist in Amerika bereits so erfolgreich angewandt worden, daß er sich auf eine gültige Formel bringen läßt: die Wirtschaft muß bestrebt sein, durch Rationalisierung die Stückkosten der Produkte immer mehr zu senken und auch den Gewinn je Stück immer mehr herabzusetzen. Dadurch läßt sich eine ständige Verbilligung des Endproduktes erreichen, durch den niedrigen Kaufpreis werden neue Käuferschichten aufgeschlossen, die Produktion kann erweitert werden, und am Ende ist trotz geringer Stückgewinne der Gesamtgewinn höher als zuvor. In Form eines wachsenden Absatzes strömt das Geld zu dem Unternehmer zurück. Und hier beginnt der zweite Teil des Mechanismus, das „profit sharing“. Der Antrieb des „perpetuum mobile“ der expansiven Wirtschaft ist die ständig neue Ertragsaufteilung an die Wirtschaftspartner: Verbraucher, Arbeitnehmer, Eigentümer. In der Praxis soll sich dieses „profit sharing“ so auswirken, daß die ständig steigenden Gesamtgewinne so schnell wie möglich verwendet werden, um die Preise zu senken, die Löhne zu erhöhen und den Eigentümern neue Mittel zu Investitionen zur Verfügung zu stellen. Dadurch steigert sich die Kaufkraft aller Verbraucher, zu denen ja auch die Arbeitnehmer gehören, und ermöglicht eine abermalige Produktionsausweitung. Die Gewinne der Eigentümer aber tragen als Investitionen für neue technische Verbesserungen wiederum zur Kostensenkung bei und ermöglichen weitere Produktionssteigerungen. Die Einwände, die gegen die Fortdauer dieses Mechanismus vorgebracht werden, beziehen sich auf die maximale Aufnahmefähigkeit des Marktes. Einmal muß eine Marktsättigung erreicht sein, erklären die Skeptiker, und die Industrie kann nur noch den Ersatz für die verbrauchten Güter liefern. Dem halten die Praktiker der amerikanischen Wirtschaft entgegen, daß der Güterbedarf praktisch unbeschränkt sei und mit steigendem Lebensstandard auch ständig neuer Bedarf eintrete. Besonders wird dabei auf das Beispiel neuer Industrien hingewiesen, die, wie in den Vereinigten Staaten die Fernsehindustrie, innerhalb weniger Jahre für Millionen neue Arbeitsplätze und neue Einkommen geschaffen haben. Natürlich erfordert eine derartig expansive Erzeugung große Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit, und es darf als unwahrscheinlich gelten, daß ein Hersteller das gleiche Produkt noch nach 10 Jahren unverändert herstellt. Auch die Arbeitsmethoden werden sich ändern, verbessern und eine intensivere Schulung erforderlich machen; doch kann in diesem Mechanismus keine Verringerung der Arbeitsplätze und der Einkommen eintreten, solange die menschliche Erfindungsgabe erhalten bleibt.

Mehreinkommen durch Produktivitätssteigerung und ständige Produktionsausweitung — das ist also das Ziel der „Produktivitätskampagne“, die in allen OEEC-Staaten angelaufen ist. Man ist sich über die Grundsätze dieser Kampagne in Europa und Amerika einig: die Fragen, die noch diskutiert werden müssen, betreffen die Methodik. So ist z. B. die deutsche Industrie der Meinung, daß beträchtliche Investitionen als Initialzuwendung notwendig sind, während von anderer Seite verlangt wird, daß der Anfang mit Preissenkungen gemacht werde. Der Deutsche Produktivitätsrat wird vermutlich eine Reihe von Betrieben zu „Leitbetrieben“ ernennen, in denen eine Reihe produktivitätssteigernder Methoden ausprobiert werden soll.

TECHNIK *und* PRODUKTION

Stahlexport steigt — trotzdem Klage?

Wenn auch im Export der eisenschaffenden Industrie einige Schwierigkeiten bestanden hätten, könne man nicht von einer Konjunktur- oder Absatzkrise sprechen, erklärte der Geschäftsführer der Gruppe Walzstahl in der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, E. W. Mommsen, vor der Presse in Düsseldorf. Der Export in dritte Länder außerhalb der Montanunion steige in letzter Zeit wieder an und liege gegenwärtig bei 80 000 bis 90 000 Tonnen.

Es werde angestrebt, 15 v. H. der Walzstahlfertigung, die bei etwa 800 000 Tonnen monatlich liegt, zu exportieren. Der Markt außerhalb der Montanunion habe sich, wie Mommsen weiter erklärte, in der letzten Zeit erheblich gebessert, und die Anfragen aus dem Ausland nähmen ständig zu. Die Exportkonvention der Unionländer habe keinerlei nachteilige Auswirkungen auf den Markt gehabt.

Zur Preisfrage erklärte Mommsen, daß es noch nicht möglich sei, die künftige Entwicklung abzusehen, da nicht feststehe, welcher Preis in Zukunft auf dem deutschen Markt regieren werde. Vor allem würden die französischen Preise in Süddeutschland einen starken Einfluß ausüben, und bei Walzdraht und Kaltband sei die Situation für die deutsche Industrie sehr ernst. Bei Draht komme außerdem hinzu, daß Belgien neuerdings einen Rabatt von $7\frac{1}{2}$ v. H. gewähre, der den Werken erhebliche Sorge bereite.

Es bestehe bei der Stahlindustrie, so führte Mommsen weiter aus, der dringende Wunsch, die Steuerfrage zu klären, da sie jederzeit akut werden könne und dann für die deutsche Industrie Folgen haben werde, die nicht zu übersehen seien. Die deutsche Stahlindustrie habe die Bundesregierung gebeten, eine Klage beim Gerichtshof der Montanunion gegen Artikel 5 der Diskriminierungsverordnung einzureichen. Diese Klage richte sich nicht gegen die Hohe Behörde. Es sei dabei beabsichtigt, die Klage zunächst zur Verhinderung des Fristablaufs vorzubringen, sie dann jedoch auszusetzen, um weiter zu versuchen, eine gütliche Einigung herbeizuführen.

Exportsorgen der Metallindustrie

Mit steigender Sorge muß die Entwicklung der Ausfuhr der in Nordrhein-Westfalen am stärksten konzentrierten westdeutschen Metallwarenindustrie betrachtet werden, stellt der Fachverband Metallwarenindustrie fest. Das Ausfuhrgeschäft, das 1952 immerhin noch rund 152 Millionen DM betragen habe gegenüber rund 173 Millionen DM 1951, zeige in den ersten Monaten 1952 weitere erschreckende Rückgänge.

Dieser Rückgang im Export habe stattgefunden, obwohl mit Rücksicht auf die scharfe Auslandskonkurrenz die Exportpreise in vielen Fällen herabgesetzt wurden. Neben den Konkurrenzindustrien, die sich auf sehr beachtliche staatliche Exportförderungsmaßnahmen stützen könnten, sei Anlaß hierfür vielfach der neuerstarkte japanische Wettbewerb. Über japanische Konkurrenz werde aus dem Bereich der Hersteller von Galanteriewaren, Bestecken und Haushaltsmaschinen geklagt. Aber auch die Preisgestaltung der Konkurrenzindustrien in anderen Ländern sei in letzter Zeit für einzelne Metallwarenindustrien gravierend gewesen, erklärte der Fachverband. So berichteten die Bürogerätehersteller über einen scharfen Preiskampf mit Holland und England sowie die Schlittschuh- und Rollschuhproduktion über einen solchen mit Kanada und England. Man führt gerade diese Preisgestaltung auf staatliche Subventionen an die entsprechende Auslandskonkurrenz zurück.

Großauftrag für die Berliner Borsig-Werke

Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard hat der Hoesch Bergwerks AG, Dortmund, seinen Dank für die außergewöhnlich große Auftragserteilung zur Lieferung eines Kraftwerkes im Werte von 25 Mill. DM an die Berliner Firma Borsig ausgesprochen. Bei dem Auftrag der Hoesch Bergwerks AG handelt es sich um den größten, der seit der Berufung des Bundesbeauftragten für die Förderung der Berliner Wirtschaft nach Westberlin vergeben worden ist.

Rohstahlerzeugung sinkt weiter

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, Eisen- und Stahlstatistik, ist die Roheisenproduktion im Mai gegenüber dem Vormonat um 28 431 Tonnen auf 949 760 Tonnen abgesunken. Die arbeitstägliche Produktion betrug im Mai 30 637 Tonnen gegenüber 32 606 Tonnen im April. Auch bei Rohstahl ist die Produktion insgesamt um 110 356 Tonnen auf 1 164 891 Tonnen und arbeitstäglich von 51 010 Tonnen auf 48 537 Tonnen zurückgegangen.

Walzwerkausfuhr stark rückläufig

Die Ausfuhr von Walzwerkerzeugnissen aus Nordrhein-Westfalen ist im ersten Quartal 1953 um 133 Millionen DM und der Eisenwarenexport um rund 44 Millionen DM zurückgegangen. Der Rückgang der Gesamtausfuhr Nordrhein-Westfalens betrug im Berichtszeitraum 150 Millionen DM. Eine Exportsteigerung um 36 Millionen DM konnte lediglich die Maschinenbauindustrie erzielen.

Mehr Stahl!

In dem soeben veröffentlichten Bericht der ECE wird besonders unterstrichen, daß die Regierungen jetzt vor der Aufgabe stehen, die Investitionen auf dem Gebiet der Technik zu steigern und den Stahlverbrauch in den Haushalten, der Landwirtschaft und der Industrie zu fördern. Die nötige Exportsteigerung könne nur durch eine der amerikanischen Modernisierung entsprechenden Angleichung der europäischen Industrien erreicht werden. Erst ein höherer Stahlverbrauch würde auch einen höheren Lebensstandard ermöglichen.

Die Reparationen an Indien

Indien hat 10 431 Maschinen und andere industrielle Ausrüstungsgegenstände im Werte von über 100 Millionen Rupien (etwa 87,8 Millionen DM) als Kriegsreparationen aus Westdeutschland erhalten, wie der indische Handelsminister Krishnamachari im Parlament erklärte.

Finnland wünscht deutsche Maschinen

Lauri Borenus (Helsinki), Direktor im Zentralverband der Holzindustrien Finnlands, erklärte: Finnland lebe von seiner Holzausfuhr, und zwar nicht nur von Rohstoffen, sondern vor allem von industriellen Erzeugnissen, wie Holzfaserverplatten, Schnittholz, Sperrholz, Holzhäusern, Zellstoff, Papier, Karton und Pappe. Gemessen an anderen europäischen Ländern verhalte sich die Deutsche Bundesrepublik leider noch recht zurückhaltend hinsichtlich von Holzimporten. Dabei benötige Finnland deutsche Maschinen und technische Bedarfsartikel. Auch Autos sind in Finnland sehr gefragt.

Ein indisches Stahlwerk

Die indische Regierung hat jetzt erstmals bestätigt, daß Verhandlungen mit deutschen Industrieunternehmen über deren Beteiligung am Aufbau einer indischen Eisen- und Stahlindustrie in ein „vorgerücktes Stadium“ getreten seien. Entsprechende Erörterungen mit der japanischen Industrie seien fehlgeschlagen.

BLICK IN DIE PRESSE



Verkauf der Flick-Aktien im Spiegel der deutschen Presse

Der Verkauf der Harpen-Aktien an ein französisches Hüttenkonsortium hat in der deutschen Presse ein starkes und sehr unterschiedliches Echo gefunden. Während beispielsweise die „Stuttgarter Nachrichten“ eine abwartend-skeptische Haltung einnehmen und sagen, daß eine Gefahr der Überfremdung zwar nicht von der Hand zu weisen wäre, daß man aber abwarten müsse, ob die europäische Wirtschaftsverflechtung auch im umgekehrten Sinne zugunsten deutscher Beteiligungen an ausländischem Kapital durchgeführt werden wird, schreibt die Hamburger Zeitung „Die Zeit“ offen, daß die französische Beteiligung als Vertrauensvotum des Auslandskapitals für die Bundesrepublik zu werten sei, daß bei den noch zu erwartenden Verkäufen von Klöckner- und Krupp-Aktien der von Flick gewiesene Weg weiterzuverfolgen sei und daß die „Verzahnung der Montanwirtschaft Europas auch durch privatindustrielle Eigentumsverlagerungen zu unterbauen“ sei.

Die Düsseldorfer Zeitung „Der Mittag“ spricht dagegen von „Nutznießern der Entflechtung“ und äußert sich dazu wie folgt:

Im Zuge der von den Alliierten befohlenen Konzernentflechtung mußte die Friedrich Flick K.G. als bisheriger deutscher Mehrheitsbesitzer die Mehrheit der Harpen-Aktien verkaufen, und da bei der gegenwärtigen gespannten Lage am Kapitalmarkt kein zahlungsfähiger deutscher Käufer auitrat, gingen diese Anteile eben an französische Konzerne über. Und das nennt man dann mit modernen Schlagworten Entflechtung und Zerschlagung der Konzerne, allerdings nur der deutschen zugunsten der französischen. In Bonn weist man sehr zu Recht darauf hin, daß es sich hierbei nur um eine Verlagerung gehandelt habe, die zu einer neuen Besitzkonzentration an anderer Stelle führe, nicht aber um eine Entflechtung. Erreicht sei lediglich, daß französische Montanwerke an der Ruhr wichtige Positionen errungen hätten, worauf es den Vätern des Entflechtungsgesetzes wahrscheinlich auch ankam.

„Bergbau und Wirtschaft“ hält es für „offenkundig, daß das Ziel der Alliierten bei der Schaffung des Gesetzes 75 bzw. 27 nicht nur in der Zerschlagung sogenannter wirtschaftlicher Macht lag, sondern vor allem in der Ausnutzung dieser Macht für die Wirtschaftskräfte der Alliierten; denn der zwangsweise Verkauf deutscher Aktien an ausländische Interessentengruppen zeigt doch deutlich das Ziel,

die wirtschaftliche Macht selbst auszuüben. Dieses Ziel praktisch zu erreichen, ist den Alliierten mit diesen Aktienverkäufen gelungen. Geschickt hat es Flick verstanden, in die Presse Meldungen zu lancieren, die seinen Aktienverkauf so hinstellen, als ob er im Interesse der europäischen Integration läge, und unter Verquickung grundsätzlicher Gedanken mit seinem Verkauf konnte er auch die Bemerkungen einschließen, daß hiermit die Gewerkschaften einverstanden seien, womit er seine persönlichen Verkäufe rechtfertigen wollte. Gewiß ist zugegeben, daß gerade Flick, den wir als geschickten Manipulator kennen, vielleicht derjenige ist, dem es am ehesten gelingen kann, sich an anderen europäischen Unternehmen zu beteiligen. Wir glauben aber kaum, daß deutsche Kreise eine Mehrheit in französischen Unternehmen erhalten werden, so, wie die französische Stahlgemeinschaft der Sidelor, Chatillon-Commentry und de Wendel bei der Harpener Bergbau-AG. mit 60 Prozent...

Europäisierung und eine europäische Integration kann nicht dauernd nur zum Vorteil Frankreichs erfolgen, sie kann nur erfolgen bei voller deutscher Gleichberechtigung. Im übrigen müssen wir dazu auch als Gewerkschaftler sagen, daß es besser gewesen wäre, wenn die deutsche Bundesrepublik, die Bundesbahn oder irgendwelche anderen öffentlichen Körperschaften die Aktien gekauft hätten. Wir sind Realpolitiker genug und glauben nicht an Illusionen, selbst wenn wir auch die Fähigkeiten Flicks nicht unterschätzen, die er in jahrzehntelanger Tätigkeit gezeigt und bewiesen hat.

Als Gewerkschaftler haben wir übrigens eine andere Wirtschaftskonzeption. Es gibt noch andere große Kreise in Deutschland, die gerade jetzt eine Sozialisierung der Grundstoffindustrie anstreben, eben aus solchen gesamt- und volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus. So gesehen ist der plötzliche Verkauf der Flick-Aktien sogar noch mehr als eine bloße Überraschung, und man wird sich noch eingehend mit diesen Fragen befassen müssen."

Die „Ruhr-Nachrichten“ schreiben: „Friedrich Flick hat, wie wir melden, seinen Aktienanteil am Kapital der Harpener Bergbau AG. an eine französische Gruppe verkauft; es handelt sich dabei um etwa 60 Prozent des Harpenkapitals von 127,6 Millionen DM. Damit ist der Auslandsanteil an der Ruhrkohlenförderung von 5,6 auf 9,6 Prozent gestiegen.

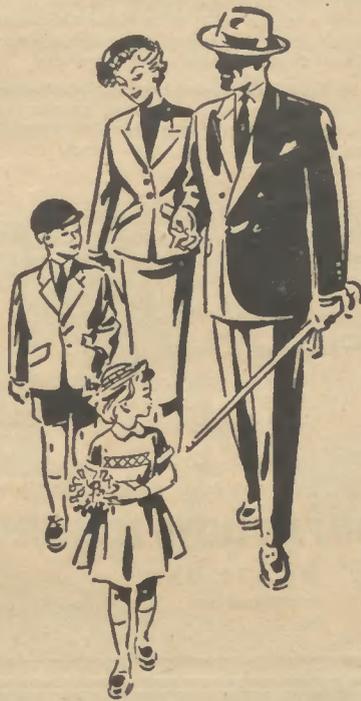
Nach den bisherigen Verlautbarungen war der Verkauf ein gutes Geschäft. Überraschend ist nicht, daß Flick verkaufte, denn er muß sich laut alliierten Bestimmungen von seinem Kohlenbesitz trennen; überraschend erscheint uns allerdings, daß er so schnell verkaufte; denn er hat damit immerhin fünf Jahre Zeit. Überraschend ist ferner, daß dieser Verkauf an eine französische Gruppe in Wirtschaft und Politik ein bisher so durchweg positives Echo gefunden hat.

Man kann uns wohl kaum übler Nachrede zeihen, wenn wir daran erinnern, daß der gegenüber zahlreichen Unternehmen bestehende Verkaufszwang von der Absicht geleitet war, die Wirtschaftskraft (man sagte „Macht“) an der Ruhr zu schwächen, Namen von Weltrup (Krupp) zu löschen und vielleicht auch, sich an dieser Wirtschaftskraft der Ruhr — zu beteiligen. Denn daß es schwer sein würde (und sein wird), den Verkauf am deutschen Kapitalmarkt an deutsche Käufer durchzuführen, war wohl vorauszu-sehen. Ob ein solcher Verkauf (zum Beispiel an die Bundesbahn oder unter Mithilfe des Bundes) nicht stärker im Interesse unserer Wirtschaft gelegen hätte, wird die Zukunft lehren müssen.

Man kann uns dagegen sagen, daß die privatwirtschaftliche Verflechtung innerhalb der Montanunion-Länder eine Art Untermauerung dieses Zusammenschlusses und eine engere Bindung der Interessen bedeute. Das kann sein; aber nur, wenn für deutsche Beteiligungen in den anderen Ländern, zum Beispiel in Frankreich, die gleiche Chance gegeben ist. Dazu liegen bisher jedoch nur Andeutungen vor. Wir stehen wohl kaum in Verdacht, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Westeuropas skeptisch gegenüberzu-stehen. Aber wir (die deutsche Wirtschaft) sollten uns doch wohl auch davor hüten, allzu geschwind verbrieft Rechte und greifbare Kohlenflöze gegen Illusionen einzutauschen."

Krise der betrieblichen Sozialarbeit

Wenn heute in der Industrie eine erhebliche Resignation festzustellen ist und vielfach offen von einer Krise der betrieblichen Sozialarbeit gesprochen wird, so ist dies in erster Linie wohl darauf zurückzuführen, daß man manchenorts doch nicht genügend bedacht hat, daß Sozialpolitik auch eine Gesinnungsfrage ist. Sicherlich sind die Betriebe keine Wohlfahrts- oder Fürsorgeeinrichtungen, und es ist auch verständlich, daß ein Unternehmer, der gewohnt ist, bei seinen kaufmännischen Dispositionen Gefühlsmomente völlig auszuschalten, leicht übersieht, wie wichtig im Betriebe Gefühle sein können. Ob sich ein Arbeiter an seinem Platz aber wohl fühlt, das ist nun einmal nicht nur eine Frage der Entlohnung, sondern auch seiner inneren Einstellung zu seiner Umgebung und ihren Menschen. Es stimmt zwar, daß die Höhe des materiellen Entgelts eine höchst bedeutsame Rolle spielt, völlig falsch ist jedoch die Annahme, ein hoher Lohn und eine zu Buchschlagende Gratifikation allein genügen, um dem Arbeiter das Gefühl zu vermitteln, er werde auch als gleichberechtigte Persönlichkeit anerkannt. Dieses Gefühl zu wecken, ist aber von ausschlaggebender Bedeutung für das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter. Hierzu kann nicht eine einzelne Maßnahme beitragen, sondern es ist schon Erziehungsarbeit notwendig. („Der Volkswirt“.)



**Für
alle
auf
einmal
etwas
anschaffen**

das ermöglicht der bewährte DEFAKA-Kredit.
Alle notwendigen Kleidungswünsche lassen
sich dadurch leicht erfüllen.

**DEFAKA-KREDIT
ist
DAUER-KREDIT**



DORTMUND, HANSASTRASSE, NEBEN DEM CAPITOL

Ausschneiden

Ausschneiden

Alle Radio-, Fernseh- und Elektrogeräte

liefere ich an kreditwürdige Käufer schon bei

10 DM Anzahlung

Rest in bequemen Raten nach Vereinbarung

HELMUT RISTAU

Bornstr. 62 und Borsigplatz 2 · Ruf 30257

- | | | |
|---|--|---|
| <input type="checkbox"/> Fernsehgeräte | <input type="checkbox"/> Kühlschränke | <input type="checkbox"/> Bügeleisen |
| <input type="checkbox"/> Radiogeräte | <input type="checkbox"/> Kochplatten | <input type="checkbox"/> Heizkissen |
| <input type="checkbox"/> Koffer-Radios | <input type="checkbox"/> Kleinherde | <input type="checkbox"/> Heillampen |
| <input type="checkbox"/> Musiktrommeln | <input type="checkbox"/> Herde und Kombinationen | <input type="checkbox"/> Waffeleisen |
| <input type="checkbox"/> Plattenspieler | <input type="checkbox"/> Waschmaschinen | <input type="checkbox"/> Kaffee-Mühlen |
| <input type="checkbox"/> Schallplatten | <input type="checkbox"/> Staubsauger | <input type="checkbox"/> Kaffee-Maschinen |
| <input type="checkbox"/> Tonbandgeräte | <input type="checkbox"/> Backhauben | <input type="checkbox"/> Haartrockner |
| <input type="checkbox"/> Antennen | <input type="checkbox"/> Küchenmaschinen und Mixer | <input type="checkbox"/> Trockenrasierer |

Senden Sie mir ausführliches illustriertes Prospektmaterial über die angekreuzten Gegenstände

Name:

Adresse:



Mit dem **Schmerrerling**
in den Urlaub —

TOUROPA

immer Qualität

Sie müssen nur frühzeitig kommen und sich beraten lassen. Dann weisen wir Sie auf schönen Wegen zu lohnenden Zielen! Dort sehen und erleben Sie so viel, als sich nur immer sehen und erleben läßt! Kein unvorhergesehener Verlauf Ihrer Reise zwingt Sie, mehr Geld auszugeben, als Sie sich an ihrem Beginn vorgenommen hatten!

Die Vorschläge verraten noch nicht alles. So z. B. nicht, wie sehr uns daran gelegen ist, persönliche Reisewünsche zu erfüllen. Sie werden weder Unterkunfts- noch Verpflegungssorgen, weder Gepäck- noch Fahrplanschwierigkeiten kennenlernen.

Das Hapag-Lloyd Reisebüro bereitet alles vor und macht es Ihnen leicht. Kommen Sie zu uns und überzeugen Sie sich: Nichts ist schöner als Reisen — und nichts ist leichter! Das Hapag-Lloyd Reisebüro steht zu Ihrer Verfügung und erwartet Ihren unverbindlichen Besuch.

... in den sonnigen Süden nach

Finale Ligure

16tägige Reise an die italienische Riviera ab 18. Mai bis 25. Juni und ab 24. August bis 28. September (letztmalig) jeden Montag ab Dortmund 273,— DM

Den Touropa-Ferienführer und alle weiteren Auskünfte erhalten Sie im

HAPAG-LLOYD REISEBÜRO

DORTMUND

Westfalenhaus, Hansastraße
Sa.-Nr. 32655



Jetzt auch
Gardinen

Das große
Bettengeschäft

Betten-Doepel

Ostenhellweg 41

Schlaraffia-Matratzen

Stepp- und Wolledecken · Inlett und Bettfedern

Bett- und Hauswäsche

Täglich Bettfedern-Reinigung

Westfälische
Porzellan- und Glasniederlage



Hoffmann-Kessel

PORZELLAN — KRISTALL

KUNSTGEWERBE

WIRTEBEDARFSARTIKEL

Dortmund-Reinoldstr. 6 gegenüber der Handwerkskammer

Ernst Schackmann

Mineralöle

Dortmund

Körnebachstraße 106

Ruf 314 53 / 314 54 / 4 06 63

Der Lieferant für Walzwerke und die gesamte Hüttenindustrie

Spezialität: Walzenfettbrikett, Kranfett, Spezialfette und -öle für schwierigste Schmierungsverhältnisse

Berater der gesamten Hüttenindustrie in allen schmier-technischen Fragen

Motorradhaus

Hans Theisen

Das Haus führender deutscher Motorradfirmen:

**BMW, NSU, DKW
Tornax, Triumph
Motorroller NSU-Lambretta
Fend-Kabinenroller
und Seitenwagen**

Meine Spezialabteilung in Leder- und Sport-
bekleidung:

LEDERMÄNTEL, LEDERJACKEN, LEDERHOSEN

Ersatzteile, Kundendienst und Reparaturwerk-
statt:

Semerteichstraße 67 - Ruf 41376

Stadtgeschäft:

Hansastraße 9 (Westfalenhaus)
Ruf 34479

Filiale: Castrop-Rauxel 3, Lange Straße 77

Günstige Teilzahlungsbedingungen

MÖBEL
SCHRÖDER

Das
bekannteste
Fach-
geschäft

mit seiner großen
Auswahl von mehreren
100 Einrichtungen
und Polstermöbeln in allen
Preislagen bieten Ihnen nach wie
vor Vorteile im Einkauf.

Vergleichen Sie, bevor Sie sich entscheiden,
Preise und Qualität

Dortmund Ruf **Dlmd.-Hörde**
I. Kampstraße 5 41142 Hermannstr. 42/44
Zahlungserleichterung

Porzellan
Glas
Haushalt-
waren

KAUFEN SIE GUT UND
PREISWERT

Dortmund
Westenhellweg 43



ERICH BAUTZ

IHR FAHRRADBERATER
bietet Ihnen:

Victoria Motorfahräder und Einbaumotoren

Sport- und Tourenräder
Kinderfahrzeuge in größter Auswahl
Roller, Rollschuhe für Bahn
und Straße, Marken Polar und Albert

Sportbekleidung

Pullover, Lumberjacken, Knickerbocker,
Lederhosen, Sportstrümpfe
und Radfahrschuhe

Durch mein Abkommen mit der Sozialabteilung wird jedem
Werkangehörigen der Kauf sehr erleichtert

Unübertroffen in Mode, Preis und Qualität



Unser günstiges Kreditsystem, erst nach 4 Monaten 1 % Kreditaufschlag, erleichtert auch
Ihnen den Einkauf

*Gute Betten, ohne Frage,
käuferst Du stets bei Kalvelage.*

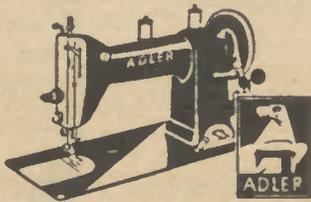


BETTEN Kalvelage

Das große Bettenhaus im Norden
Dortmund, Münsterstr. 28 a/b
Bettfedernreinigung täglich Ruf 35879

Die Nähmaschine fürs Leben

kaufen
Sie preiswert
in dem
bekanntesten
Fachgeschäft



W. BLÄTTERMANN U. SOHN

Rheinische Straße 14, am Körnerplatz
(Teilzahlung — 30,- DM Anzahlung — 12 Monatsraten)
Eigene Reparaturwerkstatt

3 große Vorteile

BIETET DIE BEKANNTE MÜLLER-KLEIDUNG

- formschön und elegant
- beste Qualitäten
- preisgünstiger . . .

. . . da ohne Zwischenhandel von der
Fabrik direkt zum Kunden

Darum immer zu



Auch Sie sollten
sich einmal über-
zeugen von den
wirklichen Vor-
teilen, die wir
Ihnen bieten

Die Bekleidungswerke mit den großen Leistungen
Kaufabkommen mit der Westfälischen Beamtenbank

Besuchen Sie uns in DORTMUND, Westenhellweg, in der
Krügerpassage, I. Etage

Von 8 bis 19 Uhr durchgehend geöffnet

Kunstglieder, Apparate und Bandagen
sowie Fußeinlagen nach Maß und Gipsabdruck

Elly Maag

Beurhausstraße 40
(IN DEN STÄDT. KRANKENANSTALTEN)

Lieferant sämtlicher Krankenkassen
und Berufsgenossenschaften



Kaufhaus Liebler

Das Kaufhaus mit den kleinen Preisen

DORTMUND - HÖRDE
Alfred-Trappen-Str. 26-30

CASTROP-RAUXEL
Am Markt
und

LUNEN-SÜD
Jägerstraße 45

MÖBEL Hansa

LUTGE BRÜCKSTRASSE 20
zeigt Polstermöbel
Einzelmöbel - Kunstgewerbe



Erd- und
Feuerbestattung

LUTGE BRÜCKSTR.
Ruf 2 20 57
Särge in großer
Auswahl
Überführungen mit
eigenen Leichenautos

— KAUFABKOMMEN MIT DER WESTFALENHÜTTE —

BELGIEN

ein westlicher Nachbar

—oi— Schicken wir der Fortsetzung unseres zusammenfassenden Berichtes über Belgien einige Zahlen und Vergleiche voraus:

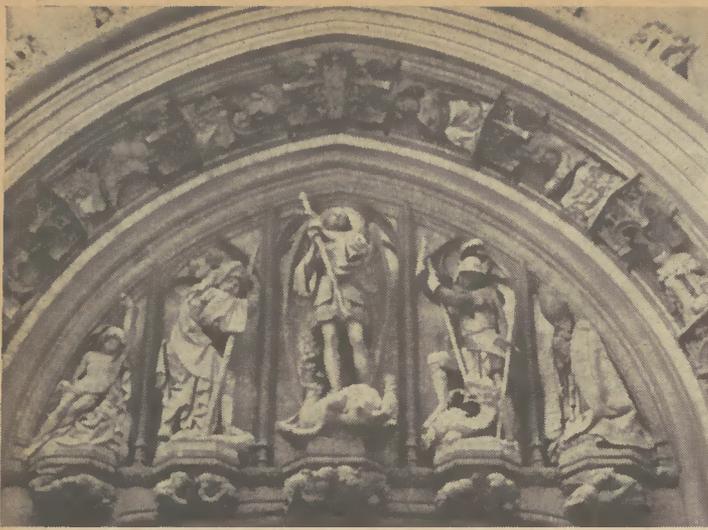
Belgien ist mit einem Gebietsumfang von 30 507 qkm einer der kleinsten europäischen Staaten. Es ist nicht einmal so groß wie unser Land Nordrhein-Westfalen. Während aber Nordrhein-Westfalen annähernd 14 Millionen Einwohner zählt, hat Belgien nur 8,6 Millionen Einwohner. Das erscheint nicht viel, zumal die Wohndichte ebenfalls zuungunsten Belgiens ausschlägt: in Nordrhein-Westfalen wohnen 395 Menschen auf einem Quadratkilometer, in Belgien demgegenüber 282. Immerhin muß berücksichtigt werden, daß es nur wenige Gebiete in der Welt gibt, die derart dicht besiedelt sind wie Nordrhein-Westfalen, das — mit leichter Übertreibung gesagt — der vergrößerte „Kohlenpott“ ist. Westdeutschland zum Beispiel hat gegenüber Belgien nur eine Wohndichte von 184 Einwohnern je Quadratkilometer. So ist Belgien nach den Niederlanden (304 Einwohner je Quadratkilometer) und abgesehen von Monako, dem Vatikanstaat und Triest der am dichtesten besiedelte Staat Europas.

Die annähernd gradlinige Küste zur Nordsee hat eine Länge von nur 67 Kilometern, während die Landes-



„Arbeit - Freiheit“

Denkmal von Meunier am Rathaus in Antwerpen



Gruppe über dem Portal
des Brüsseler Rathauses

Café auf einem Boulevard
in Brüssel

Auf dem Vogelmarkt
in Brüssel



grenzen — nach ihrer Größe geordnet: Frankreich, Niederlande, Luxemburg, Deutschland — 1887 Kilometer betragen.

Von den rund 8,6 Millionen Einwohnern Belgiens sind 4,6 Millionen Flamen, 3,8 Millionen Wallonen und über 100 000 Deutsche. Die Deutschen wohnen überwiegend in den Kreisen Eupen, Malmedy und Monschau, die nach dem ersten Weltkrieg an Belgien abgetreten werden mußten. Belgien hat zwei offizielle Amtssprachen: in den flämischen Gebieten das dem Niederdeutschen verwandte Flämisch, in den wallonischen Gebieten das Französische. Trotz der sprachlichen und „blutmäßigen“ Unterschiede gibt es in Belgien kein Nationalitätenproblem. „Spannungen“ zu erwarten, wie sie beispielsweise bei uns zwischen Bayern und Preußen bestehen, ist geradezu absurd.

Solches hinterwäldlerische Gehabe ist nur und noch im „Volk der Denker und Dichter“ möglich. Fast ein Sechstel der Bevölkerung Belgiens wohnt in der Hauptstadt Brüssel: Groß-Brüssel hat über 1,3 Millionen, Zentral-Brüssel allein 950 000 Einwohner. Antwerpen zählt 266 000, Gent 167 000, Lüttich 157 000 Einwohner.

Das Verkehrsnetz ist mit das dichteste der Welt. Die Eisenbahnstrecken sind über 6000 Kilometer lang, das sind 19,7 Kilometer je 100 Quadratkilometer gegenüber 8 Kilometer je 100 Quadratkilometer in Westdeutschland. Daneben besteht ein umfangreiches

Kleinbahnnetz. Das Kanalnetz — Belgien hat 1610 Kilometer Kanäle und schiffbare Flüsse — wird nur von den Niederlanden übertroffen.

Die Straßenverhältnisse sind vorbildlich. Sie werden von Deutschland auch nicht annähernd erreicht. Bei den durchweg sehr breiten, übersichtlichen, gut gepflegten Straßen sind Geschwindigkeitsbegrenzungen verhältnismäßig selten. Der Verkehr ist fließend und — das gilt für alle Verkehrsteilnehmer, auch für Radfahrer und Fußgänger — sehr diszipliniert. Hier könnten wir Deutsche manches lernen, wie auf vielen Gebieten.

*

Kleine persönliche Erlebnisse, Begegnungen, Gespräche geben niemals den Querschnitt, das objektive Bild. Ich könnte sagen, daß man uns im Raum

Lüttich auf unsere Frage nach dem Weg nach Namur — wir hatten uns bei einer Umleitung verfranzt — nicht einmal einer Antwort würdigte. Ich könnte erzählen, wie freudig wir im Gebiet Brüssel begrüßt wurden; oder wie herzlich in und bei Ostende unsere Aufnahme war, wie man hier die deutschen Kur- und Feriengäste wieder herbeiwünscht; wie zuvorkommend die belgischen Zöllner waren; wie verbissen ein deutscher Zöllner nach verzollbaren Kleinigkeiten suchte; wie uns ein Wirt in Antwerpen zu einer Tasse türkischen Mokkas einlud und ein Glas Südwein dazu kredenzte, aber ein

Ewig-Gestrigen, denen weltweite Vergleichsmöglichkeiten fehlen, hat keinerlei sachliche Grundlage.

Wir können in die europäische Ehe viel einbringen, fraglos; wir können in dieser Ehe viel profitieren. Selbsterkenntnis, aber auch das ernste Wollen um das Verstehen des anderen — das ist das erste zwingende Erfordernis; es ist es hüben wie drüben.

*

Die Bautätigkeit in Belgien ist auffallend groß. Wohl werden von den Kommunen Siedlungen für die



Bürgerhäuser am Marktplatz - Antwerpen

Brüsseler Spitzen-Klöpplerin

Kirche Sacré Coeur in Lüttich (Liège)

Gegengeschenk von uns zurückwies. Kein Erlebnis ist allgemeingültig. Es gibt in jedem Land freundliche und unfreundliche Menschen, es gibt überall Gute und Böse. Zu allem haben wir Deutsche wenig Grund, empfindlich zu sein, uns als den Nabel der Welt zu betrachten.

Wir haben eine hohe Zivilisation, jawohl. Aber beispielsweise diejenige Belgiens ist nicht geringer. Wir haben alte Kulturstätten, jawohl. Aber bleiben wir bei Belgien: wer hat vor den Domen in Brüssel, Antwerpen gestanden? Die Bürgerhäuser in Brügge, Gent, Löwen gesehen? Die herrlichen Gemälde der flämischen und die überwältigenden Plastiken der wallonisch-französischen Meister bewundert?

Wir sind wahrlich nicht der Mittelpunkt der Erde. Und eine oft anmaßende Überheblichkeit unserer





Arbeiterschaft errichtet, vorherrschend aber ist die private Bautätigkeit. Auch das ist ein Beweis des hohen Lebensstandards.

Ich nannte am Anfang des Berichtes (Mai-Ausgabe) bereits die Lohnsteigerungen. Im Gesamtdurchschnitt haben sich die Löhne gegenüber 1937 um das 4,5fache erhöht — die Lebenshaltungskosten aber sind gegenüber dem Durchschnitt 1936/38 nur um das 3,5fache gestiegen. Es mag unseren „Wirtschaftsexperten“ kaum glaubhaft klingen: diese Entwicklung zu hohen Realeinkommen, zu einem hohen Lebensstandard der breitesten Schichten des belgischen Volkes vollzog sich weitgehend unbeeinflusst von staatlichen Eingriffen!

Besonders zu berücksichtigen ist hierbei, daß Belgien eine ähnliche Wirtschaftsstruktur hat wie Deutschland. In der Industrie sind 44 v. H. der Erwerbstätigen beschäftigt, gegenüber 43 v. H. bei uns; in der Land- und Forstwirtschaft 12 v. H. gegenüber 22 v. H.; im Handel, Verkehr usw. 26,4 v. H. gegenüber 22,2 v. H.; im öffentlichen Dienst 9,9 v. H. gegenüber 10,8 v. H. bei uns in Westdeutschland.

Innerhalb der Industriezweige ergibt sich nach der Anzahl der jeweils in ihnen Beschäftigten folgende Ordnung: Textil- und Bekleidungsindustrie 380 000 (je 190 000 Männer und Frauen); Metallindustrie 270 000 (29 000 Frauen); Steinkohlenbergbau 169 000 (3000 Frauen; aber 34 000 Italiener, 12 000 Polen, rund 5000 Marokkaner, Franzosen, Niederländer, Jugoslawen); Nahrungs- und Genußmittelindustrie 168 000 (32 000 Frauen); Eisen- und Stahlindustrie 104 000 (6000 Frauen); Kokereien, Gas- und Elektrizitätswerke 33 000 (1500 Frauen). Insgesamt sind über 40 v. H. der belgischen Bevölkerung erwerbstätig, und zwar 2 660 000 Männer und 821 000 Frauen; die Anzahl der Industriebeschäftigten beträgt 1 185 000 Männer und 316 000 Frauen.

Die uns besonders interessierende Metallindustrie ist sehr exportintensiv, wenn auch hochqualifizierte Endprodukte importiert werden. Die Exportquote beträgt insgesamt 36,1 v. H. der Produktion, und zwar in den einzelnen Gruppen: Textilmaschinen 71 v. H.; Werkzeugmaschinen 62 v. H.; Eisenbahnmaterial 60 v. H.;

Das Rathaus in Löwen (Louvain)

Der Marktplatz in Brüssel bei Nacht

Marktplatz in Namur

Drahtziehereien, Kaltwalzwerke 54 v. H.; Blech- und Metallbearbeitung 40 v. H.; Schmieden, Stanzen usw. 26 v. H.; Stahlformgießereien 23 v. H.

Von internationaler Bedeutung sind die belgischen Diamantschleifereien, die hauptsächlich in Antwerpen liegen. Es überrascht, daß Antwerpen in diesem Zweig achtmal soviel Beschäftigte hat wie „der Sitz der Diamantenbearbeitung“ Amsterdam.

*

Belgien ist — in viel größerem Umfange als jedes andere Land — ein Land der Kleinbauern und „Kötter“. In Westdeutschland zum Beispiel haben 18,4 v. H. aller Landwirtschaften eine Größe bis 5 Hektar, 47,2 v. H. zwischen 5 und 20 Hektar und 30,2 v. H. zwischen 20 und 100 Hektar Betriebsgröße; in den Niederlanden haben 14,3 v. H. bis 5 Hektar, 48,3 v. H. zwischen 5 und 20 Hektar und 35,5 v. H. 20 bis 100 Hektar Betriebsgröße. In Belgien werden 32,6 v. H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche von Betrieben unter 5 Hektar, 20,7 v. H. zwischen 5 und 10 Hektar, 19,9 v. H. zwischen 10 und 20 Hektar, 15,8 v. H. zwischen 20 und 50 Hektar und 7,1 v. H. zwischen 50 und 100 Hektar erfaßt.

Es gibt hier insgesamt 1 125 000 Bauernstellen mit einer Größe unter 5 Hektar; davon sind 825 000 Betriebe kleiner als 1 Hektar. Diese kleinen Betriebs-einheiten erfordern nicht nur eine sehr intensive Kultur, sie schaffen auch eine in diesem Umfange beispiellose personelle Verbindung von Land- und Industriearbeit. Diese Verbindung wirkt stabilisierend auf die Sozialordnung und gewährt dem Arbeiter in Krisenzeiten eine weitgehende Sicherheit; sie hat aber andererseits eine — und nicht zuletzt von der Industrie — oft störend empfundene Unbeweglichkeit

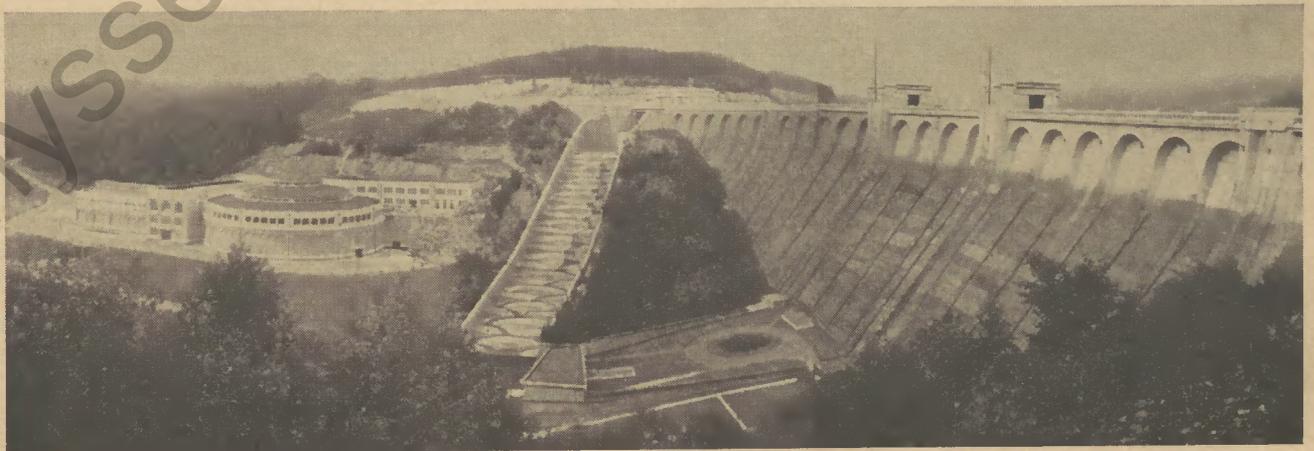
hinsichtlich eines Arbeitsplatzwechsels im Zeichen konjunktureller oder struktureller Veränderungen.

*

Es wurde bereits dargelegt, daß die belgische Wirtschaft sehr konjunkturrempfindlich ist. Es gibt — und gab immer — Arbeitslose. Heute zeigt sich in Belgien sogar die paradoxe Situation, bei einer relativ hohen Arbeitslosenziffer — zur Zeit rund 200 000 — einen ausgesprochenen Arbeitermangel aufzuweisen. Da es den Unternehmern zahlreicher Branchen nicht gelingt, im Inland die benötigten Arbeitskräfte aufzutreiben, ersuchen sie die Regierung, in erhöhtem Maße Arbeitsbewilligungen an Ausländer auszustellen. Das Wirtschaftsministerium hat sich auf Grund dieser zahlreich einlaufenden Begehren veranlaßt gesehen, die regionalen Büros des Arbeitslosenunterstützungsfonds mit einer Untersuchung des Arbeitsmarktes zu beauftragen.

Diese Untersuchung bestätigt, daß der Arbeitermangel in gewissen Branchen akut ist. In den Kohlenminen ist die Arbeiterknappheit eine bekannte chronische Erscheinung. Von den Untertagearbeitern sind bereits 60 v. H. Ausländer; dennoch ist der Arbeiterbestand unter Tage noch stets ungenügend. Die Regierung bemüht sich deshalb um die Anwerbung italienischer Mineure. Auch in der Steinindustrie ist es unmöglich, belgische Arbeiter in ausreichender Zahl zu finden, so daß zahlreiche italienische Steinhauer herangezogen werden müssen. Die Glas- und Spiegelindustrie leidet unter großem Mangel an qualifizierten Kräften. Dasselbe ist im Bauwesen festzustellen, wo das Auftragsvolumen in einem Mißverhältnis zum Leistungspotential steht, namentlich auch infolge der umfangreichen öffentlichen Arbeiten. Vom Beruf

Blick auf die große Trinkwasser-Talsperre bei Eupen





In einer Eisengießerei in Verviers

Belgische Bergarbeiter in ihrer Berufs-tracht



der Steinsetzer (Straßenbau) wird gemeldet, daß er dem Aussterben nahe sei. Ebenso ist in der Metall-, der Textil- und Lederindustrie ein erheblicher Mangel an Facharbeitern zu konstatieren.

Der Umstand, daß trotz starker Nachfrage nach Arbeitskräften in zahlreichen Industriezweigen die Zahl der Arbeitslosen nicht oder nur unerheblich unter 200 000 fallen will, erklärt sich auf verschiedene Weise. Einmal ist es auffallend, daß sich der Bedarf vor allem auf qualifizierte Kräfte konzentriert, wogegen unter den Beschäftigungslosen das Kontingent von Spezialisten und Gelehrten nur gering ist. Es besteht auf dem Arbeitsmarkt Belgiens somit ein ausgesprochenes qualitatives Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Ferner macht sich bei den Arbeitslosen eine starke Unbequemlichkeit geltend; es hält in Belgien schwer, Arbeitslose zu bewegen, an einen entfernten Arbeitsplatz überzusiedeln. Außerdem ist anzunehmen, daß es mit den in Belgien ausgewiesenen Arbeitslosenziffern offenbar seine spezielle Bewandnis haben muß. Tatsächlich ist dies so: zwischen statistischer und realer Arbeitslosigkeit klafft eine breite Lücke. In Belgien hat man sich auch nachgerade daran gewöhnt (und damit abgefunden!), daß von ökonomischer und sozialer Krise nicht die Rede sein kann, solange die Arbeitslosenziffer die Zahl von einer Viertelmillion nicht erheblich übersteigt. Bewegt sie sich darunter, so herrscht, gesamt-haft gesehen, ein Zustand der Vollbeschäftigung. In Zeiten guter Konjunktur bereitet es verhältnismäßig geringe Sorgen, die Kosten dieser verschwenderisch aufgezogenen Arbeitslosengesetzgebung aufzubringen. Ob sich Belgien diesen Luxus bei einer depressiven Entwicklung leisten kann, wird sich noch zu zeigen haben.

*

Die Arbeitnehmerschaft Belgiens ist innerhalb der Industrie sehr stark organisiert. Man unterscheidet in Belgien zwei große Gewerkschaftsorganisationen, die F.G.T.B. (Allgemeiner Belgischer Gewerkschaftsbund — sozialistisch) und die C.S.C. (Christlicher Gewerkschaftsbund). Die F.G.T.B. umfaßt etwa 630 000 Mitglieder und die C.S.C. 568 000. Rechnet man noch die einigen tausend Mitglieder der kleinen liberalen Organisationen hinzu, so ergibt sich die Summe von mehr als 1 200 000 belgischen Gewerkschaftsmitgliedern. Dies sind nahezu zwei Drittel der gesamten belgischen Lohn- und Gehaltsempfänger. Diese Zahl ist sehr eindrucksvoll und zeigt, daß es der Gewerkschaftsbewegung in Belgien gelungen ist, sich das Vertrauen der Arbeiter zu erwerben.

Die gewerkschaftliche Stärke hat es bereits seit 1948 erreicht, daß die Löhne an den Preisindex gekoppelt sind, so daß das Realeinkommen der Arbeitnehmer kaum Schwankungen unterworfen ist.

Interessant ist auch, daß die Pflicht zur Unterrichtung des Betriebsrates für alle Unternehmungen besteht, gleich, ob es sich um Personal- oder Kapitalgesellschaften handelt. Diese Pflicht erstreckt sich auf folgende Gebiete:

Mindestens alle drei Monate ein umfassender Bericht über den Stand der Produktivität des Unternehmens, einschließlich der Organisation der Arbeit im Betrieb und ihrer Durchführung, außerdem der Leistungen der einzelnen Arbeitnehmer und Vorschläge zur Leistungsteigerung; über den Stand der Produktion des Unternehmens und über die Gemeinkosten; über die Geschäftslage des Unternehmens und über die allgemeine Marktsituation.

Der Betriebsrat muß ferner periodisch, mindestens aber am Ende des Geschäftsjahres über die Rentabilität des Betriebes an Hand der Bilanz aufgeklärt werden. Außerdem müssen ihm Veränderungen der Produktionskosten mitgeteilt werden. Und am Ende des Geschäftsjahres muß ihm eine Aufstellung über die von dem Unternehmen erzielten Resultate des vergangenen und — zum Vergleich — der beiden vorangegangenen Geschäftsjahre unterbreitet werden. Darüber hinaus werden gesetzlich vorgesehene „Branchenräte“ errichtet. In der Metallindustrie besteht bereits seit einiger Zeit ein solcher Branchenrat; in der Textil- und Konfektionsindustrie wurde er in diesen Tagen konstituiert. Der des Baugewerbes soll in Bälde gebildet werden. Die der anderen Industrien werden folgen. Jeder Branchenrat ist paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern der Arbeitnehmerverbände und der Arbeitgeberorganisationen. — Man spricht drüben nicht vom „Machthunger betriebsfremder Funktionäre“, weder auf der einen noch auf der anderen Seite.

Die Aufgabe der Branchenräte besteht in der ständigen Beobachtung der Wirtschaftslage. Sie sollen sich als beratendes Organ mit der Rohstoffversorgung, mit den Arbeitsmethoden und der Produktivität, mit den Problemen des in- und ausländischen Absatzes, Berufsschulung und allen sonstigen Sonderfragen des Wirtschaftszweiges befassen.

Der christlich-soziale Wirtschaftsminister wies auf der konstituierenden Sitzung Anfang Mai darauf hin, daß diese Zusammensetzung der Branchenräte eine neue Struktur der Wirtschaft bedeute. „Mit dieser Reform

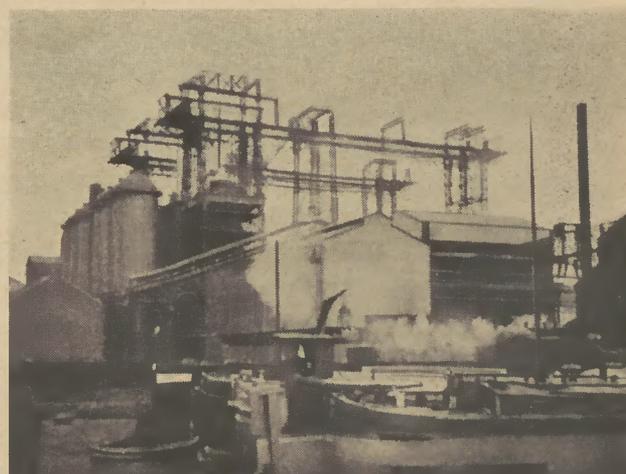


Der Sport der belgischen Bergarbeiter ist das Bogenschießen. Sonntags sieht man sie mit Bogen und Köcher zu den Schießplätzen wandern



Im Gewerkschaftshaus der Metallarbeiter in Eupen

Ein Hüttenwerk bei Charleroi. Im Vordergrund ein Kanal mit einem Schleppkahn



der Struktur der leitenden Organe der einzelnen Wirtschaftszweige werden endgültig und offen die Arbeitnehmer in die Leitung des Wirtschaftslebens übernommen, auf daß sich die Prinzipien der Freiheit der Wirtschaft immer mehr mit den Ideen der sozialen Solidarität und des Gemeinwohls verbinden."

Der Vorsitzende des Christlichen Textilarbeiterverbandes betonte, daß die Errichtung dieses Rates ein Glied in der Kette der strukturellen Umgestaltung bedeute, von der die Arbeiterschaft die volle gleichberechtigte Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhoffe.

Vom Redner der Freien Gewerkschaften wurde der Wille der Arbeitnehmerschaft unterstrichen, der Wirtschaft neuen Auftrieb zu geben, und die Unternehmerschaft aufgefordert, der Arbeiterschaft das Vertrauen entgegenzubringen, das man einem gleichberechtigten Partner schulde.

*

Wir hatten in diesen Tagen auch Gelegenheit, an dem Kongreß der Arbeitersport-Internationale teilzunehmen, der in Gent stattfand. Neben den deutschen Teilnehmern waren Delegationen folgender Staaten vertreten: Finnland (der Sozialminister Finnlands leitete die Tagung), Niederlande, Belgien, Frankreich, Schweiz, Italien, Israel. Die Verhandlungssprache war überwiegend deutsch, daneben französisch. Die Aufnahme war sehr herzlich, betont kameradschaftlich. Wir sind auch hier wieder gleichberechtigte Kameraden und Freunde.

*

Fragen der Montanunion sind für die Belgier wenig interessant. Sie sind es oft nicht einmal in Fachkreisen. Wohl haben, wie wir erfahren, die Exportaufträge nach Ländern, die der Montanunion nicht angeschlossen sind, seit Anfang des Jahres einen leichten Rückgang zu verzeichnen. Der Auftragszugang aus den USA und Kanada wird dagegen nach wie vor als gut bezeichnet. Hinsichtlich der Exportaufträge aus Ländern, die der Montanunion angehören, soll die Eröffnung des gemeinsamen Marktes am 1. Mai bisher mehr eine symbolische als eine reale Bedeutung gehabt haben, denn weder die Käufer noch die Verkäufer wollten sich angesichts der von der Hohen Behörde getroffenen Regelungen festlegen. Kürzlich hätten, wie wir vernehmen, zwischen belgisch-luxemburgischen Stahlproduzenten Besprechungen stattgefunden, die darauf abzielen, eine oder mehrere Paritäten für die Notierungen festzusetzen. Es sind exportfördernde Maßnahmen be-

sprochen, wenn es nicht baldigst zu einer einheitlichen Regelung der Subsidienfrage kommt, die ja vor allem zwischen Deutschland und Frankreich ansteht.

Da uns auch das Kohleproblem interessiert: auch der belgische Bergbau reagiert, wie die gesamte belgische Industrie, sehr empfindlich auf Konjunktur- und Absatzschwankungen. Im Mai sind nun die belgischen Kohlenhalden, die sich den Winter über auf durchschnittlich 1,7 Millionen Tonnen hielten, auf über 2,5 Millionen Tonnen gestiegen, was einer Förderung von rund 25 Tagen entspricht. Eine Reihe von Zechen — hauptsächlich im Kohlenrevier von Charleroi — sah sich bereits gezwungen, samstags und montags Feierschichten einzulegen; weitere Zechen erwägen ähnliche Maßnahmen.

Belgien ist ein schönes und arbeitsames Land. Aber auch Belgien hat seine Sorgen, trotz seiner Lebenskunst und seines hohen Lebensstandards.

„Manneken Piss“ in Brüssel



**Modisch
preiswert
gut**



kauft man bei

Küster

DORTMUND · SCHWERTE · HÖRDE · HOMBRUCH

Kaufabkommen mit der Westfalehütte; alles Nähere erfahren Sie bei Ihrer Sozial-Abteilung.

DAS HAUS IHRES VERTRAUENS



Heiland

DORTMUND
HANSASTRASSE 36

*Eadet zur freien Besichtigung seiner
gewaltigen Auswahl ein.*

**HERDE · ÖFEN · WASCHMASCHINEN
NAHMASCHINEN · KINDERWAGEN**

*Vorführung jederzeit
Angenehme Zahlungsweise
Lieferung frei Haus!*

IHR LIEFERANT

DAS LEBENSMITTEL- UND FEINKOSTHAUS

Walter Kummer

Borsigstraße, Ecke Kamener Straße

SPEZIALITÄT:

Feine Wurstwaren in bekannter erstklassiger Qualität

Wein und Spirituosen in reicher Auswahl

Täglich frisches Obst und Gemüse

3% RABATT



**Nach erfolgreichem Umbau
noch leistungsfähiger**

Ich empfehle den Werkangehörigen
Lutz Motorfahräder u. Einbaumotoren
Waschmaschinen, Wäschepressen
(bis zu 18 Monatsraten)

Ledermäntel, Lederjacken, Handschuhe, Pullover,
Lumberjacks, Knickerbocker, Sportstrümpfe, Rad-
fahrshuhe und selbstverständlich

Touren-, Sport- und Rennräder sowie Roller

RADSPORTHAUS

A. Essing

DORTMUND, Bornstraße 131

ODEON

FILM-THEATER

■■■■■ AUF DER BRÜCKSTRASSE ■■■■■
RUF 31150

Das Haus mit der
ältesten Dortmunder Theatertradition zeigt

Spitzenfilme

der Weltproduktion
in Ur- oder Erstaufführungen

**Kollege,
willst du so
zu Tode kommen?**

Das Durchkriechen unter Wagen, mehr aber noch, wie im dargestellten Fall, das Arbeiten unter Eisenbahnfahrzeugen ist lebensgefährlich. Die Fahrzeuge können durch leichtes Beikommen eines anderen Wagens oder auch aus anderen Gründen sich, von dir unbemerkt, in Bewegung setzen und deine Gesundheit ernstlich gefährden.

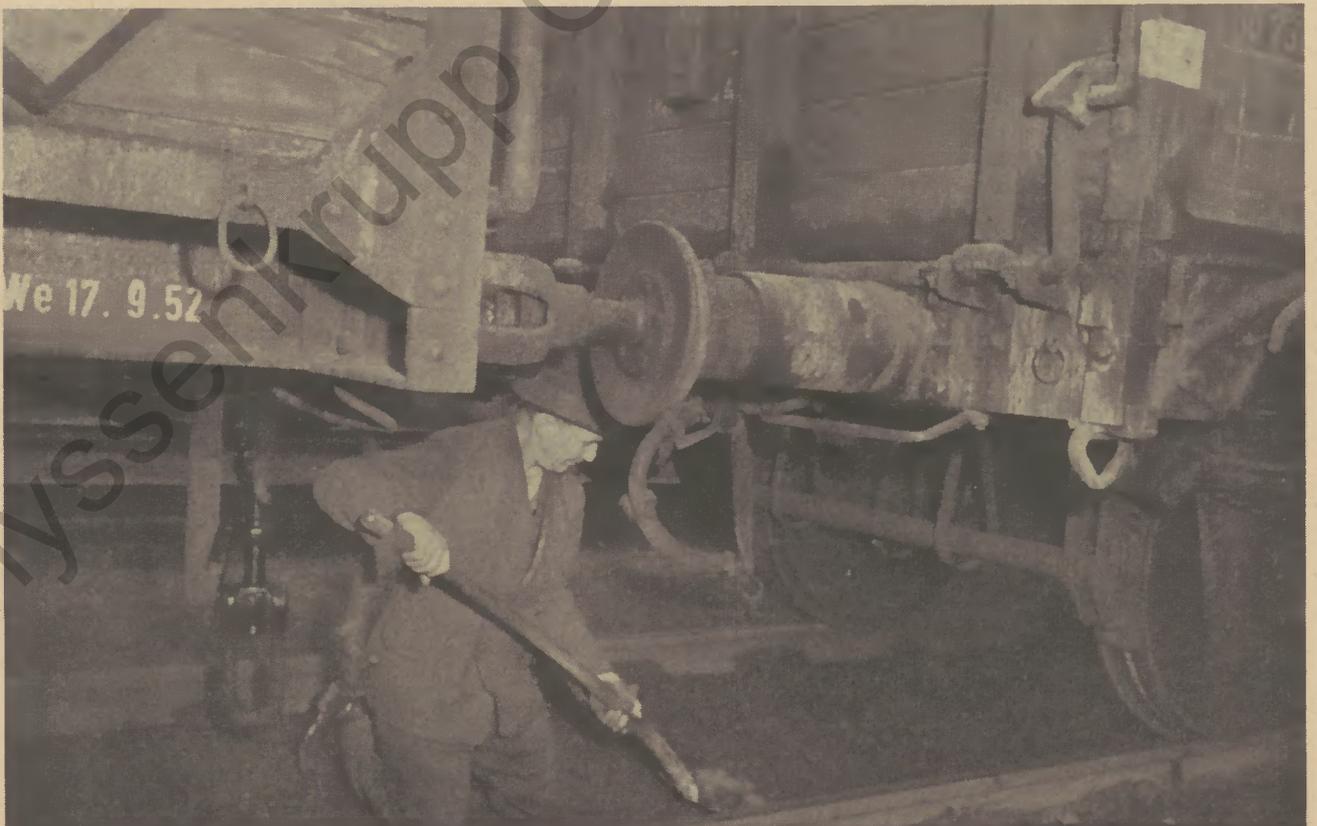
Deshalb ist nach den Unfallverhütungsvorschriften verboten:

Das Durchkriechen unter Wagen und das Durchgehen zwischen nahe hintereinander stehenden Fahrzeugen, auf die andere im selben Gleis stehende Wagen auflaufen können.

Das Überschreiten der Gleise kurz vor oder zwischen bewegten Fahrzeugen.

Der unnötige Aufenthalt und das Gehen innerhalb der Gleise.

Mußt du unter oder unmittelbar neben Fahrzeugen oder überhaupt am Gleis arbeiten, so wende dich an den zuständigen Bahnhofs-aufseher, der für die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen für dich sorgen und dich über das aufklären wird, was du für deine Sicherheit beachten mußt.



Zwei Preisausschreiben!

Wir wollen diesmal einen größeren Kreis ansprechen: Wir suchen 1. das beste Foto und 2. die beste Anekdote, wobei jedes Belegschaftsmitglied sich gleichzeitig an beiden Preisausschreiben beteiligen kann.

1. Preisausschreiben

Wir suchen das beste Foto

Wie im Vorjahre, suchen wir zur Veröffentlichung in unserer Zeitschrift das beste Foto:

- a) aus den Ferien (Landschaft, Personen oder Tiere in der Landschaft),
- b) aus dem täglichen Leben (Betrieb, Büro, Familie, im Garten usw.).

An Preisen setzen wir aus, und zwar in jeder Gruppe zu a und b:

- je einen 1. Preis zu 50,— DM
- je einen 2. Preis zu 35,— DM
- je einen 3. Preis zu 30,— DM
- je einen 4. Preis zu 25,— DM
- je fünf Preise zu 20,— DM

Teilnahmeberechtigt ist jedes Belegschaftsmitglied; hierzu gelten selbstverständlich unsere Invaliden, Rentner usw.

Einsendungen müssen spätestens am 31. August 1953 um 12 Uhr bei der Pressestelle Dortmund, Stahlwerkstraße 119, eingegangen sein. Sie müssen den Vor- und Zunamen des Einsenders, Betriebsabteilung, evtl. Markennummer, enthalten und den Vermerk tragen: „Wettbewerb“.

Das Preisrichterkollegium besteht aus: Arbeitsdirektor Berndsen, Fotomeister Hering, Redakteur Hoischen, Rechtsanwalt Hümme, Betriebsratsvorsitzender Schwentke. Die Entscheidung der Preisrichter ist unanfechtbar.

Die Preisträger werden in der September-Ausgabe unserer Zeitschrift veröffentlicht.

2. Preisausschreiben

Wir suchen die beste Anekdote

— man kann hier auch sagen: Erzählung, Vertellken, story.

Wir suchen sie aus folgendem Grunde:

Der Bergbau hat eine viele Jahrhunderte alte Tradition. Er hat deshalb auch uralte Geschichten aus der Arbeit des Bergmannes, aus seiner betrieblichen Umwelt, aus der Knappen-Kameradschaft; er hat tausend Witze, er hat seinen urwüchsigen Bergmannshumor.

Unsere Hüttenwerke sind noch jung; unser Betrieb ist 80 Jahre alt. Und doch gibt es auch bei uns nette Erzählungen: wie es damals war, als der Wilhelm aus dem Osten in das Ruhrgebiet tippelte, um hier Arbeit zu finden; als der Heinrich im Blechwalzwerk anfieng; als man den Karl auf die Schütte nahm; als Meisterken Müller..., als Vorarbeiter Meier..., als der Laufjunge Hermann, als..., aber, Kollegen, das wißt ihr ja alles viel besser: ihr wart ja damals dabei, oder euer Vater hat es euch erzählt. Wir alle wollen also durch eure Erzählungen etwas zu stillem Schmunzeln haben, und wir wollen von der damaligen Zeit wissen. Wir wollen die besten Geschichten veröffentlichen und die anderen sammeln, damit endlich der Anfang mit einer Hüttenarbeiter-Tradition gemacht wird.

Hierbei kommt es nicht auf die Form an. Der Schreiber kann schreiben, womit er will (Bleistift, Tinte, Schreibmaschine); er kann schreiben, worauf er will (Papier aller Art, Zeitungsrand, Karton); er kann in miserabelstem Deutsch schreiben (Fehler interessieren uns nicht). Die Hauptsache ist: er schreibt! Bei der Bewertung kommt es einzig und allein auf die Idee, auf den Inhalt, auf die Pointe an.

Wir setzen als Preise aus:

- 1. Preis 100,— DM
- 2. Preis 75,— DM
- 3. Preis 50,— DM
- 4. Preis 40,— DM
- 5. Preis 30,— DM
- 6. Preis 25,— DM
- 7. Preis 20,— DM
- 8. bis 12. Preis je 10,— DM

Für die Teilnahmeberechtigung und die Form und Frist der Einsendung gilt das zu 1. Festgelegte.

Das Preisrichterkollegium besteht aus: Arbeitsdirektor Berndsen, Redakteur Hoischen, Rechtsanwalt Hümme, Betriebsratsvorsitzender Schwentke. Die Entscheidung der Preisrichter ist unanfechtbar. Die Preisträger werden in der Septemerausgabe unserer Zeitschrift veröffentlicht.

Fotoapparate frei! und — den Bleistift gespitzt!

Achtung!

Am Dienstag, 14. Juli 1953,
15.30 Uhr, in der Sport- und
Erholungsanlage der
Westfalenhütte AG Dortmund

Westfalenhütte Kinderfest

verbunden mit dem



RUNDSCHAU RollerRennen

für Mädchen und Jungen

KLASSE A	KLASSE B	KLASSE C
6 u. 7 Jahre	8 u. 9 Jahre	10 u. 11 Jahre

Alle Kinder fahren mit gleichen Rollern,
die von der Firma

Willy Witthoff Fahrradgroßlager
Dortmund, Hansastrasse, gestiftet sind
und den Siegern der Klassen A und B
als Preis übergeben werden.

Außerdem weitere schöne Preise

es unterhält

Onkel Albert mit seinen lustigen Clowns

es tanzt

das Kinderballett Vera Vacano

es spielt

das Werkorchester d. Westfalenhütte AG
unter Leitung von Georg Saunus

Eintrittspreise: Kinder 10 Pf, Erwachsene 20 Pf

Es gab immer viel Freude
bei den Kinderfesten . . .

und so soll es auch in diesem Jahre sein!



Das interessiert die Frau

Güte — nicht Gutmütigkeit

Wer kennt sie nicht, die lebenswürdigen Gutmütigen, die nicht nein sagen können! Da steht jemand vor ihnen und bittet sie um etwas, um einen Dienst oder eine materielle Hilfe. In einer Aufwallung versprechen sie das Blaue vom Himmel herunter. Es ist eine bequeme Art, den Bittsteller loszuwerden. Doch wenn er aus ihrem Gesichtskreis entschwinden ist, bleibt nur das peinliche Gefühl, sich mit dem Versprechen übernommen zu haben. Es drückt und beschämt sie, und das verzeihen sie dem anderen nicht. Sie „haben“ dann etwas gegen ihn. Wenn ihre Gutmütigkeit sie aber bis zu einem wirklichen Tun treibt, dann fühlen sie sich als Gläubiger, der sich empört abwendet, wenn er die erwartete Summe an Dankbarkeit nicht kassieren kann.

Anders sind die Gütigen. Sie sind nicht so leicht bewegt und nicht so schnell bereit, doch ihre Bereitschaft ist ein Fels, auf den man bauen kann. Sie geben und helfen aus innerster Überzeugung und mit Bedacht. Sie fragen nicht nach Dank oder Undank, sie fragen nur, was dem andern nützt und wie sie diese Not lindern können.

Die gutmütige Mutter kann ihr Kind nicht weinen sehen und schlägt ihm auch den unvernünftigsten Wunsch nicht ab. Unbewußt verstimmt darüber, sperrt sie sich aber das nächste Mal gegen einen berechtigten und begründeten Wunsch, der ihr unbequem ist.

Die gütige Mutter hat dagegen Härte genug, um auch den schwersten Attacken, die das Kind auf ihre Nerven unternimmt, standzuhalten. Doch seine berechtigten Forderungen und Anliegen wird sie erfüllen, auch wenn es sie schwere Opfer und Überwindung kostet.

Der Gütige gleicht einer milden, wärmenden Sonne, die unerschütterlich ihre Bahn um den Seelenkosmos seiner Mitmenschen zieht, einer Sonne, die wir zuweilen nicht sehen, weil sie sich unseren Blicken entzieht, um immer wieder neu und strahlend aufzugehen. Der Gutmütige hingegen ähnelt einer Jupiterlampe, die plötzlich grell aufflammt, die Spannung nicht aushält und mit Kurzschluß erlischt.

Theamaria Lenz

Soziale Sicherung der Hausfrau

In der Angestellten- und in der Invalidenversicherung sind alle deutschen Staatsangehörigen zur freiwilligen Selbstversicherung berechtigt, wenn sie das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Beiträge richten sich nach der Einkommenshöhe, und da die Hausfrauen in den meisten Fällen nicht über eigene Einkünfte verfügen, haben sie regelmäßig Beiträge nach der zweiten Klasse zu zahlen, d. h. zu „kleben“. In der Invalidenversicherung beträgt der Wochenbeitrag 1,— DM und in der Angestelltenversicherung der Monatsatz 4,50 DM. Hat die Hausfrau eigenes Einkommen, so sind Beiträge nach den Tabellen, die bei den Versicherungsämtern und allen Quittungskartenausgabestellen eingesehen werden können, zu entrichten. Höhere als die vorgeschriebenen Beiträge können in allen Fällen gezahlt werden.

Fünf Jahre lang wird die Versicherte zunächst je eine Wochen- oder Monatsmarke entrichten, denn erst nach Ablauf dieser „Wartezeit“ besteht Anspruch auf Rentenleistungen oder kann ein Heilverfahren bewilligt werden. Für die Altersinvalidenrente oder das Altersruhegeld aus der Angestelltenversicherung müssen 780 Wochenbeiträge oder 180 Monatsbeiträge (das sind 15 Jahre) nachgewiesen werden. Ist die Wartezeit erfüllt, so müssen zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft jährlich mindestens 26 Wochenbeiträge oder 6 Monatsbeiträge entrichtet werden. Die Höhe der Renten richtet sich nach der Zahl und der Höhe der Beiträge. Mit den Zuschlägen nach dem Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz und dem Rentenzulagegesetz dürfte sich nach Zahlung von 60 Monatsbeiträgen in der Klasse II der Angestelltenversicherung bereits ohne die Steuerbeiträge eine Rente von rund 70,— DM ergeben.

Frauen, die vor ihrer Ehe berufstätig waren, können, auch wenn sie das 40. Lebensjahr überschritten haben, sich freiwillig weiterversichern, wenn sie bereits 6 Angestellten- oder 26 Invalidenbeiträge gezahlt haben.

Beiträge, die die Hausfrau für die Rentenversicherung leistet, können bei der Lohn- oder Einkommensteuer des Ehemannes abgesetzt werden.

Wir haben die Mehrheit

48 708 400 Personen wurden im Bundesgebiet gezählt, unter ihnen 25 837 200 Frauen, so daß also 2 966 000 Frauen mehr sind als Männer. Wir haben also eine glatte Mehrheit. Zur Zeit kommen 1130 Frauen auf 1000 Männer, aber ganz im Vertrauen: ein Überschuß von 13 Prozent braucht nicht immer schön zu sein!

Kaufen wir, weil . . . ?

Nach einer Umfrage des Blattes „McCall's“ sind es folgende acht Gründe, die die Frauen reizen, etwas zu kaufen:

1. Ihr Mann sagt, sie solle nicht kaufen.
2. Es bringt ihre Linie zur Geltung.
3. Es kommt aus Paris.
4. Nachbarn können sich das nicht leisten.
5. Niemand hat so etwas.
6. Jeder trägt es.
7. Es ist originell.
8. Sie will es eben haben.

Wonnemonat Mai

In keinem Monat wird soviel geheiratet wie im Mai. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie in Allensbach. Nach dem Querschnitt einer Befragungsaktion gingen allein 14 Prozent der im gesamten Bundesgebiet getrauten Paare im Mai zum Standesamt. Die Monate zwischen Juni und Dezember weisen durchschnittlich jeweils acht bis neun Prozent an Eheschließungen auf. Am unbeliebtesten scheinen die Monate Januar und Februar zu sein, die mit fünf Prozent der Eheschließungen eines Jahres die geringste Ziffer aufweisen. — Welche in welchem Monat geschlossenen Ehen die besten sind? Das ist noch nicht ermittelt.

Was ich schuldig war

(Dieses Gedicht schrieb Haushofer, nachdem er 1944 wegen „Hochverrats“ zum Tode verurteilt war, kurz vor seiner Ermordung)

Ich trage leicht an dem, was das
Gericht
mir Schuld benennen wird: an Plan
und Sorgen.
Verbrecher wär' ich, hätt' ich für das
Morgen
des Volkes nicht geplant aus eigener
Pflicht.

Doch schuldig bin ich anders als ihr
denkt,
ich mußte früher meine Pflicht
erkennen,
ich mußte schärfer Unheil Unheil
nennen —
mein Urteil hab' ich viel zu lang
gelenkt . . .

Ich klage mich in meinem Herzen an:
ich habe mein Gewissen lang betrogen,
ich hab' mich selbst und andere
belogen —

ich kannte früh des Jammers ganze
Bahn —
ich hab gewarnt — nicht hart genug
und klar! —
und heute weiß ich, was ich schuldig
war . . .

Albrecht Haushofer



Unser Briefkasten

Unsere Hütte

Walzen dröhnen: angepackt!
Hämmer klingen hell im Takt,
Räder rollen ihre Bahn,
Männer gehn die Arbeit an.
Bis nach einem Tag voll Licht
Die Sirene ruft zur Schicht.

Unsre Arbeit ist das Leben.
Fühl es in der Muskel Beben,
Daß du mit ihr glücklich bist,
Daß sie dir Erfüllung ist.
Wisse: daß ein Arbeitsmann
Alle Nöte wenden kann.

Franz Kurowski, Hombruch

H. S., Steinfabrik:

Bei bestimmten Erkrankungen, Verletzungen usw. können, wie ich höre, Lohnsteuerermäßigungen beantragt werden. Trifft das auch auf Silikose zu?

Ihr Schreiben kam um wenige Tage zu spät ein, sonst hätten Sie noch für 1952 einen Antrag auf Lohnsteuerausgleich stellen können. Für das letzte Jahr ist leider die Frist mit dem 1. Juni abgelaufen. Auch die Silikose also berechtigt zum Stellen eines Antrages auf Lohnsteuerermäßigung. Für das Jahr 1953, also für das laufende Jahr, können Sie einen solchen Antrag beim zuständigen Finanzamt einreichen. Dem Antrage muß, wie bei Erwerbsminderungen durch andere Körperschäden, ein amtsärztliches Gutachten beigelegt werden. Die Höhe des steuerfreien Betrages richtet sich nach dem Grad der Erwerbsminderung und wird vom Finanzamt auf der Lohnsteuerkarte eingetragen.

J. Sch., Walzendreherei

Urlaubsreise! Was vor einigen Jahren noch ganz unmöglich war, ja, ins Reich der Fabel gehörte, dieses schöne Märchen ist wahr geworden. Urlaubsreisen und Urlaubsfreuden gab es doch früher nur für Menschen, die über einen dicken Geldbeutel verfügten. Nun aber ist es jedem erholungsbedürftigen Belegschaftsmitglied möglich, ganz kostenlos einen 14tägigen Urlaub zu erleben. Sei es nun im schönen Sauerland, im neuerschlossenen Weserbergland oder im stillen, verträumten Münsterland. Schön ist es ja überall. — Ich bin schon 47 Jahre auf der Hütte und war in diesem Jahr das erste Mal dabei; das Glück hatte meinen Bruder und mich nach Ladbergen verschlagen. Je nach Wunsch konnte man diese zwei Wochen bei einem Bauern oder in der Pension der gemütlichen Gastwirtschaft Schulte-Freckling erleben. Wer den Gasthof wählte, war abends nach dem vielen

Wandern dem kühlen Dortmunder Bier näher, wer beim Bauern wohnte, konnte kostenlos Unmengen von Milch vertilgen. Das Essen war sehr gut und reichlich, unsere Wirte liebe prächtige Menschen, die mit all ihren Gästen gut ausgekommen sind. Unseren „Ablösern“ sah man es an, daß sie den Wunsch hatten, nach ihrem Urlaub ebenso braun gebrannt und gut erholt auszusehen wie wir, die wir wieder nach Muttern zurückführen. Jetzt waren die Neuankömmlinge noch blasse, müde Großstadtmenschen. Ich glaube, im Namen aller zu handeln, wenn ich unseren herzlichsten Dank für diese wunderschöne kostenlose Erholung ausspreche.



Löns-Gedächtnisstein bei Ladbergen

H. S., Thomaswerk:

Sie haben schon wiederholt die katholische Wochenzeitschrift „Michael“ zitiert. Das ist besonders begrüßenswert. Nun lese ich in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift unter „Was sollen wir wählen? Politisierung des Christentums statt Verchristlichung der Politik“:

„Es ist Aufgabe des Christen, den Geist des Christentums in die Politik hineinzutragen und nicht umgekehrt das Christentum zum Mittel der Politik herabzuwürdigen.“

Dies aber geschieht, wenn ein bestimmter innen- und außenpolitischer Weg zu ‚dem‘ christlichen Weg erklärt wird, um ihm, der menschlichen Irrtümern unterworfen ist, den Glanz der Wahrheit des Glaubens zu verschaffen, den er selbst nie erlangen könnte. So heißt es etwa in einem offiziellen CSU-Organ: „Die Frage der westlichen Verteidigung ist über alle taktischen Alltagsrügungen hinaus zu einer echten Grundsatzfrage christlich-abendländischer Gesinnung geworden.“

Oder es werden in wachsendem Maße katholische nichtpolitische Organisationen für die Politik einer bestimmten Partei eingespannt. Oder es wird sogar von hoher kirchlicher Seite selbst in offizieller Form für eine bestimmte Zeitung geworben, die praktisch ausschließlich den CDU-Kurs vertritt und keineswegs überparteilich-katholisch ist.

Die Beispiele, zu denen täglich neue kommen, ließen sich beliebig vermehren und dokumentarisch belegen.

Es sind nicht gelegentliche Entgleisungen oder kleine Schönheitsfehler, sondern darin wird die Tendenz einer Parteipolitik sichtbar, die die Kirche mit ihrem tiefen mütterlichen Einfluß auf die Gläubigen für sich, ihre bestimmte Taktik und Strategie nutzbar zu machen bestrebt ist. Bei der Gründung der CDU und CSU war dies noch nicht der Fall, aber schrittweise und mit wachsender Intensität hat sich dieser Prozeß vollzogen, dessen bittere Folgen für die Kirche schon heute voraussehbar sind, der Prozeß der Politisierung des Christentums statt der Verchristlichung der Politik — um es schlagwortartig auszudrücken.“

— Sie stellen sich hinter diese Ausführungen. Auch wir stimmen Ihnen insoweit zu: wir müssen heraus aus der Vernebelung durch Schlagworte und unwahre Zielsetzungen. Das gilt nicht allein für das katholische Lager...

O. E., Walzwerk:

Wie wird hinsichtlich der Rentenberechnung diejenige Zeit berechnet, in der man Soldat war?

Nach der gegenwärtigen Rechtslage werden für die Teilnehmer des zweiten Weltkrieges in der Renten- und Knappschaftsversicherung Steigerungsbeträge nach der Klasse gewährt, zu der der letzte Beitrag vor der Einberufung zur Wehrmacht entrichtet worden ist, jedoch mindestens Steigerungsbeträge nach der zweiten Klasse.

Für die Teilnehmer des ersten Weltkrieges ist keine einheitliche Regelung erfolgt. Für die Angestelltenversicherung findet die Anrechnung der vollen Kalendermonate in der Gehaltsklasse statt, in der der letzte Pflichtbeitrag vor dem 1. August 1914 entrichtet worden ist.

Für die Rentenversicherung der Arbeiter werden einheitlich die Steigerungsbeträge nach den Sätzen der Klasse II gewährt.

Mensch und Maschine

Das Eisen glüht,
die Hitze speit
die Funken ringsumher
wie Samen, der Befruchtung ahnt.
Rotgolden blüht
für kurze Zeit
ein Feuerfunkenmeer,
das sterbend sich zu Boden bahnt.

Die Technik zwingt!
Sie dröhnt und stöhnt
und füllt den Hallenraum
mit ihrem monotonen Schrei.
Wie Flüstern schwingt,
mit ihr versöhnt,
die Menschenstimme kaum
vernehmlich an dem Lärm vorbei.

Maschinenkraft,
im grellen Licht,
gewaltig in der Form,
ein Ungeheuer, das erstarrt,
Bewegung schafft
und Starrheit bricht
der Mensch, der frei von Norm
die Führung immer sich bewahrt.

Lore Müller, Barop

UNSERE HEIMAT

Vom Essen und Trinken in Westfalen

„Wenn es rüngt, wird man natt, bis du schwächtrig, ätt di satt“, sagt der Westfale, und er läßt es sich nicht zweimal sagen, wenn es heißt: „Hallo, an'n Disk, dat de Katte nich mit de Mettwurst laupen geiht.“ Von Gewürzen hält der Westfale nicht viel, sagt doch das Sprichwort: „Senf und Suur verdriefft de Natur.“ Und von allen Gemüsen ist ihm das Fleisch das liebste.

Das Leibgericht der Westfalen sind dicke Bohnen mit Speck, wobei es wichtig ist, daß Bohnen und Speck im richtigen Verhältnis zueinander stehen. „Eine Bohne auf zwei Stück Speck“, sagt man im Münsterlande. Aber auch im Sauerlande ergötzt man seinen Magen durch dieses Essen. Erzählt man sich doch, daß zwei Sauerländer, die eine Reise durch Schwaben machten, vor Heimweh fast gestorben sind, als sie eines Tages daran dachten, daß zu Hause jetzt dicke Bohnen mit Speck auf dem Tische ständen. Der eine war gerade dabei, einen Brief zu schreiben, als sein Weggefährte ihn daran erinnerte.

„N“, machte der nur und schrieb weiter an seinem Brief.



Hauszeichen an dem zerstörten Nordsternhaus in Dortmund

das gemeint ist, wenn er sagt: „Pannekauen un friske Schiewen, dat git en scheunen Durst.“ Der Durst ist natürlich ebenso wichtig beim Essen; denn: „Well häff gued ätten, de draff dat trinken nicht vergäßen.“

Nun wäre es ja schade um den schönen Durst, wollte man ihn mit Pumpernheimer Gänsewein, der auch in Westfalen wächst, oder gar mit süßem Biere löschen; denn: „Malsbier un Suckerbier un soiten Sluck is wat für aule Wiewer.“

Ein echter Westfale trinkt Münsterländer Korn oder Dortmunder Helles. Und nicht aus zu kleinen Gläsern, denn sein Durst ist groß. Nicht ohne Grund singt man: „Alles wat van Duörpm kommt, dat süpt, dat süpt, dat süpt.“ Und von den Coesfeldern heißt es gar: „Coesfelder Piep hefft

Uörgeln op Siet un süpt allied.“ Aber wenn Haltern auch anzüglich genug den Namen „Schnaps-Halter“ trägt und Dülmen von seinen Nachbarn „Sup-Dülmen“ genannt wird, man weiß auch in Westfalen, was besser ist als Bier und Wein. Und wenn es nur im Sprichwort ist, das da sagt: „Soite Milk is wittet Blaut, wär sie dringt, de döt klauk.“

Das klingt freilich stark nach Abstinenz, aber ganz so schlimm ist es nicht gemeint. Wie hat doch der alte Köding gesagt, als der Bischof ihm bei der Firmung erzählte, daß es jetzt schon Bier gäbe und Wein und lauter gute Getränke ohne jeden Alkohol: „Nicht wahr, Herr Bischof, so'n kleines Düwelken, dat moß doch inn sein, sonst makt doch dat ganze Supen keinen Spaß!“

Vom reinen Wort Gottes und vom lutherschen Rosenkranz

Wer fremd nach Westfalen kommt, mag es wohl für ein Zeichen besonderer Frömmigkeit halten, daß hier so häufig und selbst an Orten, wo, wie man hierzulande sagt, „mit den Biergläsern geläutet wird“, „vom reinen Wort Gottes“ die Rede ist. Er wird aber sehr bald dahinterkommen, daß damit der klare Kornschnaps gemeint ist, der im Münsterlande gebraut wird, wo man ja auch einen mit langen Würsten und dicken Speckseiten gefüllten Rauchfang den „Himmel der Westfalen“ nennt. Kein Wunder, daß der Westfale den Blick so gern zum Himmel richtet. Aber leben muß er auf der Erde.

Um beides auf einen Nenner zu bringen, läßt er sich „Himmel und Erde“ auf den Teller füllen, ein Gericht, bei dem zu Mus gekochte Äpfel den Himmel und zerkochte Kartoffeln die Erde darzustellen haben. Weniger gern gesehen ist das „westfälische Kraftfutter“, wie der Volksmund das als „Stielmus“ bekannte Rübstieltgemüse nennt. Bekannt ist auch die „Schneidercourage“, das ist eine Suppe aus weißen Bohnen und roten Wurzeln, die auch als „Gänsefutter“ bekannt ist.

Kraftfutter, Schneidercourage, Gänsefutter — man sieht es den Namen an, daß sie nicht zu den Speisen gehören, die den Alltag zum Festtag machen. Dagegen sind „Pater und Nonne“ immer willkommen. Wer sich daran stößt, daß diese beiden hier in so enge Verbindung gebracht werden, mag sich sagen lassen, daß von einer Scheibe Schwarzbrot mit daraufgelegtem Weißbrot die Rede ist, die natürlich durch eine dicke Schicht Butter und Schinken voneinander getrennt sind. Um auch der anderen Konfession ihr Recht zu geben, mag noch des „lutherschen Rosenkranzes“ gedacht werden. Dazu gehört eine hohe Pfanne voll frischer Scheiben, also gebratener Kartoffeln, die mit einer fetten Mettwurst rund umlegt werden. Ein sicher stets willkommenes Abendgericht, das man geradezu das „westfälische Abendmahl“ nennen möchte, wenn diese Bezeichnung nicht jener Darstellung in der Wiesenkirche zu Soest vorbehalten wäre, auf der in westfälischer Treuherzigkeit das sonst dazugehörige Brot durch einen Schinken ersetzt ist. Erich Grisar.



Der Trinker - Aus dem Chorgestühl der Marienkirche zu Dortmund

Nach einer Weile sagte der andre nochmals: „Paiter, tehalme kritt se sieker nu grade Dickebauhnen, un doa so'n schön durchwassen Stücke Speck bie...“

Da schmiß Peter den Federhalter über den Tisch, daß die Tinte daherspritzte, und sprang auf: „Käl“, sagte er, „nu siegg blouß noach Riewekauen, dann hau' ieck dieck ant Gesichte.“

Da hatte er auch das andere Lieblingsgericht des Westfalen genannt,



Die Anfänge der Kunst

Wir wissen eigentlich nichts über die Anfänge der Kunst; genau so wenig, wie wir über die Entstehung der Sprache etwas wissen. Wenn man alles Bauen, Schnitzen, Malen oder Musterweben Kunst nennen will, dann gibt es kein Volk auf der Welt, das nicht eine Kunst hat — genau so wenig, wie es ein Volk ohne Sprache gibt. Wenn man sich andererseits „die Kunst“ als eine Art von feierlichem Luxus vorstellt, als etwas Kostbares und Nutzloses für den Salon oder für die „Bildung“, dann tut es gut, sich noch einmal klarzumachen, daß das Wort Kunst diese zweite Bedeutung noch gar nicht lange hat, nämlich kaum zweihundert Jahre. Früher war z. B. die Bildhauerkunst nicht mehr und nicht weniger eine Kunst als etwa die Fechtkunst, die Gartenkunst und die Kochkunst.

Nun ist es eine alte Geschichte, daß „Kunst von Können kommt“, aber das bedeutet nicht, daß „das Wesen der Kunst“ „Können“ ist, sondern einfach, daß das Wort ursprünglich jede nützliche Fertigkeit bezeichnet hat — und eine nutzlose Fertigkeit konnte man sich gar nicht vorstellen. In der Baukunst ist das immer noch so. Man kann sich auch heute keinen Baumeister vorstellen, der ein unbewohnbares Haus baut. Mit dem Schnitzen und Malen war es einmal genau so. Wer nicht weiß, wozu Häuser gebaut werden, kann kaum vernünftig beurteilen, ob sie auch gut sind, und wer keine Ahnung hat, wozu die Bildwerke dienen sollten, die heute in den Glasvitrinen unserer Museen liegen, wird mit ihnen auch nicht viel anfangen können. Je weiter wir in der Geschichte zurückgehen, desto deutlicher wird es, daß auch das Schnitzen und Malen einmal einen praktischen Zweck gehabt hat, aber gleichzeitig ändert sich auch die Vorstellung davon, was eigentlich „praktisch“ ist.

Man kann darum die seltsamen Anfänge der Kunst kaum begreifen, wenn man nicht versucht, sich in die Mentalität der Primitiven einzufühlen. Man muß es nacherleben, wie ein Bild dazu kommen kann, mehr zu sein als einfach ein Ding zum Anschauen, und worin sein Zauber liegt. Gar so schwer ist es vielleicht gar nicht, sich in diese Gedankengänge hineinzufinden. Man muß nur ganz ehrlich und aufrichtig gegen sich selbst sein. Sind wir es, so werden wir bald entdecken, daß in uns selbst noch irgendwo der Primitive steckt. Statt mit der Eiszeit fangen wir also lieber bei uns selber an. Nehmen wir irgendein Bild, meinetwegen eine Fotografie aus einer Zeitung, die unseren Lieblingshelden darstellt, ob es nun ein Tenor oder ein Fußballer, ein Filmstar oder ein Politiker ist. Ist uns das Bild wirklich nicht mehr als ein bißchen Druckerschwärze auf Papier? Würden wir nicht zögern, ihm, sagen wir, die Augen auszustechen? Wäre uns das so gleichgültig, als wenn wir sonstwo ein Loch in die Zeitung reißen würden? Mir gewiß nicht. Irgendwie regt sich das absurde Gefühl, das, was man dem Bild antut, könnte sich an dem Menschen auswirken, den es darstellt.

Wenn das richtig ist, wenn diese verrückte und unsinnige Idee wirklich noch in uns lebendig blieb, die wir doch im Zeitalter der Atome und des Radios leben, dann ist es vielleicht weniger verwunderlich, daß derartige Gedanken bei fast allen sogenannten primitiven Völkern zu finden

sind. Überall auf der Welt haben Medizinmänner und Hexen auf solche Art zu zaubern versucht; sie haben ein Bild ihres Feindes geschnitzt oder geknetet und haben dann diese Zauberpuppe durchstochen oder verbrannt, in der Hoffnung, daß ihr Feind nun zugrunde gehen müßte. Manche Neger in Afrika sind sich über den Unterschied zwischen Wirklichkeit und Bild genau so wenig klar wie Kinder. Als einmal ein europäischer Künstler zu einem solchen Stamm kam und Rinder in sein Skizzenbuch zeichnete, wurden die Eingeborenen sehr besorgt: „Wovon sollen wir denn leben, wenn dieser weiße Mann unser Vieh mitnimmt?“

Alle diese seltsamen Ideen sind wichtig für uns, denn sie helfen uns, die ältesten aller erhaltenen Bilder von Menschenhand zu verstehen. Diese Gemälde sind beinahe so alt wie die ersten Spuren menschlichen Könnens überhaupt. Sie stammen aus der Eiszeit. Damals machten gefährliche Ungeheuer die Gegend unsicher, und die Menschen lebten in Höhlen und kannten nur die primitivsten Steinwerkzeuge. Aber an den Wänden und Decken solcher Höhlen, vor allem in Südfrankreich und Spanien, hat man Malereien entdeckt. Sie stellen meistens Tiere dar, Mammut, Renntiere, Wisente und wilde Pferde. Diese Gemälde wirken ganz erstaunlich lebendig und natürlich, viel natürlicher, als man es vielleicht erwartet hätte. Trotzdem ist es sehr unwahrscheinlich, daß sie dazu bestimmt waren, die Wände dieser dunklen Höhlen zu schmücken. Erstens findet man sie oft sehr tief im Berg, weit entfernt von den eigentlichen Wohnstätten. Zweitens sind sie oft in wirrem Kreuz und Quer übereinandergemalt, ohne daß auf die Anordnung Wert gelegt zu sein scheint. Es sieht aus, als ob wir es hier mit den ältesten Zeugnissen für den Glauben an die Macht des Bildzaubers zu tun hätten. Man nimmt an, daß diese primitiven Jäger hofften, sie müßten nur ein Abbild ihrer Beute machen — und es vielleicht mit Speißen oder Faustkeilen bearbeiten —, und die wirklichen Tiere würden ihnen dann auch zum Opfer fallen. Zwar gibt es jetzt kein Volk, soviel ich weiß, das genau dieselbe Art von Jagdzauber versucht; aber ähnliche Vorstellungen von der Zauberkraft des Bildes spielen eine große Rolle in dem Kunstschaffen dieser Stämme. Es gibt noch immer Primitive, die nur Steinwerkzeuge verwenden und Tierbilder zu magischen Zwecken in Felsen ritzen. Andere Stämme haben regelmäßige Festtage, an denen sie sich als Tiere verkleiden und sich in feierlichen Tänzen wie Tiere bewegen. Auch diese Stämme glauben, daß ihnen diese Tänze irgendwie Macht über ihre Jagdbeute geben. Manche glauben auch, daß sie mit bestimmten Tieren verwandt sind, so wie manche Gestalten in unseren Märchen, und daß der ganze Stamm ein Wolfsstamm, ein Rabenstamm oder ein Froschstamm ist. Das klingt gewiß seltsam genug. Aber schließlich darf man nicht vergessen, daß selbst derartige Ideen unserer eigenen Zeit nicht ganz so fremd sind, wie man im ersten Augenblick meinen könnte.

Illustrations- und Textproben aus dem bei der Büchergilde Gutenberg erschilderten Buch von Hans Ernst Gombrich „Die Geschichte der Kunst“. Format 17,4 x 25,3 cm. Ganzleinen mit Schutzumschlag, 512 Seiten mit 392 Abbildungen, 12,60 DM.

15000 Jahre alte Höhlenmalereien (Spanien und Frankreich)



Der neue Betriebsrat

Am 20. und 21. Mai wurden die Betriebsratswahlen bei der Westfalenhütte AG durchgeführt, und zwar als Mehrheitswahlen bei den Arbeitern und als Listenwahl bei den Angestellten. Es waren zu wählen 20 Arbeiter-Betriebsräte und 5 Angestellten-Betriebsräte.

1540 Angestellte waren wahlberechtigt; abgegeben wurden 1364 Angestelltenstimmen = 88,6 Prozent; 20 Angestelltenstimmen waren ungültig = 1,5 Prozent. Es erhielten die Vorschlagsliste I (IG Metall) 675 Stimmen, Vorschlagsliste II (DAG) 669 Stimmen.

Es sind mithin gewählt:

- Hutfilker, Johann
- Peddinghaus, Raimund
- Berger, Matthias
- Busse, Wilhelm
- Vesenberg, Paul

9453 Arbeiter waren wahlberechtigt; es wurden abgegeben 8351 Arbeiterstimmen = 88,3 Prozent; 318 Arbeiterstimmen waren ungültig = 3,8 Prozent.

Für die Gruppe der Arbeiter sind mit den höchsten Stimmzahlen gewählt:

Name	Vorname	geb. am	Beruf	Gruppe	Stimmzahl
Schwentke	Gustav	15. 7. 98	Maschinist	Arb.	5243
Dippel	Konrad	27. 9. 87	Lok.-Führer	"	3834
Stachel	Hermann	18. 8. 97	Wasserwärt.	"	3782
Bröckelmann	Bernh.	28. 12. 02	Ofenmann	"	3763
Pfeiffer	Albert	24. 2. 14	Kommission.	"	3611
Dombowski	Wilhelm	3. 6. 99	Schlosser	"	3502
Breker	Heinrich	6. 6. 04	Maschinist	"	3353
Sander	Alfred	13. 6. 00	Kranführer	"	3039
Koppe	Emil	3. 11. 04	Martinwerk.	"	3028
Kutschke	Karl	14. 1. 06	Kaltsäger	"	2976
Schiffmann	Paul	16. 8. 99	Maschinist	"	2973
Seidler	Fritz	8. 5. 91	Thomaswerk.	"	2870
Heinz	Josef	1. 4. 07	Maurer	"	2842
Schmidt	Erich	20. 10. 95	Schlosser	"	2803
Fige	Wilhelm	18. 9. 23	Schlosser	"	2769
Höhne	Erwin	14. 3. 15	Elektriker	"	2696
Heyduk	Stanisl.	8. 11. 99	Drahtzieher	"	2413
Borczykowski	Johann	30. 9. 07	Wächter	"	2349
Hartmann	Wilhelm	17. 10. 04	Maschinist	"	2302
Pietberg	Josef	29. 10. 04	Schlosser	"	2199

Als Ersatzmitglieder für die Mitglieder treten bei der Gruppe der Angestellten die jeweiligen auf ihrer Liste folgenden Bewerber ein, bei der Gruppe der Arbeiter die Bewerber mit den nächsthöheren Stimmzahlen.

Der Bereich der Betriebsräte:

Betriebsrat Schwentke / Hartmann

M. A. Hochofen, Hochdruckkessel

Betriebsrat Breker

M. A. Stahlwerke, M. A. Betriebswerkstätten

Betriebsrat Dippel

Eisenbahn- und Gleisbau, Werksküche und Hütten-schenke, Lok.-Werkstatt

Betriebsrat Bröckelmann

Walzwerk I, III, IV, V und VIII, Drahtwalzwerk, Walzendreherei, Preß- und Hammerwerk

Betriebsrat Koppe

Martinwerk, Dreherei III, Stahlformgießerei

Betriebsrat Stachel

Hochofen, Sinteranlage, Erzvorbereitung, Zementfabrik

Betriebsrat Dombowski

Blechwerk 1/2

Betriebsrat Pfeiffer

Versuchsanstalt, EWS, Betriebswirtschaft, Reinigung d. Betr.-Büro Hauptverwaltung, T. B. Reinigung d. Betr.-Büro Hauptverwaltung, Sozialwerkstätten, Fuhrpark und Elektrokarrenbetrieb

Betriebsrat Höhne

Elektr.-Abteilung

Betriebsrat Sander

Hafen Hardenberg, Spezialblechwerk, Werkstatt Stockheide, Breitbandwalzwerk, Kaltwalzwerk

Betriebsrat Schmidt

Metallgießerei - Schmiede, Schlosserei, Dreherei, Rohrschlosserei, Kesselschmiede, Sattlerei

Betriebsrat Schiffmann

M. A. Walzwerk 1/3, Außenbetriebe, Feinwalzwerk

Betriebsrat Kutschke

Zurichterei I, II, VIII, Trägerlager, Schwellenschweißerei, Haupt- und Elektromagazin, Stückgutshuppen

Betriebsrat Heinz

Bauabteilung, Ziegelei, Bauhof

Betriebsrat Borczykowski

Werkerschutz, Feuerwehr, Sportplatz, Gärtnerei

Betriebsrat Fige

Waggonwerkstatt, Lehrwerkstatt

Betriebsrat Heyduk

Drahtverfeinerung

Betriebsrat Seidler

Thomaswerk, Thomasplatz, Kalkofen, Dolomitanlage, Kupolofen

Betriebsrat Pietberg

Schlackenverwertung, Fabrik ff. Steine, Phosphatfabrik

Die Angestellten der Hütte werden durch den Betriebsrat Hutfilker und die Angestellten der Hauptverwaltung durch die Kollegen Berger und Peddinghaus betreut.

Die einzelnen Ausschüsse:

Geschäftsführender Betriebsratsausschuß:

1. Vorsitzender: Schwentke
2. Vorsitzender: Hutfilker
- Schriftführer: Pfeiffer
- Beisitzer: Dippel

Personalausschuß:

Schwentke, Hutfilker

Wohnungsausschuß:

Hutfilker, Heinz

Sozial- u. Unterstützungsausschuß:

Pfeiffer, Hartmann, Peddinghaus, mitwirkend Graf

Küchenausschuß:

Berger, Dippel

Unfallausschuß:

Ratajczyk

Büchereiausschuß:

Pfeiffer, Hoischen, Berger

Lehrlingsausschuß:

Kutschke, Fige, Simon, als Vertreter: Neukirch

Sportausschuß:

Pfeiffer, Böhmer, Alexander

Lohnausschuß:

Sander, Stachel, Schmidt, Beobachter: Koppe

Kulturausschuß:

Graf, Ickerott, Schmidt

Verbesserungsvorschläge:

Schmidt, Kutschke, Höhne

WIR GRÜSSEN UNSERE JUBILARE

Nachstehende Belegschaftsmitglieder
feierten im Monat Mai 1953 ihr Dienstjubiläum

50jähriges Dienstjubiläum

Kettwichter, Fritz Elektrotechnische Abteilung

40jähriges Dienstjubiläum

Morgiel, Peter Maschinenabteilung
Warstadt, Wilhelm Elektrotechnische Abteilung
Tatus, August Maschinenabteilung
Schulte, Johann Stahlbau
Jaeschke, Otto Dreherei
Fuchs, Hermann Phosphatfabrik
Heyduk, Johann Eisenbahnabteilung
Sondermann, Friedrich Lohnbüro

25jähriges Dienstjubiläum

Diesing, Rudolf Sozialwerkstätten
Forwick, Anton Gleisbau
Golder, Franz Hochofen

Jöhren, Lorenz
Hoedt, Friedrich
Rode, Gordon
Borrmann, Franz
Spitthoff, Heinrich
Klopfer, Heinrich
Schmidt, Paul
Schummeck, August
Willdau, Anton
Pannwitz, Emil
Schönberg, Otto
Müterthies, Walter
Gaffran, Walter
Schwinde, Otto
Schmiedhofer, Bruno
Menn, Helmut
Block, Herbert
Althaus, Hermann
Ising, Albert
Kuhlgert, Wilhelm

Martinwerk
Hochofen
Elektrotechnische Abteilung
Spezialblechwalzwerk
Blechwalzwerk I/II
Thomaswerk
Maschinenabteilung
Kaliberwalzwerke
Bauabteilung
Phosphatfabrik
Preß- und Hammerwerk
Maschinenabteilung
Kaltwalzwerk
Drahtverfeinerung
Maschinenabteilung
Maschinenabteilung
Steinfabrik
Drahtverfeinerung
Betriebswirtschaft
Versuchsbetriebe

Vorstand, Betriebsvertretung und Belegschaft
wünschen nochmals alles Gute

Die Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa

In den meisten Ländern Westeuropas hat die Gewerkschaftsbewegung eine Stärke erreicht wie nie zuvor. Dieser erfreuliche Aufstieg ist um so bemerkenswerter, als einige Diktaturregierungen bereits mehrere Jahre vor dem Kriege in ihrem Lande die Gewerkschaftsbewegung entweder völlig unterdrückt oder an der Erfüllung ihrer Aufgaben verhindert hatten. Viele tätige Gewerkschaftler mußten ihr Wirken für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse ihrer Arbeitskollegen mit Verfolgung und Strafen büßen. Während des Krieges wurden dann die Gewerkschaften in einer Reihe weiterer Länder unterdrückt, während sie in anderen erheblich geschwächt wurden.

Die Wendung in der Entwicklung trat unmittelbar nach dem Ende des Krieges ein, aber das Tempo des Aufstieges war durchaus verschieden. Zur Zeit gibt es in Westeuropa annähernd 25 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte. Wenn darin auch die christlichen und die keiner Gewerkschaftszentrale angeschlossenen Verbände einbezogen sind, so entfallen etwa rund neun Zehntel auf die dem Internationalen Bund freier Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen.

Zahlenmäßig am stärksten sind die Gewerkschaften in England, Westdeutschland und Frankreich. Die folgende Übersicht gibt die Zahl der in jedem Lande organisierten Gewerkschaftler wieder und in der zweiten Spalte den prozentualen Anteil, den die Gewerkschaftler an der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten haben.

	Gewerkschafts- mitglieder	in % d. Arbeiter, Angestellt., Beamt.
England	9 300 000	67
Westdeutschland	6 500 000	46
Frankreich	3 800 000	40
Italien	2 000 000	47
Schweden	1 600 000	84
Osterreich	1 300 000	61
Belgien	900 000	53
Holland	750 000	50
Dänemark	695 000	77
Schweiz	683 000	45
Norwegen	540 000	73

Am stärksten ist die Gewerkschaftsbewegung demnach in Schweden, Dänemark und Norwegen. Mit 84 Prozent aller Lohn- und Gehaltsempfänger in ihren Reihen organisiert, stehen die schwedischen Gewerkschaften nicht nur in der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung an der Spitze, sondern in der Gewerkschaftsbewegung der Welt überhaupt. In den drei nordeuropäischen Ländern gibt es nur eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung. In England entfallen etwa 90 Prozent der organisierten Gewerkschaftler auf die dem englischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände, und etwas mehr als eine Million auf andere Organisationen. Die christlichen Gewerkschaften haben eine beachtliche Stärke in Belgien, Holland, der Schweiz und Italien. In Frankreich werden nur etwa 40 Prozent der Arbeiter und Angestellten von den Gewerkschaften erfaßt, und dieser Tiefstand ist wahrscheinlich die Folge der weitgehenden Zersplitterung in Frankreich.

*



Im Kinderheim

Nicht Verstaatlichung, sondern demokratische Kontrolle

Gerade in den letzten Wochen wird von den verschiedensten Organisationen, Parteien, Verbänden die „Neuordnung“ diskutiert. Forderungen — manchmal im sanften Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen — werden erhoben, Rechte gefordert, Zugeständnisse angekündigt. Manches wird man nach den Wahlen anders hören. . .

Eine der interessantesten Entwicklungen wirtschaftspolitischen Wollens zeigt der Sozialisierungsentwurf der SPD, der durchaus nicht mehr die vormaligen „radikalen“ Forderungen enthält und der den Blickwinkel zu dieser Partei wesentlich beeinflussen wird. Deshalb ist er — ganz gleich, ob er Gesetz wird oder nicht — von derartiger Bedeutung, daß wir auf seinen Inhalt und die wesentlichen Punkte eingehen müssen.

Am 4. Juni 1953 hat der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Richtlinien eines Gesetzentwurfs gebilligt, der die Überführung des Kohlebergbaues sowie der eisen- und stahlschaffenden Industrie aus dem privaten in das Gemeineigentum vorsieht. Der im Wirtschaftspolitischen Ausschuß beim Parteivorstand erarbeitete Entwurf kommt einer im Dortmunder Aktionsprogramm der SPD vom Jahre 1952 erhobenen Forderung nach.

Erfahrungen in anderen Ländern haben gezeigt, daß echte Gemeinwirtschaft durch direkte Verstaatlichung nicht erreicht wird. Die Verstaatlichung bringt die Wirtschaft unter die Herrschaft der Staatsverwaltung und damit in die Gefahr, in bürokratischen Formen und Methoden zu erstarren und zu ersticken. Andererseits stößt die demokratische Kontrolle durch das Parlament auf Schwierigkeiten, die in der Natur der Sache liegen, nämlich in der Führung umfangreicher und komplizierter Wirtschaftsgebilde. Der Entwurf der SPD versucht daher, die Verwaltung des Gemeineigentums und seine volkswirtschaftlich nutzbringende Führung von Organen der Selbstverwaltung übernehmen zu lassen, bei denen die demokratische Kontrolle unmittelbar durch die beteiligte Wirtschaft einschließlich der Gewerkschaften, durch Wissenschaft und öffentliche Hand in den Aufsichtsorganen ausgeübt wird.

Der äußerliche Aufbau ist sehr einfach und benutzt die Vorschriften des geltenden Gesellschaftsrechts, die nur hier und da modifiziert werden. Zwei Obergesellschaften, nämlich die „Deutsche Kohlegesellschaft“ und die „Deutsche Eisengesellschaft“, werden in Form der Aktiengesellschaft errichtet und übernehmen die Anteilsrechte einschließlich aller Nebenrechte an den Unternehmungen des Kohlebergbaus bzw. der eisen- und stahlerzeugenden Industrie. In einigen Fällen wird der Rechtsübergang allerdings in Form der Sachwertenteignung

Zentrum lehnt christliche Gewerkschaften ab

Die Zentrumsparterie hat sich gegen die Bildung christlicher Gewerkschaften ausgesprochen. Eine Spaltung des DGB könne der Arbeitnehmerschaft nur Nachteile bringen.

Das Sommerprogramm der Deutschen Feriengemeinschaft

Auch in diesem Jahr können wieder alle Mitglieder der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften und der Konsumgenossenschaften an einer Reihe von verbilligten Urlaubsreisen in alle Teile Deutschlands teilnehmen. Die Deutsche Feriengemeinschaft GmbH., Frankfurt a. M., gibt in ihrem „Sommerurlaubsführer 1953“ eine Übersicht über alle geplanten Reisen; nach Süddeutschland sind dabei u. a. Gesellschaftsreisen vorgesehen nach dem Allgäu, dem Berchtesgadener Land, Tegernsee, Walsertal, Schwarzwald, Bodensee usw.; nach Mittel- und Norddeutschland sind Fahrten möglich in den Harz, den Teutoburger Wald, das Weserbergland und an die Nord- und Ostsee.

Daneben gibt es Einzelreisen nach denselben Zielen. Besonders günstig gestalten sich die Urlaubsreisen zu den Gewerkschaftsheimen und Naturfreundehäusern, da man sie mit Sonderzügen verbilligt erreichen kann und meist gute, preiswerte Vollpensionen geboten werden.

Besondere Beachtung werden auch die Auslandsfahrten der DFG finden, die sich in diesem Sommer in Gruppen- und Einzelreisen auf Belgien, Dänemark, England, Holland, Italien, Norwegen, die Schweiz und Jugoslawien erstrecken. Im ganzen sind 18 Reisen ins Ausland über eine oder zwei Wochen vorgesehen.

Viele werden sich auch sicher an dem Preisausschreiben beteiligen, das Reisen nach freier Wahl im Werte von 250 DM bis 50 DM für die glücklichen Gewinner ermöglicht.

Der „Sommerurlaubsführer 1953“ und die Reisesparhefte und -marken der DFG sind bei allen Kreis- und Ortsausschüssen des DGB, bei den meisten Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften und auch im „Büro für Kultur und Freizeitgestaltung“ (Graf, Eberhardstr. 23, erhältlich).

Der Diplom-Sozialwirt

Mit der Überreichung der Diplomprüfungsordnung hat die Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft im Hochschulort Wilhelmshaven-Rüsteriel ein entscheidendes Stadium erreicht. Diese junge Hochschule ist jetzt berechtigt, den neuen akademischen Grad eines Diplom-Sozialwirts in Deutschland einzuführen. Außerdem ist nach einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt die Verleihung eines Dr. disc. pol. (doctor disciplinae politicae) in der Satzung vorgesehen.

Die Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft hat sich drei besondere Aufgaben gestellt.

Sie will neben der politischen und sozialwissenschaftlichen Forschung Studierende für Berufe im öffentlichen,

Erster Weltkrieg
1914 - 1918

9,7 MILL. Tote
davon

DEUTSCHLAND
rd. 2 MILLIONEN
(Wehrmacht)



Zweiter Weltkrieg
1939 - 1945

55 MILL. Tote
davon

DEUTSCHLAND
6,6 MILLIONEN

Wehrmacht:	3,25 Mill.
Zivilisten:	3,3
davon durch Luftkrieg:	0,5
Verschleppung	2,5
Vertreibung:	0,3
im KZ:	0,3

SOWJ.-UNION
20,6 MILLIONEN

davon
Wehrmacht: 13,6 Mill.
Zivilisten: 7,0

Europäische West. Alliierte
1,3 MILLIONEN
davon

Wehrmacht: 0,6 Mill.
Zivilisten: 0,7

USA
Wehrmacht: 0,23



sozialen und wirtschaftlichen Leben ausbilden. Durch ein abgeschlossenes, mindestens sechssemestriges Studium der politischen Wissenschaften und der Sozialwissenschaften soll dieses Ziel verwirklicht werden. In dem sozialwissenschaftlichen Studium sind Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, allgemeine Rechtswissenschaft, Bürgerliches Recht, Öffentliches Recht, Arbeits- und Sozialrecht, Wirtschafts- und Prozeßrecht, Politik und Neuere Geschichte zu einem Lehrbereich verbunden.

Außerdem ermöglichen die bestehenden Lehraufträge für Philosophie, Literaturgeschichte, Naturwissenschaften, Sozialmedizin, Psychologie, Betriebswirtschaftslehre, Genossenschaftswesen, Kommunalverwaltungslehre, Wirtschaftsgeographie, das angestrebte breite Studium durchzuführen.

Besonders geeignet erscheint dieses sozialwissenschaftliche Studium für Berufe, die Mitarbeit bei sozialen und wirtschaftlichen Verbänden (Gewerkschaft, Genossenschaft u. a. m.), in Parlamenten und Parteien, bei Presse und Rundfunk, in den Selbstverwaltungskörperschaften, bei den Berufs- und Wirtschaftskammern, Ausübung leitender Funktionen in kommunalen und staatlichen Verwaltungen und verantwortlicher sozial- und wirtschaftspolitischer Tätigkeit in den verschiedenen Betrieben umfassen. Die Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft versucht nicht nur wissenschaftlich neue Wege zu gehen, sie bemüht sich auch, neue Formen des akademischen Lebens zu verwirklichen.

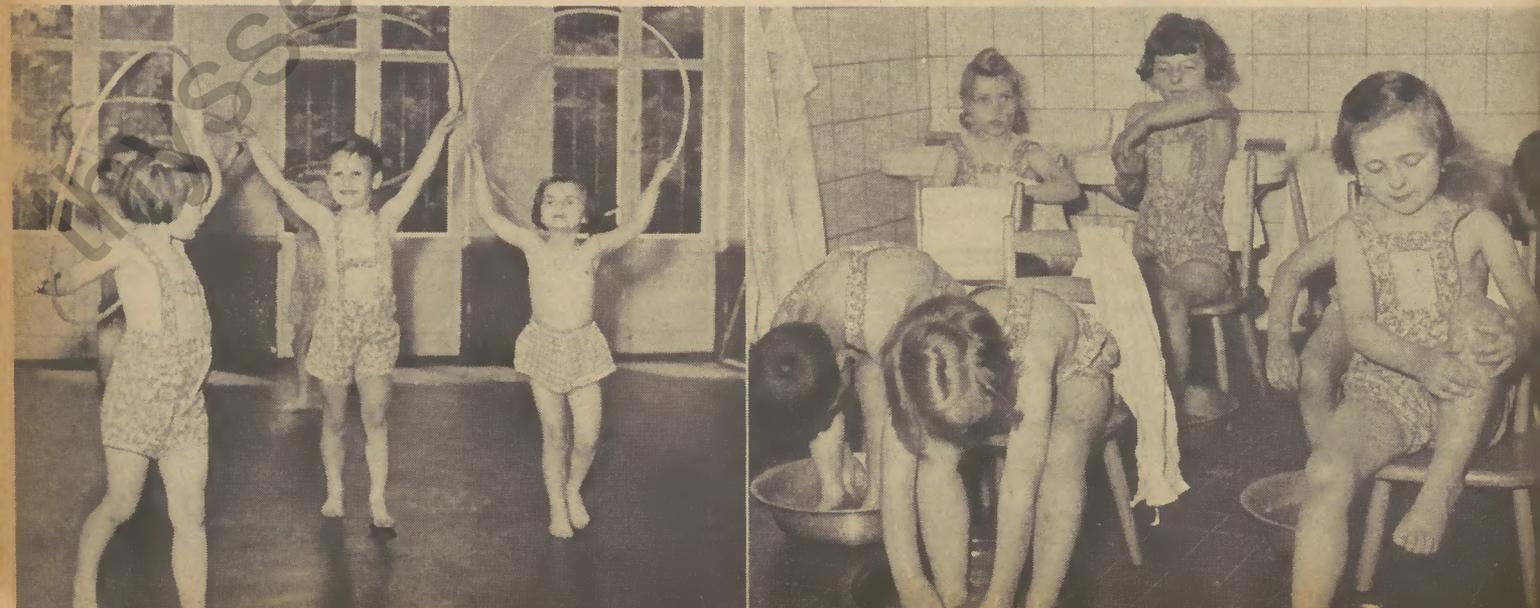
Schließlich hat sich die Hochschule noch eine dritte bedeutende Aufgabe gestellt. Sie will begabten jungen Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, denen es bisher aus sozialen und kriegsbedingten Gründen nicht möglich war, die Hochschulreife zu erlangen, nach Bewährung im Beruf den Weg zu einem vollen Studium

vollzogen werden müssen. Die Obergesellschaften gelten als Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches und haben eigne Rechtspersönlichkeit. Um ihre so abgesteckten Aufgaben erfüllen zu können, können die Obergesellschaften für alle ihre Untergesellschaften gemeinsame Einrichtungen schaffen, und ihre Überwachungs- und Auskunftsrechte sind in keiner Weise beschränkt. Dagegen wird ihnen auferlegt, die Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Untergesellschaften in jeder Weise zu fördern, damit die schöpferische Initiative erhalten bleibt und die Gefahr der verantwortungsscheuen Verbürokratisierung abgewehrt wird.

Die Untergesellschaften werden in der Regel solche Unternehmen sein, wie sie durch den Rechtsübergang auf Grund des Gesetzentwurfs erfaßt werden. Jedoch gehört es zu den Aufgaben der Obergesellschaft, durch Gründung, Verschmelzung, Vermögensübertragung und Auflösung von Gesellschaften die Kohle- wie die Eisen- und Stahlwirtschaft zweckmäßig so zu ordnen, daß die Vorschriften des § 59 erfüllt werden können. Die Untergesellschaften müssen nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit geführt werden. Ihre Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte sind sowohl den Belegschaften als auch der allgemeinen Öffentlichkeit mit den erforderlichen Erläuterungen bekanntzugeben. Die Leitung jeder Obergesellschaft besteht aus einem Direktorium, das höchstens neun hauptamtliche Mitglieder hat. Der vom Direktorium aus seiner Mitte gewählte Vorsitzende sowie die stellvertretenden Vorsitzenden haben bei Stimmgleichheit in den Abstimmungen keine Entscheidungsbefugnis, wodurch von den seit 1937 bestehenden Vorschriften des Aktiengesetzes abgewichen wird. Die Unabhängigkeit der Mitglieder des Direktoriums ist dadurch gesichert, daß sie weder der Bundesregierung noch irgendeiner Landesregierung angehören noch in den Diensten einer dieser Regierungen stehen dürfen. Sie dürfen auch nicht Mitglieder des hier anschließend beschriebenen Rates oder gesetzliche Vertreter einer der Untergesellschaften sein.

Es werden ein Bundeskohlenrat und ein Bundeseisenrat errichtet, die aus je 24 stimmberechtigten und je drei beratenden Mitgliedern bestehen. Die Mitglieder dieser Räte müssen das passive Wahlrecht zum Bundestag haben und im Wirtschaftsleben erfahren sein. Vertreter der angewandten Wissenschaften und der freien Berufe, die insbesondere dem Wirtschaftsleben zugewandt sind, sollen den Räten angehören. Den Räten müssen Sachkenner der Kohlewirtschaft bzw. der eisenschaffenden Industrie wie auch der nachgelagerten Gruppen der Hauptverbraucher zugeteilt sein. Sinngemäß bestehen für die Mitglieder der Räte solche Betätigungsverbote wie für die Mitglieder der Direktorien. Die Dauer der Mitgliedschaft in den Räten beträgt vier Jahre. Als Vertreter des öffentlichen Interesses werden je vier Ratsmitglieder vom Bundesrat und Bundestag gewählt. Der Bundesminister für Wirtschaft beruft acht Mitglieder eines Rates aus den Vorschlagslisten der im Bereich des Wirtschaftszweiges vertretenen Gewerkschaften und acht Mitglieder nach Anhörung des deutschen Industrie- und Handeltages. Als Vertreter der Bundesministerien für Wirtschaft, für Finanzen und für Arbeit bestellt die Bundesregierung die drei beratenden Mit-

In unserem Kinderheim



glieder, die auch Anträge im Rat stellen können. Dem jeweiligen Rat obliegt es, die Grundlinien der Geschäftspolitik für die Obergesellschaft festzustellen, die Wirtschafts- und Finanzpläne sowie die Entlastung des Direktoriums zu beschließen; er stellt ferner den Jahresabschluß der Obergesellschaft und ihrer Untergesellschaften in einer konsolidierten Bilanz fest. Die Geschäftsführung der Obergesellschaft wird vom Rat überwacht.

Der Bundesminister für Wirtschaft übt die Aufsicht über die Obergesellschaften aus. Er kann auch gegen Beschlüsse der Räte Einspruch mit aufschiebender Wirkung erheben, wenn diese grundsätzliche Bedeutung haben. Erfolgt die nach einer vorgeschriebenen Prozedur versuchte Einigung zwischen Rat und Bundesminister nicht, so trifft die Bundesregierung die endgültige Entscheidung. Die Entscheidungen des Rates, des Bundesministers und auch die der Bundesregierung müssen der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Die von den Räten beschlossenen Wirtschafts- und Finanzpläne bedürfen der Bestätigung durch den Bundeswirtschaftsminister.

Wie die Erfahrungen in anderen Ländern gezeigt haben, reicht die Veränderung der Eigentumsrechte allein nicht aus, um die soziale Stellung der Arbeitnehmer zu verändern und die Beziehungen zwischen den Belegschaften und den Unternehmensleitungen zu verbessern. Darum wird im Entwurf der SPD das Gesetz vom 21. Mai 1951 über die *Mitbestimmung* der Arbeitnehmer in den Unternehmen des Bergbaus und der eisenschaffenden Industrie auf Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder bergrechtlichen Gewerkschaften eigener Rechtspersönlichkeit angewendet, die von beiden Obergesellschaften abhängig sind und in der Regel mehr als tausend Arbeitnehmer beschäftigen. Dieses Gesetz findet auch Anwendung auf solche Unternehmen, die in der Regel nicht mehr als tausend Arbeitnehmer beschäftigen, wenn es sich um solche handelt, deren überwiegender Geschäftsbetrieb in der Beteiligung an Unternehmen besteht, die von einer der beiden Obergesellschaften abhängig sind.

Nach dem Gesetzentwurf können neue Betriebe im Kohlebergbau nur mit Genehmigung der Deutschen Kohlengesellschaft und solche der eisen- und stahlschaffenden Industrie nur mit Genehmigung der Deutschen Eisengesellschaft errichtet werden.

Die von den Alliierten betriebene Entflechtung hat nicht nur die leistungsfähigen Großunternehmen der hier besprochenen Industriezweige zerschlagen, sondern auch die besonders im Ruhrgebiet so hochentwickelte Verbundwirtschaft zerstört. Darum wohl sieht der SPD-Entwurf die Errichtung eines Verbundausschusses vor, der aus je zwei Beisitzern besteht, die von den beiden Obergesellschaften benannt werden, während der Vorsitzende als fünftes Mitglied von den Obergesellschaften gemeinsam, sofern eine Einigung nicht erreichbar ist, vom Bundeswirtschaftsminister benannt wird.

Für Rechtseinbußen, die durch das Gesetz verursacht werden, wird Entschädigung vom Bund geleistet. Der Bund kann auch für die Entschädigungsansprüche Schuldverschreibungen auf den Inhaber ausstellen. Die Entschädigung wird nur auf Antrag gewährt. Bei Stellung des Antrags müssen bestimmte Fristen beachtet werden. Sind die Rechtseinbußen zugunsten der Deutschen Kohlen- resp. Eisengesellschaft eingetreten, so haben diese dem Bund die aufgewendeten Entschädigungen zu erstatten.

eröffnen. Zur Erreichung dieses Zieles sind Lehrgänge eingerichtet, die den Teilnehmer in zwei bis vier Semestern zur neuen Nichtschülerreifeprüfung führen.

Wie alt werden wir?

Nur sechs Prozent aller Menschen sterben an Altersschwäche, also nach normalem Lebensablauf. Das geht aus einer Statistik der Gemeinschaft der Lebensversicherer des Bundesgebietes hervor. 94 Prozent scheiden vorzeitig infolge Krankheit oder Unfälle aus dem Leben.

Nach einer neuen Sterbetafel ergibt sich folgendes Bild: von einhundert Personen im Alter von 40 Jahren sterben während der nächsten fünfzehn Jahre zehn und in den folgenden fünf Jahren weitere sechs. Von einhundert Männern und Frauen, die in diesem Jahr 50 Jahre alt werden, werden nach den statistischen Berechnungen nur 66 älter als 70 Jahre.

Die Sterblichkeit unter den Männern und Frauen, die in diesem Jahr ihren 30. Geburtstag feiern, soll dagegen in den nächsten 20 Jahren nur acht Prozent betragen. Die genannten Zahlen stellen jedoch nur Durchschnittswerte dar. Aus der Statistik kann lediglich die durchschnittliche Lebenschance eines Jahrganges ersehen werden.

Zu den häufigsten Todesursachen in Westdeutschland gehören gegenwärtig die Herz- und Gefäßerkrankungen mit rund 40 Prozent. Noch 1951 machten diese Krankheiten nur ein Drittel der Todesursachen aus. Die Ursache für diese bedenkliche Entwicklung sehen die Ärzte in dem strapaziösen Lebens-tempo.

An zweiter Stelle folgen die bösartigen Geschwulsterkrankungen, vor allem Krebs und Tumore. Bei den weiteren Todesursachen fallen vor allem die Erkrankungen der Verdauungsorgane einschließlich Leber und Galle ins Gewicht.



Einer von euch

ist in jeder Schicht vom Unfall bedroht.

*Denkt an eure Familien,
Kollegen!*

Arbeitet unfallsicher!

Wir lieben das Leben

Wir lieben das Leben, die Sonne, den
Wind,
die Städte, die endlos sich dehnen.
Die Menschen, die abends so müde sind
und die sich nach Freude sehnen.
Wir lieben die Jungen, die abends
spät
noch fragen, lernen und denken,
und alle, die wissen, daß es drum geht,
das eigene Schicksal zu lenken.
Wir lieben auch die, die's nicht besser
verstehn,
die dumpf und gedankenlos dienen,
die abends im Kino nur Traumbilder
sehn.
Wir bringen das Licht auch zu ihnen.
Wir lieben die Menschen, doch jene
nicht,
die andre nicht frei leben lassen.
Wir kämpfen, bis ihre Herrschaft zer-
bricht;
weil wir lieben, müssen wir hassen.

A. Fried

Es kann vorkommen . . .

daß man irgendwo in irgendeiner
Gesellschaft bei irgendeinem Anlaß
der Ehefrau eines Kollegen, Unter-
gebenen, Vorgesetzten vorgestellt
wird, daß man mit ihr „in Konver-
sation macht“, sich mit ihr über
irgend etwas unterhält. Eine Anrede
ist dabei unvermeidbar.

Wie aber redet man die Frau an?
Soll ich verraten, wie ich es mache?
Zum besseren Verständnis schildere
ich mal den umgekehrten Weg:

Wenn ich eine Frau mit dem Vor-
namen anrede, so setzt dieses ein
hohes Maß Vertraulichkeit, sehr
enger persönlicher Verbindung vor-
aus. Rede ich die Frau mit ihrem
Hausnamen an, so spreche ich sie
immerhin in persönlicher Beziehung
an; sie ist mir so vertraut, daß ich
ihren Familiennamen kenne. Lege
ich aber auf irgendeinen persön-
lichen Kontakt, auf irgendeine per-
sönliche Beziehung keinen Wert,
bleibt sie für mich praktisch anonym,
dann sage ich zu ihr — „gnädige
Frau“. Das ist eine Floskel, wie wir
so viele in unserer Umgangssprache
haben, eine Floskel, die zu nichts
verpflichtet. Das spricht sich genau
so wie „Auf Wiedersehen!“ — „Ge-
segnete Mahlzeit!“ — trotzdem ich
den Begrüßten durchaus nicht wieder-
zusehen wünsche und am liebsten
hätte, wenn ihm ein Kotelettknochen
im Halse steckenbliebe.

Weshalb also sollte man nicht „gnä-
dige Frau“ sagen? Weshalb soll man
nicht jede Waschfrau als „gnädige
Frau“ anreden können!

Unsere Büros

befinden sich ab sofort in der
Stahlwerkstraße 119 in der Nähe
des Eingang I und gegenüber
dem Ledigenheim.

Pressestelle
Werkzeitschrift
Büchergilde



In unserem Freibad

Das Thermometer lockt zum Baden.
Jetzt endlich kann man ungestört
Ergötzen sich an Mädchenwaden
Und was sonst noch dazu gehört.

Die jungen Schönen promenieren
In Schwarz und Grün und in Azur
(Nebst Bademänteln, so sie frieren),
Und alle machen sie Figur.

Du siehst es gern und bist verdrießlich:
Dir wird der Badeanzug eng
Und wölbt sich allenorts. Doch schließlich
„Meinst du, du seist kein „Manneking““.

Das stimmt zwar, doch es stimmt nicht heiter
Dieweil bei dir es wogt und wallt.
O wäre das Trikot nur weiter!
Das gäbe Haltung noch - und Halt.

Hier hilft nur: in den Beutel greifen
Zwecks neuer Badegarnitur,
Versteckt der Bauch, vorbei das Kneifen:
Errötend folgt man deiner Spur!

DER WERKARZT SPRICHT

Ergebnis der letzten Röntgenreihenuntersuchung

Bei der letzten Röntgenreihenuntersuchung wurden 11 516 Belegschaftsmitglieder untersucht. Die Bildauswertung erfolgte wie bisher durch die Düsseldorfer Reihenbildstelle, die 195 Fälle als tuberkuloseverdächtig und damit nachuntersuchungsbedürftig meldete. 71 von diesen 195 Fällen erwiesen sich als bekannte Fälle, die schon bei den vorausgegangenen Reihenuntersuchungen ermittelt wurden. Zieht man diese Fälle von der Gesamtzahl ab, so erhalten wir mit 124 die Zahl der Neuzugänge an Verdächtigen. Bei der Nachuntersuchung dieser 124 wurden 13 frische aktive Lungentuberkulosen, z. T. mit Zerfallshöhlen und bazillenhaltigem Auswurf, ausgesondert. Diese wurden den Lungenfachärzten und Krankenhäusern zugeführt und befinden sich z. T. in Heilstätten.

Bei den 71 bekannten Fällen, die ebenfalls nachuntersucht wurden, fand sich in 9 Fällen eine Verschlimmerung des bisherigen Befundes, so daß auch diese fachärztlicher Behandlung zugeführt werden mußten, weil Ansteckungsgefahr nachzuweisen bzw. anzunehmen war. Damit sind 22 Fälle ansteckungsfähiger, behandlungsbedürftiger Tuberkulosen festgestellt worden. Unter den 124 Neuzugängen befanden sich 49 mit geringfügigen, aber beobachtungsbedürftigen Befunden, bei dem Rest handelt es sich um anderweitige Erkrankungen der Lunge oder Restzustände von solchen.

Auf die Gesamtzahl der Untersuchten berechnet, wurden demnach 133 Tuberkulosen = 1,16 % gefunden. Wir bleiben damit erheblich unter der Durchschnittszahl der eisenschaffenden Industrie des Ruhrgebiets, die nach Mitteilung der Reihenbildstelle Düsseldorf bei 1,96 % liegt. Diesen Erfolg dürfen wir wohl der strengen Auslese bei den Einstellungen und den vorausgehenden Reihenuntersuchungen verdanken.

Trotz aller Bemühungen blieben 252 Belegschaftsmitglieder der Reihenuntersuchung fern, zumeist junge Leute in besonders gefährdetem Alter. Bei der im Herbst anlaufenden nächsten Untersuchung sollen diese Helden öffentlich durch Aushang bekanntgegeben werden.

Zuletzt noch ein wichtiger Hinweis. Es ist mehrfach auch bei uns beobachtet worden, daß frische Erkrankungen an Lungentuberkulose schon wenige Monate nach einer Röntgenreihenuntersuchung gefunden wurden, obwohl die zurückliegende Untersuchung ein negatives Ergebnis hatte. Erwünscht wären deshalb halbjährige Untersuchungen, die aber technisch kaum durchführbar sind. Wer also die oftmals beschriebenen Zeichen der Lungentuberkulose an sich zu beobachten glaubt — Abgeschlagenheit, Unlust, Nachtschweiß, Husten, Bruststiche, Gelenkschmerzen, Gewichtsabnahme —, der stelle sich jederzeit zur Untersuchung vor.

Interessant ist noch, zu erfahren, daß die Sterblichkeit an Tuberkulose in den letzten acht Jahren in den westlichen Staaten nach Mitteilung der Weltgesundheitsorganisation sich um 40 % verringert hat.



KULTURELLE BLITZLICHTER

WALTER HAMMER -



ein Mensch und Kämpfer

Mancher von uns, der in der Jugendbewegung, im politischen Leben stand, kennt ihn persönlich oder aus seinem Wirken: Walter Hammer, der am 24. Mai seinen 65. Geburtstag beging. Dr. Rudolf Pechel, der bekannte Publizist und Widerstandskämpfer, schreibt über ihn:

Als im Jahre 1922 der damals 35-jährige Verleger Walter Hammer den Fackelreiter-Verlag in Berlin eröffnete, haben nicht nur junge, sondern auch ältere Deutsche freie Gesinnung aufgehört und die Arbeit dieses Verlages bis zu seinem Ende bei Beginn des Hitler-Regimes mit Aufmerksamkeit verfolgt. Denn hier meldete sich nicht nur ein neuer Verleger zu Wort, sondern eine klare und saubere Gesinnung.

Nicht nur in Deutschland, auch im gesamten gesitteten Ausland fanden die Bücher des Fackelreiter-Verlages größte Beachtung. Es ist selbstverständlich, daß das Ende des Fackelreiter-Verlages mit der Machtergreifung Hitlers gekommen war. Walter Hammer, der in der Sauberkeit der Gesinnung und seiner Charakterfestigkeit zu keinerlei Kompromiß mit dem Unrechtsregime bereit war, emigrierte nach Dänemark. Bei dem Überfall auf Dänemark geriet er in die Hände der Gestapo. Ein Selbstmordversuch durch Öffnen der Pulsadern mißglückte. Er hat alle Leidensstationen eines anständigen Demokraten unter dem Terror des Gewaltregimes durchlitten. Wer ihm in den Gestapo-Gefängnissen und dem Konzentrationslager Sachsenhausen begegnet ist, der konnte diesem Manne seine Achtung und seine uneingeschränkte

Bericht der Arbeitsschutzstelle im Monat Mai

Im Monat Mai ereigneten sich auf dem Hüttenwerk (einschl. Barop) 2 schwere und 132 leichte Unfälle, auf dem Wege von bzw. zur Arbeit 11 leichte Unfälle.

In der nachstehenden Tabelle sind die Zahlen des Vormonats in Klammern eingesetzt:

	Belegschaftszahl	leicht	schwer	tödl.	Summe
Hochofen	779	14 (12)	1 (—)	— (—)	15 (12)
Zementfabrik	89	3 (—)	— (—)	— (—)	3 (—)
Thomaswerk	301	6 (8)	— (—)	— (—)	6 (8)
Martinwerk	544	6 (7)	— (—)	— (—)	6 (7)
Steinfabrik	129	3 (2)	— (—)	— (—)	3 (2)
Phosphatmühle	82	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Kaliberwalzwerke	1019	22 (17)	— (1)	— (—)	22 (18)
Blechwalzwerk I/II	352	10 (8)	— (—)	— (—)	10 (8)
Werk Barop	523	16 (18)	— (—)	— (—)	16 (18)
Breitbandwalzwerk	184	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Spez.-Blechwalzwerk	157	2 (3)	— (—)	— (—)	2 (3)
Preß- u. Hammerwerk	151	4 (2)	— (—)	— (—)	4 (2)
Grubenausbau	40	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Kaltwalzwerk	401	6 (5)	— (1)	— (—)	6 (6)
Drahtverfeinerung	270	2 (4)	— (—)	— (—)	2 (4)
Maschinenabteilung	1480	6 (9)	— (—)	— (—)	6 (9)
Elektr. Abteilung	505	4 (4)	— (—)	— (—)	4 (4)
Mech. Werkstätten	555	8 (8)	— (—)	— (—)	8 (8)
Eisenbahnbetriebe	966	6 (10)	— (—)	— (—)	6 (10)
Baubetriebe	465	4 (10)	— (—)	— (—)	4 (10)
Fahrbetrieb	70	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
Versuchsbetriebe	175	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Sonstige Betriebe	378	— (1)	— (—)	— (—)	— (1)
Lehrwerkstatt	374	6 (4)	1 (—)	— (—)	7 (4)
Sozialbetriebe	330	1 (—)	— (—)	— (—)	1 (—)
Hauptverw. u. Betr.-Ang.	1785	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)
S u m m e	12 104	132 (133)	2 (2)	— (—)	134 (135)
Wegeunfälle		11 (12)	— (—)	— (—)	11 (12)

Am 18. Mai 1953 verunglückte ein Dreherlehrling in der Lehrwerkstatt schwer. Derselbe wollte von einem etwa 2 m langen Stab auf der Drehbank ein Stück von 200 mm Länge abstechen. Das überstehende Ende wurde durch die auftretenden Zentrifugalkräfte aus der Längsachse geschleudert und zu einem stumpfen Winkel umgebogen. Der Lehrling erhielt von dem herumschleudernden Ende einen Schlag auf den Kopf, wobei er sich einen Schädelbruch zuzog.

Ein zweiter schwerer Unfall ereignete sich am 27. Mai am Mischer, Abteilung Hochofen. Ein Maurer war mit der Reparatur einer Roheisenpfanne beschäftigt. Er hatte den Deckel einer aufgeheizten Pfanne an den Kran gehängt und war im Begriff, über eine Leiter abzustiegen. Dabei rutschte er von den Sprossen ab und schlug rücklings, etwa 3 m tief, auf den Boden. Er zog sich einen Schädelbasisbruch zu.

Sie wurden belohnt

Für Rettung aus Unfallgefahr erhielten nachstehende Belegschaftsmitglieder Belohnungen vom Werk bzw. von der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft:

- Friedrich Rohe, Dreherei I,
- Philipp Ruhrs, M.-A. Hochofen,
- Hugo Antenbrink, Elektrotechnische Abteilung.

Sympathie wegen seiner ungebrochenen Haltung nicht versagen. Nach zwei Jahren Konzentrationslager wurde er wegen literarischen „Hochverrats“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in dem berühmten Zuchthaus Brandenburg-Görden verbüßen mußte.

Als die Stunde der Befreiung schlug, ging der gesundheitlich schwer geschädigte Walter Hammer an eine Arbeit, deren Übernahme ihn ebenso ehrt wie seine tapfere Widerstandsleistung; er widmete seine ganze Kraft trotz aller gesundheitlichen Anfechtungen dem Andenken der im Zuchthaus Brandenburg durch Henkershand ermordeten Deutschen und Ausländer. Er schuf in Brandenburg eine Gedächtnisstätte für die Opfer des Terrors und arbeitete unermüdlich an einer Geschichte dieser Kämpfer. Wie so manche anderen glaubte er zunächst, der Unterstützung der Sowjetischen und der deutschen Behörden der Sowjetzone sicher sein zu können. Bald aber mußte er seinen tragischen Irrtum erkennen. Mit brutaler Gewalt wurde alles das zerstört, was er zum Gedächtnis der Kämpfer gegen den Totalitarismus aufgerichtet hatte. Er selbst konnte sich nur mit Mühe in das freie Westdeutschland retten.

Männer wie Walter Hammer sind wegen ihres echten Menschentums, ihres gläubigen Idealismus und ihrer noblen Gesinnung selten im heutigen Deutschland. Seine Freunde in der ganzen Welt und vor allem in Deutschland hoffen, daß es diesem vorbildlichen Menschen beschieden sein möge, sein großes Lebenswerk für den Frieden und für die Humanität zu vollenden, das ihn zu einem würdigen Anwärter auf den Friedens-Nobelpreis macht. Das sind die Wünsche zu seinem 65. Geburtstag, die aus den ehrlichen Herzen der Kämpfer für seine Ideale zum 24. Mai dieses Jahres zu ihm gehen.



SCHENKEN

Schenke groß oder klein,
Aber immer gediegen.

Wenn die Bedachten
Die Gaben wiegen,
Sei dein Gewissen rein.

Schenke herzlich und frei,

Schenke dabei
Was in dir wohnt

An Meinung, Geschmack und
[Humor,
So daß die eigene Freude zuvor
Dich reichlich belohnt.

Schenke mit Geist ohne List,

Sei eingedenk,
Daß dein Geschenk
Du selber bist.

Joachim Ringelnatz



Arbeitsdirektor Berndsen führt Landeshauptmann Salzmann und Verwaltungsbeamte durch die Sport- und Erholungsanlagen. — Bei der Besichtigung des Freibades

WOHNUNGSTAUSCH

Biete:

200. 2-Zimmer-Wohnung, Miete 26,— DM, in der Sudermannstraße.
201. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Miete 39,— DM, in Körne.
202. 2-Zimmer-Wohnung, Miete 30,— DM, in der Schmiedestraße.
203. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, Miete 25,70 DM, in Werksnähe.
204. 2-Zimmer-Wohnung, Miete 30,— DM, Neubau, in Brechten.
205. 2 1/2-Zimmer-Wohnung, Miete 28,— DM, Braunschweiger Straße.
206. 2-Zimmer-Wohnung in Kirchorde, Miete 25,— DM.
207. 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund, Dürener Straße.
208. 3-Zimmer-Wohnung, Werkswohnung, abgeschlossen, mit Balkon.
209. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in der Nordstraße.
210. 3-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.
211. 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Bad, Miete 36,50 DM, in der Güntherstraße.
2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, mit Balkon, Werkswohnung, Miete 21,60 DM.
212. 2-Zimmer-Wohnung in Werksnähe, Miete 23,— DM.
213. 3-Zimmer-Wohnung, Mansarden, abgeschlossen, Miete 30,— DM, in Dortmund-Eving.
214. 3-Zimmer-Wohnung, in Werksnähe, Miete 40,— DM.
215. 3-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in der Adlerstraße, Miete 59,75 (für Kriegsbeschädigten).

Suche:

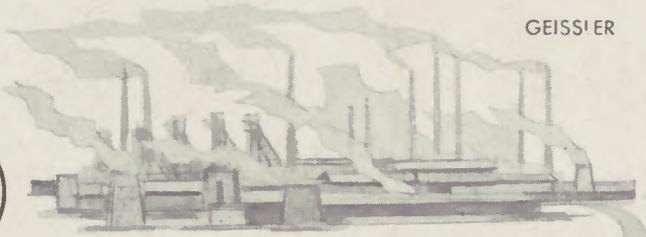
- 3-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.
- 2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, im Stadtbezirk oder in Werksnähe.
- 3-Zimmerwohnung in Werksnähe.
- 4-Zimmer-Wohnung, gleichwertig, auch in Werksnähe.
- 3-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.
- 3-Zimmer-Wohnung.
- 3-Zimmer-Wohnung in Dortmund.
- 3-Zimmer-Wohnung in Lünen.
- 2- oder 2 1/2-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen, in Hörde.
- 3-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.
- 2- oder 2 1/2-Zimmer-Wohnung, nicht in Werksnähe.
- 4-Zimmer-Wohnung, abgeschlossen.
- 2-Zimmer-Wohnung in Werksnähe.
- 2-Zimmer-Wohnung, gleichwertig.
- 2-Zimmer-Wohnung, möglichst mit Bad.
- 3-Zimmer-Wohnung in Wambel oder Westfalendamm.

Nähere Auskunft erteilt Abteilung Wohnstätten, Zimmer 7.





Aus jeder Ladung
BLECHE
 werden mehr als 30 Per-
 sonenkraftwagen gebaut.
 Jeden Tag verlassen heute
 mehrere Ladungen Bleche
 für Automobil-Fabriken
 unser Werk. Übers Jahr
 wesentlich mehr.



WESTFALENHÜTTE A.G. DORTMUND